

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Monat. Eingetrag. in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1895 unter Nr. 7128.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt 1, Nr. 1598. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 28. März 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Zu Beginn eines neuen Quartals richten wir an alle Freunde und Parteigenossen die dringliche Bitte, für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises mit aller Energie thätig zu sein. Gegen die Partei, deren Zentralorgan der „Vorwärts“ ist, haben die vereinigten Parteien der Reaktion, denen der Boden unter den Füßen wankt, jetzt alle ihre Kräfte aufgebunden; durch ein neues Knebelgesetz soll die zahlreichste Partei in Deutschland mundtot gemacht, und für unsere Feinde und des Volkes Feinde die Ruhe des Kirchhofes hergestellt werden, damit sie ungehindert ihre gemeinschädliche und gemeingefährliche Arbeit verrichten können. Die Kämpfe, in denen wir stehen, sind von entscheidender Bedeutung; und die Verhandlungen des Reichstages über die sogenannte Umsturzvorlage, die jetzt in der Kommission sich abspielen, bald aber im Plenum stattfinden werden, sind von ganz besonderer Wichtigkeit. — Je größer aber die Verbreitung des Zentralorgans, desto größer sein Einfluß und seine Wirksamkeit, und desto größer die Macht der Partei.

Die Redaktion des „Vorwärts“ wird bemüht sein, ihre Pflicht zu thun, und das Zentralorgan der Partei würdig zu machen!

Mit dem 1. April eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmenden sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 M. für das Quartal

entgegen. (Eingetragen in die Post-Zeitungsliste für 1895 unter Nummer 7128.)

In unserem Feuilleton beginnt nach Schluß der eben begonnenen kurzen Erzählung: „Zu Tode geht“, der Abdruck der geschichtlichen Erzählung:

„Berliner Märztage“

von Michel Deutsch.

auf welches Werk wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Zu Tode geht!

Eine Erzählung nach dem Leben von Franz Heide.

Frau Schwarz hatte, während sie das herausschickte, ihr Kind umschlungen, als müsse sie es gegen eine Gefahr beschützen.

„Frau Rendelmann hatte doch den Schlüssel!“ rief Schwarz heftig. „Wie ist denn das menschenmöglich —?!“ Er war pass vor Bestürzung.

„Ja, fuhr das Mädchen fort, und ich sagte ihr auch gleich: geben Sie den Schlüssel her! Sie gab ihn aber nicht. Sie hat gesagt, sie wüßte nicht, wo er wäre.“

„Während es schon brannte —?!“

„Ja. Da hat die Gottlieb (das war das Schwarz'sche Dienstmädchen) ihr den Schlüssel vom Schlüsselbande gerissen und dann sind wir hinauf gerannt auf den Boden, was wir nur konnten, mit ein paar Eimern Wasser, und haben auch noch glücklich gelöscht. Das Heu flackerte schon so hoch auf! Sonst war es wirklich ein arger Brand geworden.“

„Wo ist die Frau Rendelmann? Wo steckt sie?“ Dem Schwarz trat eine dicke Bohnader dunkelrot auf die Stirn.

„Gleich drauß, wie's gelöscht war, ist sie schlafen gegangen.“ berichtete das Kind.

„Und der Rendelmann sitzt noch im Wirtshaus!“ Schwarz ballte, wie er das herausschickte, die Faust. Gott weiß, wann der genug gelassen hat und endlich mal zurückkommt. Na, dann auf morgen! Aber wir sprechen uns noch, meine Herrschaften!“

„Gottlob, daß er wenigstens heut Abend keinen Krach machen kann.“ flüsterete die Frau dem Kinde zu, als der Vater im Nebenzimmer fluchend die Schäftenspiegel auszog.

„Aber, wie kannst Du ihm auch solche Geschichten aufhängen? So was sagt man nicht, wenn man's nicht ganz sicher weiß, hörst Du, dumme Range?! Die Frau Rendel-

Der geräuschlose Umsturz.

Seit einiger Zeit wird die Börse durch die Gerüchte von einer Konversion der vierprozentigen und 3 1/2 prozentigen Reichsanleihen in dreiprozentige in Aufregung gehalten. Der Tanz um das goldene Kalb nimmt beinahe den Charakter eines ausgelassen lustigen Kanlans an, denn die Bankokratie wittert wieder reichen Goldregen. Finanziers, Makler, Stockjobber und Börsenwölfe halten schon jetzt die Taschen auf und laut gelte ihre Freude. Ihr Gelfern erinnert an das Heulen der Hyänen und Schakale am Abend einer Schlacht — und in der That, jede neue Konversion zeigt deutlicher das hypokritische Gesicht des sich selbst vernichtenden Kapitalismus.

Keufferlich betrachtet sieht die Rentenkonversion freilich viel harmloser aus.

Das Reich hat während der kurzen Zeit seines Bestehens bereits glänzende Beweise seines kapitalistischen Genies abgelegt, denn es hat bisher 450 Millionen vierprozentiger, 780 1/2 Millionen 3 1/2 prozentiger und 850 1/2 Millionen dreiprozentiger Anleihen kontrahiert. Die jährliche Zinsenlast beträgt demnach 71 466 000 Mark.

Bei einer Konversion der vierprozentigen Anleihen in 3 1/2 prozentige würden immerhin 2 1/2 Millionen Mark und bei der Konversion der vierprozentigen und der 3 1/2 prozentigen in dreiprozentige würden gar 7 1/4 Millionen Zinsen erspart werden.

Es kommt allerdings in betracht, daß eine ganze Reihe sozialpolitisch bedeutsamer Institutionen (Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Lebensversicherungen) mit einem bestimmten und möglichst hohen Ertragniß aus Renten rechnen, aber meist doch nur, um die Reservesfonds zu erhöhen, nicht um die laufenden Ausgaben zu decken; denn bei den meisten von ihnen werden sehr erhebliche Bruchtheile des Einkommens Jahr für Jahr kapitalisiert. Eine Schädigung der Klientel, auf deren Interesse es doch allein ankommt, wäre deshalb auch so gut wie ausgeschlossen.

Das gleiche gilt von jenen Krösussen, die ihr Einkommen nicht vollständig konsumtiv verwenden, sondern einen erheblichen Theil wieder zum Kapital schlagen.

Eine wirkliche Schädigung von einer Konversion der Staatsanleihen hätten nur die kleineren und mittleren Rentner zu befürchten; doch wir fühlen wirklich keinen Verurs in uns, für eine Mehrbelastung der produktiven Bevölkerung zu gunsten der Ahtigroschen-Rentiers eine Lanze zu brechen.

„Aber wir wollen die Frage der Rentenkonversion hier nicht vom Gesichtspunkte der Privatinteressen aus betrachten, wir wollen auch nicht einmal unsere Vermuthung andeuten, daß für die Steuerzahler keine Spur von Erleichterung herauspringen würde, da bei uns die ersparten Zinsen doch nur der Moloch Militarismus schlucken würde; wir wollen der ganzen Frage gegenüber nur einen rein prinzipiellen Standpunkt einnehmen; — und unter diesem Gesichtswinkel hat die Konversion eine hohe symptomatische Bedeutung.“

Eine Rentenkonversion ist eben gerade so wenig wie irgend eine andere Erscheinung unseres Wirthschaftsgetriebes nur das Produkt nüchternen Ueberlegung, sondern steht im innigsten Zusammenhang mit dem gesammten Wirthschaftsmechanismus; sie ist nur die Folge-Erscheinung eines allgemeinen Sinkens der kapitalistischen Durchschnitts-Profitrate.

Im Wesen der kapitalistischen Produktion aber ist es begründet, daß die Durchschnitts-Profitrate beständig sinken muß.

Bei der rapiden Zusammenhäufung des Kapitals in wenigen Händen, woran das Staatsschuldwesen einen erheblichen Antheil hat, bei dem wahnsinnigen Konkurrenzkampf des Großunternehmens gegen das kleinere und mittlere Unternehmen, des Großunternehmens gegen das Großunternehmen, muß sich jeder mit dem denkbar niedrigsten Profit begnügen. Je größer aber das mobile Kapital ist, das in industriellen Unternehmungen, in Grund und Boden Anlage sucht, desto tiefer sinkt der Profit, desto rascher geht die Durchschnitts-Profitrate herab. . . sie würde zu Zeiten allgemeiner Erschlaffung und Stagnation während der periodischen Krisen auf Null herabgehen, wenn der Staat sich nicht selbst veräußerte, wenn der Staat zur Deckung seiner Ausgaben nicht das mobile Kapital heranzöge, Schulden kontrahierte, die ihre Zinsbedeckung in Staatsrenten einkünften haben.

Das Kapital sieht schließlich nur in dem Staatsschulden sein Heil und es fühlt sich am wohlsten in dem Staate, in dem die Staatsschulden zunehmen.

Aber da das Ab- und Zurückfließen des mobilen Kapitals von den Staatsschulden nach industriellen Unternehmungen und umgekehrt abhängig ist von dem durchschnittlichen Kapitalprofit — kann beispielsweise ein Staat so leicht Geld erhalten wie das Deutsche Reich, dessen 450 Millionen 3 prozentiger Titres fünfzigfach überzeichnet wurden — so ist es klar, daß die Zinsen der Staatsanleihen sich nicht wesentlich über die Durchschnitts-Profitrate erheben können.

Stehen dann 4 Prozent Anleihen auf 105,00, 3 1/2 Prozent auf 104,00, erhalten die Käufer von Titres also in Wirklichkeit nur 3,4 bis 3,7 pSt. Zinsen, so wäre es vom Kapital-

„Aber wir wollen die Frage der Rentenkonversion hier nicht vom Gesichtspunkte der Privatinteressen aus betrachten, wir wollen auch nicht einmal unsere Vermuthung andeuten, daß für die Steuerzahler keine Spur von Erleichterung herauspringen würde, da bei uns die ersparten Zinsen doch nur der Moloch Militarismus schlucken würde; wir wollen der ganzen Frage gegenüber nur einen rein prinzipiellen Standpunkt einnehmen; — und unter diesem Gesichtswinkel hat die Konversion eine hohe symptomatische Bedeutung.“

Eine Rentenkonversion ist eben gerade so wenig wie irgend eine andere Erscheinung unseres Wirthschaftsgetriebes nur das Produkt nüchternen Ueberlegung, sondern steht im innigsten Zusammenhang mit dem gesammten Wirthschaftsmechanismus; sie ist nur die Folge-Erscheinung eines allgemeinen Sinkens der kapitalistischen Durchschnitts-Profitrate.

Im Wesen der kapitalistischen Produktion aber ist es begründet, daß die Durchschnitts-Profitrate beständig sinken muß.

Bei der rapiden Zusammenhäufung des Kapitals in wenigen Händen, woran das Staatsschuldwesen einen erheblichen Antheil hat, bei dem wahnsinnigen Konkurrenzkampf des Großunternehmens gegen das kleinere und mittlere Unternehmen, des Großunternehmens gegen das Großunternehmen, muß sich jeder mit dem denkbar niedrigsten Profit begnügen. Je größer aber das mobile Kapital ist, das in industriellen Unternehmungen, in Grund und Boden Anlage sucht, desto tiefer sinkt der Profit, desto rascher geht die Durchschnitts-Profitrate herab. . . sie würde zu Zeiten allgemeiner Erschlaffung und Stagnation während der periodischen Krisen auf Null herabgehen, wenn der Staat sich nicht selbst veräußerte, wenn der Staat zur Deckung seiner Ausgaben nicht das mobile Kapital heranzöge, Schulden kontrahierte, die ihre Zinsbedeckung in Staatsrenten einkünften haben.

Das Kapital sieht schließlich nur in dem Staatsschulden sein Heil und es fühlt sich am wohlsten in dem Staate, in dem die Staatsschulden zunehmen.

Aber da das Ab- und Zurückfließen des mobilen Kapitals von den Staatsschulden nach industriellen Unternehmungen und umgekehrt abhängig ist von dem durchschnittlichen Kapitalprofit — kann beispielsweise ein Staat so leicht Geld erhalten wie das Deutsche Reich, dessen 450 Millionen 3 prozentiger Titres fünfzigfach überzeichnet wurden — so ist es klar, daß die Zinsen der Staatsanleihen sich nicht wesentlich über die Durchschnitts-Profitrate erheben können.

Stehen dann 4 Prozent Anleihen auf 105,00, 3 1/2 Prozent auf 104,00, erhalten die Käufer von Titres also in Wirklichkeit nur 3,4 bis 3,7 pSt. Zinsen, so wäre es vom Kapital-

„Aber wir wollen die Frage der Rentenkonversion hier nicht vom Gesichtspunkte der Privatinteressen aus betrachten, wir wollen auch nicht einmal unsere Vermuthung andeuten, daß für die Steuerzahler keine Spur von Erleichterung herauspringen würde, da bei uns die ersparten Zinsen doch nur der Moloch Militarismus schlucken würde; wir wollen der ganzen Frage gegenüber nur einen rein prinzipiellen Standpunkt einnehmen; — und unter diesem Gesichtswinkel hat die Konversion eine hohe symptomatische Bedeutung.“

Eine Rentenkonversion ist eben gerade so wenig wie irgend eine andere Erscheinung unseres Wirthschaftsgetriebes nur das Produkt nüchternen Ueberlegung, sondern steht im innigsten Zusammenhang mit dem gesammten Wirthschaftsmechanismus; sie ist nur die Folge-Erscheinung eines allgemeinen Sinkens der kapitalistischen Durchschnitts-Profitrate.

Im Wesen der kapitalistischen Produktion aber ist es begründet, daß die Durchschnitts-Profitrate beständig sinken muß.

Bei der rapiden Zusammenhäufung des Kapitals in wenigen Händen, woran das Staatsschuldwesen einen erheblichen Antheil hat, bei dem wahnsinnigen Konkurrenzkampf des Großunternehmens gegen das kleinere und mittlere Unternehmen, des Großunternehmens gegen das Großunternehmen, muß sich jeder mit dem denkbar niedrigsten Profit begnügen. Je größer aber das mobile Kapital ist, das in industriellen Unternehmungen, in Grund und Boden Anlage sucht, desto tiefer sinkt der Profit, desto rascher geht die Durchschnitts-Profitrate herab. . . sie würde zu Zeiten allgemeiner Erschlaffung und Stagnation während der periodischen Krisen auf Null herabgehen, wenn der Staat sich nicht selbst veräußerte, wenn der Staat zur Deckung seiner Ausgaben nicht das mobile Kapital heranzöge, Schulden kontrahierte, die ihre Zinsbedeckung in Staatsrenten einkünften haben.

Das Kapital sieht schließlich nur in dem Staatsschulden sein Heil und es fühlt sich am wohlsten in dem Staate, in dem die Staatsschulden zunehmen.

Aber da das Ab- und Zurückfließen des mobilen Kapitals von den Staatsschulden nach industriellen Unternehmungen und umgekehrt abhängig ist von dem durchschnittlichen Kapitalprofit — kann beispielsweise ein Staat so leicht Geld erhalten wie das Deutsche Reich, dessen 450 Millionen 3 prozentiger Titres fünfzigfach überzeichnet wurden — so ist es klar, daß die Zinsen der Staatsanleihen sich nicht wesentlich über die Durchschnitts-Profitrate erheben können.

Stehen dann 4 Prozent Anleihen auf 105,00, 3 1/2 Prozent auf 104,00, erhalten die Käufer von Titres also in Wirklichkeit nur 3,4 bis 3,7 pSt. Zinsen, so wäre es vom Kapital-

„Aber wir wollen die Frage der Rentenkonversion hier nicht vom Gesichtspunkte der Privatinteressen aus betrachten, wir wollen auch nicht einmal unsere Vermuthung andeuten, daß für die Steuerzahler keine Spur von Erleichterung herauspringen würde, da bei uns die ersparten Zinsen doch nur der Moloch Militarismus schlucken würde; wir wollen der ganzen Frage gegenüber nur einen rein prinzipiellen Standpunkt einnehmen; — und unter diesem Gesichtswinkel hat die Konversion eine hohe symptomatische Bedeutung.“

Eine Rentenkonversion ist eben gerade so wenig wie irgend eine andere Erscheinung unseres Wirthschaftsgetriebes nur das Produkt nüchternen Ueberlegung, sondern steht im innigsten Zusammenhang mit dem gesammten Wirthschaftsmechanismus; sie ist nur die Folge-Erscheinung eines allgemeinen Sinkens der kapitalistischen Durchschnitts-Profitrate.

Im Wesen der kapitalistischen Produktion aber ist es begründet, daß die Durchschnitts-Profitrate beständig sinken muß.

Bei der rapiden Zusammenhäufung des Kapitals in wenigen Händen, woran das Staatsschuldwesen einen erheblichen Antheil hat, bei dem wahnsinnigen Konkurrenzkampf des Großunternehmens gegen das kleinere und mittlere Unternehmen, des Großunternehmens gegen das Großunternehmen, muß sich jeder mit dem denkbar niedrigsten Profit begnügen. Je größer aber das mobile Kapital ist, das in industriellen Unternehmungen, in Grund und Boden Anlage sucht, desto tiefer sinkt der Profit, desto rascher geht die Durchschnitts-Profitrate herab. . . sie würde zu Zeiten allgemeiner Erschlaffung und Stagnation während der periodischen Krisen auf Null herabgehen, wenn der Staat sich nicht selbst veräußerte, wenn der Staat zur Deckung seiner Ausgaben nicht das mobile Kapital heranzöge, Schulden kontrahierte, die ihre Zinsbedeckung in Staatsrenten einkünften haben.

Das Kapital sieht schließlich nur in dem Staatsschulden sein Heil und es fühlt sich am wohlsten in dem Staate, in dem die Staatsschulden zunehmen.

Aber da das Ab- und Zurückfließen des mobilen Kapitals von den Staatsschulden nach industriellen Unternehmungen und umgekehrt abhängig ist von dem durchschnittlichen Kapitalprofit — kann beispielsweise ein Staat so leicht Geld erhalten wie das Deutsche Reich, dessen 450 Millionen 3 prozentiger Titres fünfzigfach überzeichnet wurden — so ist es klar, daß die Zinsen der Staatsanleihen sich nicht wesentlich über die Durchschnitts-Profitrate erheben können.

Stehen dann 4 Prozent Anleihen auf 105,00, 3 1/2 Prozent auf 104,00, erhalten die Käufer von Titres also in Wirklichkeit nur 3,4 bis 3,7 pSt. Zinsen, so wäre es vom Kapital-

„Aber wir wollen die Frage der Rentenkonversion hier nicht vom Gesichtspunkte der Privatinteressen aus betrachten, wir wollen auch nicht einmal unsere Vermuthung andeuten, daß für die Steuerzahler keine Spur von Erleichterung herauspringen würde, da bei uns die ersparten Zinsen doch nur der Moloch Militarismus schlucken würde; wir wollen der ganzen Frage gegenüber nur einen rein prinzipiellen Standpunkt einnehmen; — und unter diesem Gesichtswinkel hat die Konversion eine hohe symptomatische Bedeutung.“

Eine Rentenkonversion ist eben gerade so wenig wie irgend eine andere Erscheinung unseres Wirthschaftsgetriebes nur das Produkt nüchternen Ueberlegung, sondern steht im innigsten Zusammenhang mit dem gesammten Wirthschaftsmechanismus; sie ist nur die Folge-Erscheinung eines allgemeinen Sinkens der kapitalistischen Durchschnitts-Profitrate.

Im Wesen der kapitalistischen Produktion aber ist es begründet, daß die Durchschnitts-Profitrate beständig sinken muß.

Bei der rapiden Zusammenhäufung des Kapitals in wenigen Händen, woran das Staatsschuldwesen einen erheblichen Antheil hat, bei dem wahnsinnigen Konkurrenzkampf des Großunternehmens gegen das kleinere und mittlere Unternehmen, des Großunternehmens gegen das Großunternehmen, muß sich jeder mit dem denkbar niedrigsten Profit begnügen. Je größer aber das mobile Kapital ist, das in industriellen Unternehmungen, in Grund und Boden Anlage sucht, desto tiefer sinkt der Profit, desto rascher geht die Durchschnitts-Profitrate herab. . . sie würde zu Zeiten allgemeiner Erschlaffung und Stagnation während der periodischen Krisen auf Null herabgehen, wenn der Staat sich nicht selbst veräußerte, wenn der Staat zur Deckung seiner Ausgaben nicht das mobile Kapital heranzöge, Schulden kontrahierte, die ihre Zinsbedeckung in Staatsrenten einkünften haben.

Das Kapital sieht schließlich nur in dem Staatsschulden sein Heil und es fühlt sich am wohlsten in dem Staate, in dem die Staatsschulden zunehmen.

Aber da das Ab- und Zurückfließen des mobilen Kapitals von den Staatsschulden nach industriellen Unternehmungen und umgekehrt abhängig ist von dem durchschnittlichen Kapitalprofit — kann beispielsweise ein Staat so leicht Geld erhalten wie das Deutsche Reich, dessen 450 Millionen 3 prozentiger Titres fünfzigfach überzeichnet wurden — so ist es klar, daß die Zinsen der Staatsanleihen sich nicht wesentlich über die Durchschnitts-Profitrate erheben können.

Stehen dann 4 Prozent Anleihen auf 105,00, 3 1/2 Prozent auf 104,00, erhalten die Käufer von Titres also in Wirklichkeit nur 3,4 bis 3,7 pSt. Zinsen, so wäre es vom Kapital-

„Aber wir wollen die Frage der Rentenkonversion hier nicht vom Gesichtspunkte der Privatinteressen aus betrachten, wir wollen auch nicht einmal unsere Vermuthung andeuten, daß für die Steuerzahler keine Spur von Erleichterung herauspringen würde, da bei uns die ersparten Zinsen doch nur der Moloch Militarismus schlucken würde; wir wollen der ganzen Frage gegenüber nur einen rein prinzipiellen Standpunkt einnehmen; — und unter diesem Gesichtswinkel hat die Konversion eine hohe symptomatische Bedeutung.“

Eine Rentenkonversion ist eben gerade so wenig wie irgend eine andere Erscheinung unseres Wirthschaftsgetriebes nur das Produkt nüchternen Ueberlegung, sondern steht im innigsten Zusammenhang mit dem gesammten Wirthschaftsmechanismus; sie ist nur die Folge-Erscheinung eines allgemeinen Sinkens der kapitalistischen Durchschnitts-Profitrate.

Im Wesen der kapitalistischen Produktion aber ist es begründet, daß die Durchschnitts-Profitrate beständig sinken muß.

Bei der rapiden Zusammenhäufung des Kapitals in wenigen Händen, woran das Staatsschuldwesen einen erheblichen Antheil hat, bei dem wahnsinnigen Konkurrenzkampf des Großunternehmens gegen das kleinere und mittlere Unternehmen, des Großunternehmens gegen das Großunternehmen, muß sich jeder mit dem denkbar niedrigsten Profit begnügen. Je größer aber das mobile Kapital ist, das in industriellen Unternehmungen, in Grund und Boden Anlage sucht, desto tiefer sinkt der Profit, desto rascher geht die Durchschnitts-Profitrate herab. . . sie würde zu Zeiten allgemeiner Erschlaffung und Stagnation während der periodischen Krisen auf Null herabgehen, wenn der Staat sich nicht selbst veräußerte, wenn der Staat zur Deckung seiner Ausgaben nicht das mobile Kapital heranzöge, Schulden kontrahierte, die ihre Zinsbedeckung in Staatsrenten einkünften haben.

Das Kapital sieht schließlich nur in dem Staatsschulden sein Heil und es fühlt sich am wohlsten in dem Staate, in dem die Staatsschulden zunehmen.

Aber da das Ab- und Zurückfließen des mobilen Kapitals von den Staatsschulden nach industriellen Unternehmungen und umgekehrt abhängig ist von dem durchschnittlichen Kapitalprofit — kann beispielsweise ein Staat so leicht Geld erhalten wie das Deutsche Reich, dessen 450 Millionen 3 prozentiger Titres fünfzigfach überzeichnet wurden — so ist es klar, daß die Zinsen der Staatsanleihen sich nicht wesentlich über die Durchschnitts-Profitrate erheben können.

Stehen dann 4 Prozent Anleihen auf 105,00, 3 1/2 Prozent auf 104,00, erhalten die Käufer von Titres also in Wirklichkeit nur 3,4 bis 3,7 pSt. Zinsen, so wäre es vom Kapital-

„Aber wir wollen die Frage der Rentenkonversion hier nicht vom Gesichtspunkte der Privatinteressen aus betrachten, wir wollen auch nicht einmal unsere Vermuthung andeuten, daß für die Steuerzahler keine Spur von Erleichterung herauspringen würde, da bei uns die ersparten Zinsen doch nur der Moloch Militarismus schlucken würde; wir wollen der ganzen Frage gegenüber nur einen rein prinzipiellen Standpunkt einnehmen; — und unter diesem Gesichtswinkel hat die Konversion eine hohe symptomatische Bedeutung.“

talistischen Standpunkte geradezu ein Widerspruch, wenn der Staat seine Anleihen nicht selbst zu dem durchschnittlichen Zinsfuß verzinste; er denkt und kalkuliert eben nicht anders wie jeder andere Großkapitalist auch.

Das ist alles nicht sehr merkwürdig und nicht sehr gefährlich für den Staat, oder sieht wenigstens nicht so aus. Das interessanteste an der ganzen Frage ist nur das rapide Sinken des Zinsfußes. Während 1859 Preußen seine Staatsanleihe noch mit mindestens 5 pCt. verzinst, ist der Zinsfuß heute auf 3 pCt. herabgegangen — die 4- und 3/2-prozentigen Konsols werden von der Bildfläche so rasch verschwinden wie die 4- und 3/2-prozentigen Reichsanleihen. Da man die Zinsen für so sichere Schuldverschreibungen, wie sie die genannten Titres darstellen, aber geradezu als einen Gradmesser für das Sinken der Durchschnitts-Profitrate überhaupt ansehen kann, so ist das Sinken des Zinsfußes dieser Titres ein Beweis dafür, daß in dem kurzen Zeitraum von 35 Jahren — und 1860 gab es noch massenhaft zu 6 pCt. verzinsliche Pfandbriefe etc. — die Durchschnitts-Profitrate um beinahe die Hälfte gesunken ist.

Das aber ist der Anfang vom Ende des Kapitalismus. Je weniger der kleine und mittlere Kapitalbesitz den Genuß arbeitslosen Einkommens garantiert, je mehr „Kapitalisten“ auf das Niveau des Proletariats herabsinken — jemand, der mit 50 000 M. Vermögen 1860 noch bequem 3000 M. Rente beziehen konnte, bezieht heute nur noch 1500 M. — desto mehr schwindet auch das Interesse an dem Kapitalbesitz. Nur die großen aufgeschauften Kapitalmassen, die auch bei sehr niedrigem Gewinnjah ihrer Größe wegen einen gehörigen absoluten Profit abwerfen, können sich im wirtschaftlichen Kampf noch behaupten. Aber je mehr die Durchschnitts-Profitrate sinkt, desto stärker ist der Antrieb zu weiterer Kapitalakkumulation, um so rascher zimmert sich der Kapitalismus seinen eigenen Sarg. Durch seine eigene Entwicklung wird unvermeidlich die Profitrate, auf deren Dasein seine Existenz beruht, dem Nullpunkt zugeführt. Der Kapitalismus stürzt sich durch seine eigenen Kräfte, die geräuschlos wie die nagenden Wasser arbeiten, selbst um — trotz aller Umsturzesuche. Und die sozialistische Gesellschaft muß schließlich ihre Thore öffnen, um den hungernden Kapitalisten Brot zu gewähren, Brot für wirklich geleistete produktive Arbeit. —

Politische Uebersicht.

Berlin, 27. März.

Aus dem Reichstage. Die Präsidentenwahl vollzog sich heute bei sehr voll besetztem Hause und überfüllten Tribünen ohne jeden Zwischenfall.

Wie wir gestern bereits berichteten, hatte unsere Fraktion beschlossen, für dieses Mal den vom Zentrum und der Freisinnigen Volkspartei in Vorschlag gebrachten Kandidaten die Stimme zu geben.

Als Präsident wurde vom Zentrum der bisherige Vizepräsident von Bülow-Beerenberg in Vorschlag gebracht, während als Vizepräsidenten die Abgeordneten Schmidt (Eberfeld, fr. Sp.) und Spahn (B.) präsentiert wurden.

Die Rechte und die Nationalliberalen demostrierten, indem sie bei den drei Wahlgängen weiße Zettel abgaben. Die Ergebnisse der einzelnen Wahlgänge wurden von der Linken und vom Zentrum mit Bravo begleitet.

Die hierauf zur Debatte stehenden Wahlprüfungen führten gleich bei dem ersten Antrage der Wahlprüfungs-Kommission, die Wahl des Abg. Will (1. Wahlkreis Regierungsbeyrat Kößlin) für gültig zu erklären, zu einer sehr umfangreichen Debatte. Der Abg. Richter beantragte, die Wahl wieder an die Kommission zurückzuweisen, während der Abg. Leugmann die Ungültigkeit ausgesprochen wissen wollte.

An der Debatte über diese Anträge theilnahmte sich auch unser Genosse Gerber, welcher dabei die Wahlpraktiken auf den pommerischen Rittergütern geißelte. Die Majorität lehnte alle Anträge ab und erklärte die Wahl für gültig.

Auch in allen übrigen Punkten trat das Plenum den Beschlüssen der Wahlprüfungs-Kommission bei und lehnte demzufolge auch einen Antrag des Abg. v. Hammerstein ab, welcher die von der Kommission für ungültig erklärte Wahl des Abg. Gerlach (Köslin) an die Kommission zurückzuweisen wollte. —

„Das ist doch klar. Es rent ihn, daß er uns das Gut verkauft hat. Seine Frau vielleicht noch mehr. Und nun wollen sie uns hinausgrauen. — Gott, was es doch auf der Welt für Leute giebt! — Mein! Mein!“

„Aber — aber — am Tag selbst, wo wir den Vertrag unterzeichnet haben?“ wandte der Mann ein.

„Unsinn! Dann hätte er ja doch einfach nicht zu unterzeichnen brauchen! Nein, das steckt tiefer.“

„Und was meinst Du denn?“

„Er hat einfach gewußt, daß ich noch nicht versichert bin und hat mich zu Schaden bringen wollen. Aus purer Gemeinheit. Und ich hab' ihn für einen anständigen Kerl gehalten!“

„So ein Schuft soll es sein?“

„Muß wohl. Ich traue ihm von jetzt ab nicht über den Weg mehr. Verdammte, daß ich jetzt grad' auch fort muß! Und auf drei Wochen! Sieh ihm jedenfalls keinen Schlüssel mehr heraus! Keinen einzigen — hörst Du? Nicht zum Boden und nicht zur Scheune, und zu gar nichts!“

Die Frau nickte. Sie trennten sich. Er fuhr ab, sie ging ihren Geschäften nach.

Raum war Schwarz außer Geschlächtheit, da kam Frau Rendelmann zu ihrer neuen Hausgenossin ins Zimmer. Sie war ganz außer sich über den Vorfall vom gestrigen Abend.

„Wir stehen alle in Gottes Hand!“ frömmelte sie, mit einem klapperigen Augenaufschlag zu den Fliegen der Zimmerdecke.

Dann forderte sie die Bodenschlüssel, weil sie oben ihr Holz aufstapeln wollte. Frau Schwarz verweigerte ihr die Schlüssel auf's entschiedenste. Die andere lief zu ihrem Mann, sich zu beklagen.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Sekundärbahn-Vorlage nach kurzer Debatte in dritter Lesung angenommen. Sodann war eine lange Auseinandersetzung über die Verhältnisse des Berliner Zentral-Vieh-hofs, von dem behauptet wurde, daß er die Verbreitung von Seuchen infolge mangelhafter Einrichtungen befördern solle. Die Angelegenheit wird noch in einer Kommission behandelt werden. Nächste Sitzung ist Donnerstag. —

Das Herrenhaus hielt heute seine sechste Sitzung in der laufenden Session ab. Vor der Tagesordnung erbatete der Präsident Fürst zu Stolberg über die Reise des Gesamtvorstandes nach Friedrichshagen und die Abstattung der Glückwünsche des Hauses an den Fürsten Bismarck Bericht, der von den versammelten Mitgliedern (etwa 50 an der Zahl) mit Beifall entgegengenommen wurde. Zur Erledigung kamen nur kleinere Vorlagen und Petitionen. In die Staatsschulden-Kommission wählte das Haus die Herren v. Pfuel, v. Friedberg und Jttenbach. —

Auf Rausch folgt Regenjammer und je ärger der Rausch, desto schlimmer der Regenjammer. Das haben jetzt unsere Bismarck-Radaubröder an sich zu erfahren. Der forsbantische Reichstagspektakel des 23. März und der friedrichshager Nummer haben das „graue Elend“ zur Folge gehabt, dessen Spuren uns aus den Spalten der patriotischen Presse anhängen. „National-Zeitung“, „Kreuz-Zeitung“, „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, „Kölnische Zeitung“ — all' dieses Geschwiffer, das gestern himmelhoch jauchzte, den „geschändeten“ Reichstag schon „verschmettert“ von einem Papierblitz am Boden sah, stöhnt heute: nur keine Auflösung! Sie würde den Reichsfeinden nur nützen!

Damit sind alle Renommistereien Lügen gestraft. Und wenn die lauderen Patrone hintennach bemerken, sie hätten mit der „Bismarck-Ehrung“ gar keine politischen Zwecke verfolgt, so fügen sie zur Lächerlichkeit noch die Feigheit. —

Herr von Debehov und die Schienenflicker. Welche dem Reichstag! kreischt das Zentralorgan der deutschen Schienenflicker, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, und wohnet, nachdem sie den Reichstag mit einigem Schmutz beworfen, dem Herrn von Debehov folgenden Nachruf:

Herr v. Debehov wurde Präsident des Reichstages, in welchem Merikale, Polen, Welsen, Fortschrittler und Sozialdemokraten die Mehrheit hatten. Er ist es trotz der inzwischen geschehenen Reichstags-Auflösung bis zum 23. März 1890 geblieben. Wenn er etwas spät zur Einsicht kam, daß es für ihn unpassend war, einem so zusammengesetzten Reichstage zu präsidieren, so wollen wir ihm daraus persönlich keinen großen Vorwurf machen. Das Verfassungsgesetz im Deutschen Reiche ist noch jung. Die Lage, wie sie nach dem 20. Februar 1890 sich gebildet hatte, war für Herrn v. Debehov sicherlich nicht leicht. Schlimmer war es freilich, daß Herr v. Debehov die Rücksichtnahme auf die Reichstagsmehrheit, der er zu präsidieren die Ehre hatte, so weit trieb, den Fürsten Bismarck bei Gelegenheiten todzuschweigen, wodurch dieses Todschweigen selbst bei Anhängern der Antiliberalenparteien aufstieß. Herr v. Debehov hat sich aber auf das, was ihm in dieser Beziehung zu thun oblag, endlich doch noch besonnen. Deshalb lassen wir Vergangenes vergangen sein und sehen seine früheren Unterlassungsünden dem Fürsten Bismarck gegenüber dadurch als gesühnt an, daß er in Folge des Beschlusses vom 23. März 1890 das Präsidium niederlegte. Er hat sich hierdurch nicht bloß um seinen eigenen Ruf, der allmählich sehr bedenklich zu schwanken begonnen hatte, sondern auch um das Vaterland wohl verdient gemacht.

Kamer Debehov. Das hat er nicht verdient. Denn er ist ohne Zweifel ein Gentleman.

Das schäufte ist aber, daß das Verbrechen, die alte Makelentzweife „todzuschweigen“ zu haben, von den Herren Schienenflickern selbst und ihrem Organ jahrelang verübt wurde — genau so lange, bis der Kaiser die Weinstafel schickte, und damit von dem „Ferschmettert“ das Interdikt abnahm. —

Bismarck über den Geburtstagsdrummel. Wie die Theilnehmer an der Abgeordnetenfahrt erzählen, hat Fürst Bismarck den Reichstags-Beschluß vom 23. März für sich persönlich keineswegs tragisch aufgenommen. Mehrfach hat er erklärt, daß er von seinen alten parlamentarischen Gegnern gar nichts anderes erwartete; habe und daß er auf eine Beglückwünschung von dieser Seite, die doch nicht aus dem Herzen hätte kommen können, gern verzichte.

Das ist ein Zeichen, daß der alte Mann in Friedrichshagen wenigstens logisch denken kann. Die vom Bismarck-

„Es ist jetzt unser Boden,“ sagte Frau Schwarz ganz ruhig.

„So? Wegen Ihrer kumpigen Anzahlung? Das übrige Geld bringen Sie ja doch nie zusammen.“

„So?“ Die Ruhe der Frau Schwarz hielt nicht mehr Stand. „Wissen Sie das so genau? Warum haben Sie denn überhaupt an uns verkauft. Man sollte jaft sagen, Sie spekulierten darauf!“

„Worauf?“

„Daß wir das Gut nicht halten können! Daß Sie's wieder bekommen und unsere Anzahlung obendrein schlucken. So, jetzt haben Sie's — wo Sie's doch durchaus wissen wollten!“

„Das hat man davon, wenn man sich mit Paß einläßt!“ zischte Frau Rendelmann.

Ihr Mann, offenbar betroffen über den Scharfblick der Frau Schwarz, war einen Moment wortlos. Dann überschüttete er sie mit einer Fluth von Schimpfreden. Es half ihm alles nichts, sie gab den Schlüssel nicht heraus.

Nach acht Tagen fuhr Frau Schwarz zu ihrem Mann auf Besuch. Es war Sonntag, die Brennerei ruhte, also hatte der Verwalter Zeit. Das traf sich gut, denn sie mußte ihm sehr viel erzählen.

Diese Frau Rendelmann! Diese rohe Person! Sie hatte Lanchen ganz fürchterlich gehauen. Warum? Das Kind wollte ihr nicht verrathen, wo seine Mutter die Bodenschlüssel versteckt hielt. Rendelmann hatte seinem Weib natürlich recht gegeben, und in seinem bekannten Fuhrmannston obendrein.

Dann waren die beiden Frauen wegen der Benennung des Küchengeschirrs, der Stalleimer, der Besen, ja sogar der Scheuerlappen einander in die Haare gekommen, daß die Fehden flogen. Frau Rendelmann that, als ob alles noch ihr gebühre. Von der Gottliebe hatte sie alle möglichen Handreichungen verlangt, gerade als ob es ihr Mädchen wäre! Und wer bezahlte den Lohn?!

Schließlich hatte Rendelmann des Abends spioniert, und zu guterletzt richtig entdeckt, wie Frau Schwarz die Bodenschlüssel an die Wand des Gerätzimmers hing, das sie dann abschloß. Das Gerätzimmer lag zu ebener Erde.

„Am Gottes willen, Mann! Wie kannst Du so was sagen — eh' Du die Beweise in Händen hast?! Wenn er Dich auf Injurie verklagt, dann sehen wir obendrein noch drinn!“

„Na ja, wozu denn? Laß mich doch nicht so lange — wozu hat er denn die Schlüssel —?“

Getreide haben sie uns gestohlen. Sieben ganze Scheffel Roggen. Er tritt es natürlich ab und macht einen Riesenspektakel. Aber ich hab' nachmessen lassen. Sieben Scheffel fehlen.“

„Ich verklag' ihn! Sobald als möglich!“

loller erkaften Nationalliberalen etc. sollten sich ein Beispiel an ihm nehmen. —

Noch ein am Bismarckdrummel verrückt Gewordener. „Ja, Kaiser“, schreibt das „Rheinisch-Westfälische Tageblatt“, „hied' sie uns heim, die Biedermänner; Du sollst Deine Freude haben, wie Dein deutsches Volk unter dem Eindruck des schmachtvollen Beschlusses vom Samstag mit ihnen umgehen wird! Tiefem Reichthum aber, der sich für alle Zeiten und vor allen Bölkern sinkend gemacht hat, ein aus tiefstem Herzen kommendes, kräftiges poroat!“

Den Auflösungsfanatikern wird bange, sie versprechen sich nichts von einer Heimführung des Reichstages für ihre Sonderinteressen. Und auf diese kommt's doch schließlich an. Ja, wenn sich unter dem Feldgeschrei: die national, die antinational, ein Reichstag zusammenbringen ließe, der den Junkern den „Antrag Ranih“ bewilligte, — ja dann. Da man aber ganz genau weiß, daß ein unter solchem Feldgeschrei gewählter Reichstag aller Voraussicht nach noch „reichsfeindlicher“ werden würde, als es der gegenwärtige ist, ja, da sogar die Parteien, die am 23. März über die Frage Ranih“ sehr einig waren, über die „Frage Ranih“ sehr meinig sind und auch in Zukunft sein werden: so hat eben der Reichstagsbeschuß und das Telegramm des Kaisers vorläufig keine „politische Tragweite“. In diesem Sinne schreibt denn die „Kreuz-Zeitung“ heute:

Politische Tragweite in der üblichen Bedeutung des Wortes könnte die Sache unseres Erachtens nur dann gewinnen, wenn die Parteien, welche mit dem Kaiser darin einig sind, daß dem Fürsten Bismarck bei seinem achtzigsten Geburtstag ehren — Deutschland ehren heißt, in den inneren Fragen auch unter sich und mit den Regierungen einig wären. Da sie das aber, wie sie alle nur zu genau wissen, eben nicht sind, so würde eine Auflösung des Reichstages in ihrer weiteren Folge nur zu einem Kampfe der wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Interessen führen können, welche trennend zwischen ihnen stehen; es würde zu einem Kampfe aller gegen alle“ kommen, dessen Ausgang völlig unberechenbar erscheinen müßte, aller Wahrscheinlichkeit nach aber sehr unbedeutend wäre.

Für die Kreuz-Zeitungs-Männer ganz gewiß. —

Aufforderung an die „Kölnische Zeitung“ und ihr Zeitungsgeschwister. Die „Kölnische Zeitung“ — gleich anderen „nationalen“ Blättern — behauptet, der Pariser „Tropf“ habe den Reichstagsbeschuß des 23. März als einen Akt der Undankbarkeit gekennzeichnet: wir fordern die „Kölnische Zeitung“ auf, diesen Artikel vollständig — in Uebersetzung — abzurufen. Wir dürfen es nicht wagen, bringt die „Kölnische Zeitung“ den Artikel nicht, so gesetzt sie damit zu, daß sie gesunkert hat.

Und wie mit dieser, so ist es mit den anderen „Stimmen des Auslandes“, die diese patriotische Radaupresse für sich annekirt und nach Art der Kaiser Depesche „redigirt“ hat. —

Noch ein Ausländer über den Bismarckdrummel. Das größte Blatt Italiens, der „Secolo“, schreibt folgendes über den Reichstagsbeschuß vom Sonnabend: „Vom Norden kommt heute ein hebrés Beispiel von Unabhängigkeit und Moralität, denn das ist die Bismarck feindliche Abstimmung des Reichstages. Die mit Blut befudelten Lorbeeren Bismarck's und die durch so viel Gewalt und so viele Schikanen zu Stand gebrachte deutsche Einheit und Einigkeit konnten in einem Parlamente freier Männer nicht Gnade finden.“

Gegen Buchhandel und Presse. Die letzte Sitzung der Gewerbs-Ordnungs-Kommission des Reichstages hat durch die Ausdehnung des Artikels 7 der Regierungs-Vorlage auf den Buchhandel und durch die Unterordnung desselben unter die auf das Hausgeschäft gemäzte Bestimmung, daß Bestellungen nicht bei Privatere aufgeführt werden dürfen, einem der blühendsten Geschäftszweige einen schweren Schlag versetzt. Zugleich aber ist gegen die Presse ein Streich gerichtet worden, der eines Hauptadversariats. Die Regierungsvertreter lehnten es ausdrücklich ab, eine Erklärung darüber abzugeben, ob das Ein-sammeln von Zeitungs-Abonnements unter den Artikel 7 der Vorlage (Gewerbs-Ordnung § 44 Absatz 3) falle und gaben so das Recht zu der Annahme, daß dieses Geschäft ausdrücklich getroffen werden soll. — Am raffiniertesten wird man natürlich die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu verhindern suchen. —

Petitionen gegen die dem Reichstag vorliegenden Gesetze, wie Umsturzgesetz etc. laufen in Masse ein. Aus dem zehnten Verzeichnis der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen sind hervorgehoben die von 127 Petenten um Ablehnung der sogenannten Umsturzvorlage, von 28 Petenten um

und seine vom Hof mit der Hand leicht erreichbaren Scheiben waren in der darauffolgenden Nacht eingeschlagen worden.

„Denke Dir nur, Mann! Von dranhin haben sie die Bodenschlüssel herausgelangt! Und die Plumentöpfe vom Fensterbrett heruntergerissen. Meine schönsten Geranien und Fuchsen sind hin! Mein, so 'ne Gemeinheit!“

„Und das ist Rendeimann gewesen?“ schrie Schwarz.

„Bist Du auch sicher?“

„Ganz sicher,“ sagte die Frau.

„Er trug am andern Tag das rechte Handgelenk dick verbunden. Er hat sich an den Glascherben geschnitten. Das ist ihm mal gesund!“

„Der Laufkel der! Na, und was noch? Ich seh's Dir an, Du hast noch was! Hat er wieder Brand gestiftet?“

„Am Gottes willen, Mann! Wie kannst Du so was sagen — eh' Du die Beweise in Händen hast?! Wenn er Dich auf Injurie verklagt, dann sehen wir obendrein noch drinn!“

„Na ja, wozu denn? Laß mich doch nicht so lange — wozu hat er denn die Schlüssel —?“

Getreide haben sie uns gestohlen. Sieben ganze Scheffel Roggen. Er tritt es natürlich ab und macht einen Riesenspektakel. Aber ich hab' nachmessen lassen. Sieben Scheffel fehlen.“

„Ich verklag' ihn! Sobald als möglich!“

„Laß, laß! Du richtest gegen den geriebenen Hund doch nichts aus!“ meinte die ängstliche Frau. „Ich wollte Gott danken, wenn wir nur erst in gutem mit ihnen auseinander wären.“

„Aber raus muß er! Keine Stunde länger! Ich fahre gleich mit Dir zurück. Mein Chef soll mir ein paar Tage Urlaub geben. Wenn der Schuft erst heraus ist dann bin ich wieder ruhig. Dann kann ich hier die verstaumte Zeit reichlich wieder nachholen. Aber so hab' ich meine Gedanken doch nicht zusammen — erst muß er herunter, von meinem Grund und Boden: Herunter soll er! Deut noch! Keinen Augenblick länger!“

(Fortsetzung folgt.)

Verbot der Einfuhr von Quebrachholz oder Festschlag eines Holzbaus, von 140 Petenten um Ablehnung des Labaksteuer-Gesetzes, von 20 Petenten gegen jede weitere Befestigung des Labaks und von 77 Petenten um Ablehnung des Geschenkwerfs wegen Abänderung des Zollvereinsungsvertrages.

Die Börse reformiert soll nunmehr in Fluss kommen. Wie der Landwirtschaftsminister heute im Landtage mitteilte, ist das neue Börsengesetz im Entwurf fertig und wird noch in dieser Session den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden.

Internationale Währungs-Konferenz. Der Annahme gegenüber, daß die baldige Einberufung einer internationalen Währungs-Konferenz seitens der Reichsregierung zu erwarten sei, macht die „National-Zeitung“ darauf aufmerksam, daß die Verhandlungen mit den Bundes-Regierungen darüber, ob und wann eine Einladung zu einer solchen Konferenz erlassen werden soll, noch schweben. Die Verhandlungen werden voraussichtlich erst nach längerer Dauer zum Abschluß gelangen. Vermutlich wird dabei die schwierige Frage eine wesentliche Rolle spielen: welche Vorschläge zur „Förderung und Befestigung des Silberpreises“ der Konferenz unterbreitet werden sollen.

Die Sozialpolitik des Staats und der Kommunen liegt bekanntlich sehr im Argen. Es wäre daher wünschenswert, wenn sich die beteiligten Behörden etwas mehr nach einem neuerdings ergangenen gemeinschaftlichen Erlaß des Ministers des Innern und des Handels richten wollten. In diesem Erlaß ist bei Erörterung der Maßnahmen, durch die dem Entstehen einer weit verbreiteten Arbeitslosigkeit vorgebeugt oder die Wirkung eines unvermeidlichen Arbeitsmangels gemildert werden könnte, unter anderem hervorgehoben worden, daß sowohl der Staat wie die kommunalen Verwaltungen in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber hierzu wesentlich beitragen könnten, wenn sie allgemein und planmäßig auf eine zweckmäßige Verteilung und Regelung der für ihre Rechnung auszuführenden Arbeiten Bedacht nähmen. Ferner sollen die unteren Verwaltungsbehörden angewiesen werden, sich von allen Vorgängen und Verhältnissen, die einen Schluß auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes in ihrem Bezirke gestatten, thunlichst unterrichtet zu halten und die Provinzialregierungen von allen in dieser Hinsicht erheblichen Erscheinungen, insbesondere von bevorstehenden Betriebsbeschränkungen oder Betriebsvermehrungen in größerem Umfang, möglichst frühzeitig in Kenntnis zu setzen. Was die Verteilung und Regelung der auf staatliche oder kommunale Rechnung auszuführenden Arbeiten anlangt, so weisen die Minister darauf hin, daß in jeder Staats- und Kommunalverwaltung Lieferungen und Arbeiten vorkommen, für deren Vergebung der Zeitpunkt in gewissen Grenzen nach den Umständen frei gewählt werden kann. Wenn alle öffentlichen Verwaltungen bei ihren Anordnungen rechtzeitig darauf Bedacht nähmen, Arbeiten dieser Art in Zeiten zu verlegen, in denen Mangel an Arbeitsgelegenheit zu erwarten ist, wenn namentlich solche Arbeiten, bei denen Beschäftigung aller Art, insbesondere auch nichtgelernte Arbeiter Verwendung finden können, für Zeiten drohender Arbeitslosigkeit, wie sie neuerdings in größeren Städten und Industriezentren fast regelmäßig im Winter wiederkehren pflegen, aufgeschoben würden, so würde ohne Zweifel in vielen Fällen der wirkliche Eintritt einer verbreiteten Arbeitslosigkeit abgewendet und ernstlichen Nothständen begegnet werden können. Eine Milderung des Nothstandes wird sich vielfach auch dadurch erreichen lassen, daß die öffentlichen Betriebe bei eintretendem geringeren Arbeitsbedürfnis in Zeiten, wo es auch sonst an Arbeitsgelegenheit fehlt, nicht sofort zur Arbeiterentlassung schreiten, sondern durch Verkürzung der täglichen Arbeitszeit oder, wie es im Bergbau üblich ist, durch Einlegung von Feiertagen die Vertheilung der vollen Arbeiterzahl ermöglichen. Allerdings wird eine vermehrte Fürsorge für Arbeitsgelegenheit in Zeiten verbreiteten Arbeitsmangels nicht eintreten dürfen, ohne daß zugleich Vorkehrungen gegen den ohnehin übermäßigen Bezug Beschäftigungslosler zu den großen Städten getroffen werden, da sonst der Erfolg jener Fürsorge in Frage gestellt werden würde. Deshalb wird beispielsweise (wie es in Berlin kürzlich geschehen ist) Vorsorge zu treffen sein, daß zu sogenannten Nothstandsarbeiten nur solche Beschäftigungslosler zugelassen werden, die in der betreffenden Gemeinde ihren Unterhaltungswohnsitz haben, oder wenigstens schon eine gewisse Zeit in regelmäßiger Arbeit gestanden haben. Da die Erfahrung der letzten Jahre vielfach gezeigt hat, daß es selbst größere Gemeinden an der wünschenswerten Voransicht haben fehlen lassen, und an die Verschaffung sogenannter Nothstandsarbeiten erst herangetreten sind, wenn die Arbeitslosigkeit schon einen bedeutenden Umfang angenommen hatte und der Nothstand bereits eingetreten war, so sollen die Regierungspräsidenten die ihnen unterstellten Kreise und Gemeinden auf die ihnen als Arbeitgeber obliegenden Aufgaben hinweisen, desgleichen die ihnen unterstellten Behörden und Beamten, die über die Vergebung von Lieferungen oder Arbeiten zu verfügen haben oder dabei mitzuwirken berufen sind.

Ein schwäbischer Martinez Campos. Dem „Stuttgarter Beobachter“, der den Bismarcktrümmel ebenfalls nach Gebühr beleuchtet hatte, ist folgendes anonymes Schreiben zugegangen:

Solche wie die in einer Ihrer letzten Nummern ausgesprochenen Schmähungen gegen den Gründer des Deutschen Reiches „Fürst Bismarck“ kann jeden ernstlich denkenden Menschen nur aneiden.

In der Regel lassen sich solche Menschen — wie die meisten Redakteure und Federführer, nur auf dem Papier los; gilt es, das Vaterland zu vertheidigen, dann sind die Herren feist und sitzen feige hinter dem Tisch.

Im Namen vieler Kameraden warne ich Sie vor dergleichen Angriffen gegen Heer und Staat und die bestehende sittliche Weltordnung.

Sie zu züchtigen, dafür achtet sich der deutsche Offizier zu hoch; jedoch ob im Wiederholungsfall einer solch' schmählichen Beleidigung wir nicht — ähnlich jüngst in Madrid — die Brüste solcher Feiglinge einmal umbrechen und demolieren — bleibe abzuwarten.

Im Namen vieler Offiziere
Ein event. schwäbischer „Martinez Campos“.

Dazu schreibt das Blatt:
Wir stellen der Militärbehörde Rouvert und Inskript Lehn's Handschriftenvergleichung zur Verfügung, damit sie prüfen kann, ob thatsächlich ein württembergischer Offizier, und noch dazu „im Namen vieler Kameraden“, die höchste Feigheit, deren sich ein Mann und Offizier schuldig machen kann — diejenige der anonymen Drohung — begehen konnte.

Wegen Hochverrats! Ein skandinavischer Redakteur Hansen wurde wegen des Verdachts von vorbereitenden Handlungen zum Hochverrat in Apenrade verhaftet. Wie berichtet wird, hielt sich Hansen in Deutschland auf, um Studien über das Genossenschaftswesen, insbesondere das landwirtschaftliche, zu machen.

Vom ungarischen Agrarsozialismus. Gestern berichteten wir über eine Konferenz, die unter dem Vorstuh des ungarischen Ministerpräsidenten Banffy in Budapest gelang hat und die über die agrarsozialistische Bewegung in Alföld berathen sollte. Es liegen jetzt einige nähere Mittheilungen über diese Konferenz vor. Es sollen daran hervorragende Sachmänner und eine Anzahl Verwaltungsbeamter der Komitate Csehs, Gsanab

und Csangrad theilgenommen haben. Auf der Grundlage der geäußerten Ansichten hat, nach einer Rede des Ministerpräsidenten, die Regierung umfassende Sicherheitsvorkehrungen getroffen und namentlich Sorge dafür getragen, daß die seit einigen Jahren anlässlich des 1. Mai auftretende Bewegung ohne jede Störung verlaufe und die öffentliche Ordnung nicht gefährde. Was die Veränderung des Nothstandes betrifft, so sind Mittel flüssig gemacht worden, damit infanterie Darlehen gewährt werden. Die Regierung hat sich ferner mit dem Kriegsministerium ins Einvernehmen gesetzt, damit ein Theil des Bedarfs an Hauskleinwand für Armeezwecke unmittelbar von den Produzenten ohne die Zwischkunft der Lieferanten gedeckt werde. Auch sonst werde die Regierung auf die Pflege und Unterhaltung der Hausindustrie bedacht sein, jedoch wünscht die Regierung, auch eine umfassende Aktion zur definitiven Eindämmung der sozialistischen Bewegung einzuleiten. Zu diesem Behufe appellire sie an die gesellschaftliche Unterstützung der grundbesitzenden Klasse, deren hervorragendste Vertreter eben zur Theilnahme an dieser Verathung und zur Meinungsäußerung eingeladen worden sind. Unzweifelhaft seien gewisse Uebelstände vorhanden und namentlich die Forderung von gewissen außerordentlichen Lasten, die den kleinen Pächtern und Arbeitern auferlegt worden, haben zu der Erbitterung beigetragen. Es sei wünschenswert, schloß der Ministerpräsident, daß diese Mißbräuche auf gesellschaftlichem Wege eingedämmt werden und der Arbeiterbevölkerung keine Veranlassung geboten werde, sich über eine Ausbeutung zu beklagen. Es folgten verschiedene Aeußerungen der versammelten Mitglieder der Enquete, welche die Enge als sehr existenzbedrohend und die Ueberzeugung hervorriefen, daß die Agitation, falls sie nicht mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werde, leicht eine gefährliche kommunistische Bewegung hervorrufen könne. — Das dürfte allerdings je eher geschehen, je länger das grausame Elend der Bewohner des fruchtbarsten Landes dauert und je weniger Schritte gethan werden, um dieses Elend zu mildern.

Ans Belgien, wo sich die Genossen im Kampf um Gemeindegewalt befinden, kommt heute folgende schauervolle Mär:

Brüssel, 27. März. Einer amtlichen Meldung zufolge hat der Kriegsminister alle Gemeindegewaltigen Belgiens telegraphisch aufgefordert, die Reservetruppen von 1892 einzuberufen. Die Gründe dieser Maßregel sind darin zu suchen, daß eine Anzahl Justizstrafen von Industriellen bei der Regierung eingegangen sind, in welchen um Schutz gegen Ausschreitungen der Streikenden gebeten wird. Außerdem sollen die aus den Provinzen über revolutionäre Pläne und Aufforderungen der Sozialistenführer, von Dynamit Gebrauch zu machen, bei der Regierung eingelaufen sein.

Der Text — Wir kennen die Weise, wir kennen den Text, wir kennen auch die Verfasser. Diese Melodie wird immer gepfiffen, und nicht nur in Belgien, wenn es gilt, einen revolutionären Schreden zu verbreiten, Spießbürger graulich zu machen und unter dem Deckmantel einer durch revolutionäre, dynamitwerfende Sozialisten drohenden Gefahr reaktionäre Pläne durchzuführen.

Die belgischen Genossen durchschauen den Nummel und handeln danach.

Eine Folge der Amnestie. Aus Italien schreibt man uns: Garibaldi Bosco ist im Zuchthaus zu San Geminiano plötzlich schwer erkrankt, wahrscheinlich infolge der Gemüthsbewegung über die Gnade des Königs Umberto, die ihm noch acht Jahre im Zuchthaus zu bleiben verließ. Seine Mutter, seine junge Frau und sein Knabe in Palermo sind in Verwesung, da sie in ihrer Armuth nicht für ihn thun können.

Italienische Parteipresse. Unser römischer Korrespondent meldet uns: Das in Neapel neu gegründete sozialistische Wochenblatt betitelt sich: „La Vigilia“ (Die Wache). Das radikale, täglich erscheinende und vorzüglich redigirte Blatt „L'Uomo“ in Rom hat sich jetzt offen als Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Italiens erklärt und ist in die offizielle Liste der Parteipresse aufgenommen worden. Der durch die blutigen Verfolgungen neu gestärkte Sozialismus in Italien befißt also nun — nach dem Eingehen des früheren in Reggio-Emilia erschienenen „Punto Nero“ — ein neues kräftiges tägliches Organ.

Deutschland und England. Die nationalliberale Presse zeigt eine auffällige Schässigkeit gegen das Ministerium Rosebery, dem Dinnigung zu Frankreich vorgeworfen wird. Die nationalliberalen Kanngesichter scheinen zu glauben, daß wenn die Liberalen gestürzt seien, England sofort in den Dreibund hineinspringen werde.

Das ist eine Auffassung der Dinge, die von vollständiger Unkenntnis der englischen Verhältnisse zeugt. Stürzt das Ministerium Rosebery, was wohl ziemlich bald der Fall sein wird, so bleibt die auswärtige Politik Englands speziel in bezug auf Frankreich genau dieselbe wie jetzt. Was England gegenüber, dem das liberale Ministerium mit glabstonischer Härlichkeit zugehan ist, dürfte eine etwas verschiedene und kräftigere Politik befolgt werden. In einen Eintritt in den Dreibund hat in England kein Mensch gedacht, als der Dreibund noch eine Wirklichkeit war. Wie sollte jemand daran denken, jetzt, wo der Dreibund nur noch ein Schatten ist?

Wer will den Klassenkampf? Nun, wer ihn entfacht hat und fortwährend schürt: die Kapitalistenklasse. Wenn diese die sozialistischen Arbeiter als Urheber des Klassenkampfes demuziert, so ist dies das bekannte Wandoer des Spitzhüden, der einen Unschuldigen das: „Haltet den Dieb!“ nachruft. Die heuchlerische Kapitalistenprose von der Schürung des Klassenkampfes und Klassenkampfes durch die Sozialisten empfangt seinen praktischen Kommentar durch das Verhalten der Kapitalisten bei Streitigkeiten mit den Arbeitern. Während die Arbeiter fast immer bereit sind, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen, pochen die kapitalistischen Skoloz, mit seltenen Ausnahmen, auf ihrem Schein und verlangen bedingungslos Unterwerfung. Das haben wir — um nur ein großes Beispiel anzuführen — bei dem letzten Riesenstreit der amerikanischen Eisenbahnarbeiter; und das ist jetzt der Fall bei dem Eisenstreit der englischen Schuhmacher. Die Arbeiter haben ein Schiedsgericht angenommen — die Arbeitgeber haben es verworfen. Wer von beiden will den Klassenkampf?

Ans Spanien liegt heute die Mittheilung vor, daß die Regierung beschlossen hat, 6000 Mann nach Cuba zu senden; dieselben sollen unverzüglich abgehen. — Die Ernennung des Generals Camir zum General-Gouverneur von Cuba ist entschieden.

Auch wird aus Havana selbst gemeldet, daß ein erstes Bataillon aus Spanien auf Cuba angekommen ist.

Ans Rußland. Eine strengere Beaufsichtigung der Presse ist für ganz Rußland angeordnet worden. Der Knebel war also noch nicht „stark“ genug. — Und an die Regierungen der baltischen Provinzen ist ein Birkular-Was ergangen, der scharfste Ueberwachung aller Vereine, und die sofortige Auflösung aller solchen Vereine fordert, die andere als bloße Wohlthätigkeitszwecke verfolgen. Das neue „Väterchen“

raucht sich gut. — Auch die Judenverfolgungen sind wieder aufgenommen worden: Durch Ulna ist die Zahl der Pharmaceuten (Apotheker), die in Rußland fast ausschließlich Juden sind, auf die Hälfte herabgesetzt worden.

Zum japanisch-chinesischen Krieg. Die „Russische Telegraphen-Agentur“ erfährt über die gegenwärtig schwebenden Friedensverhandlungen aus guter Quelle, daß die Abtretung der chinesischen Regierung ermächtigt worden, außer einer Kriegsschadigung, die durch die provisorische Okkupation der Gebiete garantiert werden soll, wo die japanischen Truppen sich gegenwärtig befinden, die Abtretung der Lin-Schu-Inseln mit der Gruppe der Nadjigo-Sita, der Batan- und der Babagan-Inseln sowie Teilman's anzubieten. Die Abtretung der Halbinsel Liaotung zu widersehen und höchstens zuzugestehen, daß diese Halbinsel zu einem Pufferstaat zwischen dem unabhängig zu erhaltenden Korea und China gemacht werde, aber mit der Bedingung, daß dieser Pufferstaat unter dem Schutz der interessirten europäischen Mächte gestellt würde.

Nebrigens soll die dem chinesischen Unterhändler durch den Attentat beigebrachte Wunde ernster sein, als man zuerst angenommen habe. Man glaube, die Kugel habe sich in die Knochengewebe an der Basis der Nasendöhne, einer sehr gefährlichen Stelle, eingebettet. Der deutsche Chirurg, den der Mikado mit der Behandlung Lihungschangs beauftragt hat, sei der Meinung, daß eine Wiederherstellung sehr zweifelhaft sei.

Der japanische Landtag ist am 27. geschlossen worden, nachdem in geheimer Sitzung Resolutionen angenommen waren, in welchen das Attentat auf das Leben Lihungschangs bedauert wird.

Ans Amerika, 15. März. Der Streik in den großen Schuhsfabriken zu Haverhill in Massachusetts ist, nachdem die Zahl der Theilnehmer von Woche zu Woche zusammengeschmolzen, als beendet erklärt worden. Zwei Vortheile glaubten die Streiker trotz der nominellen Niederlage doch verzeichnen zu können: daß nämlich die Fabrikanten nach den erlittenen schweren Verlusten keine Lust mehr haben werden, das Experimentieren mit Lohnreduktionen fortzusetzen, sowie daß das Kontraktorensystem fast vollständig beseitigt ist.

Ein neuer großer Kampf ist in Pennsylvania ausgedrochen, wo im Pittsburg-Distrikt von den ca. 23 000 Kohlengräbern ca. 15 000 für Eringung der auf der vorjährigen Konferenz zu Columbus mit den Unternehmern abgemachten Forderungen streiken. Letztere verfügten eine Reduktion, nachdem die Arbeiter einer der größeren Gruben eine solche akzeptirt hatten; dieselben hatten zwar gegen diese zur Arbeitseinstellung gegriffen, gaben sie aber auf, als sie sahen, daß ihre Pläne durch „Scabs“ befehrt wurden, und meldeten dann ihren Austritt aus dem National-Verband. — Eine Anzahl der größeren Gesellschaften, welche ca. 8000 Arbeiter beschäftigen, sollen schon nachgegeben haben.

Der Zentralkörper der Gewerkschaften in Columbus, Ohio, hat ein Untersuchungskomitee in der Mc. Bride'schen Angelegenheit eingesetzt; es soll nachträglich ein Check über eine bedeutende Geldsumme zum Vorschein gekommen sein, welcher von einem prominenten Grubenbesitzer ausgestellt, von Mc. Bride indossirt ist und zur Zeit des vorjährigen Kompromisses zur Auszahlung gelangt war.

Die polnischen Genossen New-Yorks beabsichtigen ein Blatt herauszugeben; sie schätzen die Anzahl der polnischen Arbeiter im ganzen Lande auf rund 2 Millionen und hoffen, daß die Beteiligte schon im Anfang eine derartige sein wird, um das Unternehmen sicher zu stellen.

Zur Revolution in Peru. Die Truppen des früheren Präsidenten Coarces von Peru, die noch in der wichtigen Hafenstadt Callao standen, haben sich der provisorischen Regierung unterworfen, desgleichen das Kanonenboot „Sima“. Es ist daher anzunehmen, daß bis zur Wahl des wirklichen Präsidenten die Ruhe erhalten bleibt, wenn auch General Mas — ein Anhänger Coarces' — noch die Städte Cuzco und Puno besetzt halten soll. Die Nachrichten über die Straßenkämpfe in Lima sind genauhaft. Ueber 1000 Perichen, darunter gegen 60 weibliche, werden bereits beerdigt; das Haus des früheren Präsidenten Muniz und die Goldbrücke über den Rimac wurden von der Volksmenge niedergebrannt, eine Plünderung der Häuser des Präsidenten Coarces und des Generals Vargona wurde nur durch den provisorischen Präsidenten Candamo und den Präsidenten Clevegona verhindert. Am Dienstag sollen die Banken und Geschäftshäuser wieder geöffnet worden sein.

Parteinachrichten.

Achtung, Parteigenossen des S. Berliner Reichstags-Wahlkreises. Diejenigen Genossen, welche den „Vorwärts“ von den Parteispedituren erhalten und am 1. April d. J. ihre Wohnung wechseln, werden ersucht, recht bald ihre neue, genaue Adresse an einen der unten bezeichneten Spediture, von welchem sie den „Vorwärts“ jetzt zugestellt bekommen, gelangen zu lassen, damit in der Weiterbestellung keine Störung eintritt.

- Die Adressen der Spedituren sind:
- Für Moabit: Hempel, Labeckerstr. 16, S. p.
 - „ Wedding und Oranienburger Vorstadt: Stolzenburg, Wiesenstr. 14, p.
 - „ Gesundbrunnen: Gasmann, Grünhaldenstr. 67, S. p.
 - „ Rosenthaler Vorstadt: Rosenthal, Söminländerstr. 79, S. III
 - „ Schönhauser Vorstadt: Marx, Kathanien-Allee 98 p.
- Der Vertrauensmann.

Eine öffentliche Konferenz tagte am 21. März in Berlin und beschäftigte sich mit dem Thema: „Wie ist die „Brandenburger Zeitung“ besser zu gestalten?“ Als Delegirte waren aus den Wahlkreisen Potsdam-Osthavelland 12, Westhavelland 8, Stuppin 1, West-Briegnitz 1, Jandz-Belzig-Luderswalde 2 Genossen erschienen. Die Einberufung der Konferenz erfolgte auf grund eines Beschlusses der letzten Kreis-Konferenz des Wahlkreises Potsdam-Osthavelland, wonach die „Brandenburger Zeitung“ als „offizielles“ Organ anerkannt werden sollte, wenn die Zeitung besser ausgestaltet werden könnte. Von allen Rednern wurden die zahlreichen Mängel der „Brandenburger Zeitung“ anerkannt und nachstehende Resolution gegen 2 Stimmen angenommen: Die aus oben bezeichneten Kreisen beschiedene Konferenz erkennt die ausgesprochenen Wünsche betreffend Verbesserung der „Brandenburger Zeitung“ als Partei-Organ der genannten Kreise vollständig an und verpflichtet die Zeitung und Redaktion, diesen Bedürfnissen, soweit das Unternehmen nicht gefährdet ist, Rechnung zu tragen. Dagegen verpflichten sich die Anwesenden, ihre ganze Kraft daran zu setzen, der Zeitung möglichst viele Abonnenten zuzuführen, um dadurch weitestgehenden Wünschen entgegenkommen zu können.

Die Konferenz für den Gölitzer Kreis findet nicht, wie wir gestern berichteten, in Gölitz, sondern in Lauban statt.

Bei der Landtagswahl in Sachsen-Altenburg (3. Wahlbezirk) erhielt der Sozialdemokrat Reim 503, der Conservativler Helbig 149 Stimmen. Bei der vorigen Wahl erhielt unser Kandidat 286, Helbig über 400 Stimmen.

Zur Wahl in Remscheid stellte es sich heraus, daß eine Anzahl Arbeiter, die im letzten Winter als sogenannte Arbeitslose von der Stadt Beschäftigung erhalten hatten, nicht in die Wählerlisten eingetragen waren. Ob hier eine Versehen vorlag, oder ob die Behörde annahm, den betreffenden sei das

Wahlrecht abzuschneiden, sei dahingestellt, jedenfalls ist das ein Beweis, daß eine sorgfältige Durchsicht der Wahllisten notwendig ist.

Zum Kampfe der Militärvereine gegen die Sozialdemokratie. In Ermangelung großer patriotischer Kämpfe gegen den Erbfeind, kämpfen die sächsischen Militärvereine weiter gegen den inneren Feind. Namentlich wenden sie sich gegen die armen Teufel, die, um ihre Lebensbedürfnisse etwas billiger einzukaufen, zugleich Mitglieder der hurrahpatriotischen Kriegervereine und der Konsumvereine sind. Eine gewisse Sorte patriotischer Schlaumeier, ließen nun ihre Frauen Mitglieder in den Konsumvereinen werden. Der Varensteiner Militärvereins-Vorstand aber, der mit Argusaugen über die unversälfachte Reinheit seiner Mitglieder wacht, sandte diesen unsicheren Rantonisten kürzlich nachstehendes mit rother Tinte — welche umstürzlerische Farbe — geschriebenes Schriftstück, das wir der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ entnehmen: „In der am 3. Februar d. J. stattgefundenen außerordentlichen Bundes-Generalversammlung wurde beschlossen, daß alle Kameraden, welche einem Konsum- oder anderen derartigen Vereine angehören, deren Leitung sich nachweislich in sozialdemokratischen Händen befindet, bei Vermeidung sofortiger Ausschließung aus dem betreffenden Militärverein auszutreten haben. Auf Grund dieses Beschlusses fordert der unterzeichnete Verein seine Mitglieder auf, welche sich dem Waarenvertheilungs-Verein in Stahlberg angeschlossen haben, binnen einem Monat, vom Tage dieser Juststellung angerechnet, sich durch schriftlichen Beweis zu erklären, daß Sie aus dem Waarenvertheilungs-Verein ausgetreten sind. Wer diesen Beweis bis dahin nicht beibringt oder sich dem Waarenvertheilungs-Verein vor dem Militärverein vorzieht, hat unwiederlich die Ausschließung aus dem Militärverein zu erwarten. Vorstehende Bekanntmachung dieselbe Rechtskraft, auch wenn die Frau Mitglied des Waarenvertheilungs-Vereins ist. — Jedemfalls kann unseren sächsischen Parteigenossen das Vorgehen der patriotischen Heißsporne nur recht sein, es beschleunigt den Scheidungsprozeß.“

Der Nationalrat der italienischen Sozialisten-Partei hielt am 24. d. M. in Bologna eine Versammlung ab, in welcher das politische und auf die städtische Verwaltung bezügliche Programm, mit welchem die Sozialisten bei den Stadttrahs- und Parlamentswahlen hervortreten wollen, allgemeine Billigung fand. Man verhandelte auch darüber, wie der 1. Mai am besten zu feiern sei und sprach über die Wahlausichten in den verschiedenen Wahlkreisen. Der Versammlung wohnten die Abgeordneten Agnini, Berenini, Costa, Ferri und Prompolini bei. Während der Versammlung hielt die Polizei die Straßen vor dem Versammlungsorte besetzt, trotzdem ist alles ruhig verlaufen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Nach sächsischem Muster verfährt jetzt auch die Breslauer Polizei. Nachdem am Sonntag eine Versammlung des Arbeiter-Turnvereins verboten worden war, ereilte am Montag Abend ein gleiches Schicksal die Generalversammlung des Arbeiter-Sängerbundes. In beiden Fällen war die Nichtanmeldung der Versammlung der Grund der Auflösung. Da aber nach dem preussischen Vereinsgesetz nur Vereine, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, zur Meldung verpflichtet sind, so ist die Auflösung ungerechtfertigt.

Sächsisches aus dem Rheinlande. Vier Elberfelder Parteigenossen sollten durch Verhängung des Vogts über ein Lokal, dessen Besitzer den Sozialdemokraten den Saal verweigerte, „groben Unfug“ verübt haben. Sie wurden in der ersten Instanz (Schöffengericht) freigesprochen, von der Strafkammer zu ein bis sechs Wochen Gefängnis verurtheilt. Dieses Urtheil hat das Oberlandesgericht zu Köln bestätigt.

Das Verfahren gegen Genossen Reichard, Redakteur der „Sächs. Arb.-Ztg.“ in einer Verleumdungssache, in welcher er von dem Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden war, wurde von der Strafkammer als Berufungsinstantz eingestellt. „Wir freuen uns, so schreibt hierzu die „Sächs. Arb.-Ztg.“, daß unser schon so schwer bestraffter Genosse dieser Strafe ledig geworden ist.“ Dem schließen wir uns natürlich an.

Genosse Georg Horn wurde am 20. d. Mts. vom Landgericht Oldenburg wegen Verleumdung zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Als Redakteur des Organs der Glasarbeiter, „Der Hochgenosse“, welcher in Oldenburg erscheint, soll Horn die Polizeibehörde von Oldenburg beleidigt haben. Zu Grunde liegt der Glasarbeiterstreik dortselbst vom September vorigen Jahres. Als dieser Streik verloren ging, wurden im „Hochgenossen“ der Polizei Vorwürfe der Parteilichkeit für die Unternehmung etc. gemacht. Da es nach Ansicht des Gerichts dem Angeklagten nicht gelang, den Wahrheitsbeweis zu führen, so erfolgte die bezeichnete Verurtheilung. — Hier haben wir wieder einen Fall von Verurtheilung eines Redakteurs an einem ganz anderen Ort als dem Ort, wo das betreffende Organ erscheint. Weil eine Anzahl Nummern des „Hochgenossen“ nach Oldenburg gehen, so erklärt sich das Gericht dortselbst für zuständig. Nach einer solchen Auffassung ist die Presse geradezu vogelfrei. Danach kann ein Redakteur heute nach Königsberg, morgen nach Stralsburg vor Gericht zitiert werden und so fort. — Leider hat das Reichsgericht zu Gunsten dieser Auffassung bereits entschieden, sodaß es wohl bei dem Urtheil sein Bewenden haben wird.

Ein Monstreprozeß ist dieser Tage in Chemnitz verhandelt worden. Zwei Arbeiter hatten einen Gesangverein gegründet, dem nach und nach 30 Mitglieder beitraten, welche dem wegen der Theilnahme an dem projektirten Sängerkreis in Mittweida aufgelösten Gesangverein „Vorwärts“ angehört hatten. Der neue Verein nahm die Statuten des alten an, engagierte auch, da ein anderer sich nicht fand, denselben Dirigenten. Das wurde von der Behörde als eine Fortsetzung des aufgelösten Vereins betrachtet und sämtliche Mitglieder wurden unter Anklage gestellt. Die Angeklagten machten zu ihrer Vertheidigung geltend, daß sie eine Umgehung des Vereinsgesetzes in keiner Weise beabsichtigt hätten; es müsse ihnen das Recht zugestanden werden, Vereine zu gründen wo sie wollten. Sie seien sämmtlich, nachdem sie von der Gründung der „Eintracht“ gebürt hätten, nach und nach dem Vereine beigetreten, ohne dieses unter sich verabredet zu haben. Der Herr Ankläger hielt den Angeklagten vor, daß ihr Verein „Eintracht“ auch dieselben Statuten gehabt habe, wie der Verein „Vorwärts“. Demgegenüber aber konstatarie die Angeklagten, daß sowohl die Statuten als auch die Vorstandsmitglieder provisorisch bestimmt worden seien. Bei jeder Vereinsgründung würden bekanntlich die Statuten anderer Vereine zum Muster genommen, und so sei es auch in diesem Falle gewesen. Jedoch durch alle ihre Einwendungen erreichten die Angeklagten nicht die Entlastung von der Anklage. Sie wurden verurtheilt, und zwar: die beiden Gründer des Vereins, welche nicht dem Verein „Vorwärts“ angehört hatten, zu je 10 M. Geldstrafe, 25 Theilnehmer, ehemalige Mitglieder des „Vorwärts“, zu 20 M. Geldstrafe, und 6 Vorstandsmitglieder zu je einer Woche Gefängnis. Der Dirigent wurde freigesprochen. Sämmtliche Verurtheilte beabsichtigen, die höhere Instanz anzurufen.

Das Stadiverordneten-Kollegium von Falkenstein i. V. hatte gegen den Redakteur der „Boigt. Volksztg.“ Strafantrag gestellt, weil er den Beschluß des Kollegiums bezüglich die Einführung des neugeschaffenen, reaktionären Wahlsystems unter schwarzem Rand mitgetheilt hatte. Das getränkte Kollegium hat es nun erlitten müssen, daß ihr Strafantrag vom Staatsanwalt abgelehnt wurde.

Soziale Ueberlicht.

Protestversammlungen gegen den Bismardrummel sollen am 1. April in Dortmund abgehalten werden. In einem Aufruf: „An die Steuerzahler Dortmunds“ ruft die „Abw. Westf. Arb.-Ztg.“ den Einwohnern in Erinnerung, daß die 1000 M., welche die hurrahpatriotisch nationalliberale Mehrheit der Stadtverordneten sich zum Zwecke der Bismardverherrlichung bewilligte, die Steuergrößen auch der erbittertesten Gegner Bismard's mit sind. Dagegen, so heißt es in dem Aufruf, muß protestirt werden. Protestirt werden auch schon deshalb, weil die finanziellen Verhältnisse Dortmunds die größte Sparfamkeit erfordern, weil wichtige kulturelle Aufgaben Lösung von der Stadt unangeführt geblieben sind. Die Arbeitslosen sind ohne Hilfe gelassen worden, die Gehälter der Lehrer sind dürftig, die Strophen in jämmerlichem Zustande, die Beleuchtung, namentlich in den Arbeitervierteln, miserabel. Die Vertreter der national-liberalen Minderheit aber verwenden das Geld, welches wir aufbringen müssen, und wofür wir eventuell ausgepöbel werden, zu ihrem Parteieitel! Wohlthun, stellen wir diesem Parteieitel eine Protestkundgebung gegenüber, die da zeigt, daß die Mehrheit der Dortmund Steuerzahler das Vorgehen der national-liberalen Stadtverordneten verurtheilt! Vergnügen sich jene zu Ehren ihres Bösen für unser aller Geld am Freudenbaum, so wollen wir in der Stadt zusammenzutreten und protestieren. Versammlungen in allen Stadttheilen, am Abend des 1. April, sollen Zeugnis ablegen von unserer Gesinnung. — Wie aber die Dinge in Dortmund liegen, liegen sie fast überall. Ueberall ist es nur eine kleine Minderheit, die auf Kosten und gegen den Willen der Allgemeinheit den Bismardrummel in Szene setzt.

Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen in Deutschland (E. S. 26) in Offenbach a. M. hat einen Reservefonds von 140 000 M. Die Kasse verausgabte seit ihrem Bestehen (11 Jahre) die Summe von 1 650 000 M. für ihre Mitglieder. Die wöchentlichen Beiträge und Unterstützungen stellen sich wie folgt:

Beiträge	Unterstützungen	Beerdigungsgeld
1. Klasse 20 Pf.	3,30 M.	40,— M.
2. „ 30 „	5,— „	60,— „
3. „ 35 „	6,— „	65,— „
4. „ 40 „	7,— „	70,— „

Nichtversicherungspflichtige Mitglieder, auch solche, die versicherungspflichtig sind, aber Arzt und Arznei aus einer anderen gesetzlich anerkannten Kasse beziehen, haben die Berechtigung, in Krankheitsfällen statt der oben angeführten Unterstützungen für die 1. Klasse 7,50 M., 2. Klasse 7,50 M., 3. Klasse 9 M., und für die 4. Klasse 10,50 M. zu verlangen. — In Fällen von solchen Erkrankungen, die die Erwerbsthätigkeit nicht aufheben, aber ärztliche Hilfe trotzdem nöthig erscheinen lassen, werden Arzt und Arznei und sonstige Heilmittel ohne Beschränkung gewährt. — An Stelle der vorstehenden Leistungen wird auf Erfordern auch freie Behandlung in einem städtischen oder staatlichen, in besonderen Fällen auch in einem Privat-Krankenhaus gewährt. — Solchen Mitgliedern, die theilweise oder ganz ihre Angehörigen ernähren, wird während ihres Aufenthaltes in einem Krankenhaus eine entsprechende Unterstützung für diese in bar wöchentlich ausbezahlt. — Meldungen und alle Auskünfte erteilt der Vorsitzende der Kasse, H. Schulze, Offenbach a. M., Bieberstr. 8, und in allen örtlichen Verwaltungsstellen die Vorsitzenden.

Kinder-Ausbeutung in der böhmischen Glasindustrie. Von wieviel Glendüseln und Tränen könnten die Glasperlen, welche im nordböhmischen Gebirge erzeugt und die als Kleiderputz, Bilderrahmenschnur, Gesänge etc. verwendet werden, erzählen, wenn sie sprechen könnten. Für tausend Duzend zweischellige Perlen auf Wolfsbiden zu ziehen zahlen die Fabrikherren vierzig Kreuzer, für einlöcherige sogar nur dreißig Kreuzer Lohn! Dabei ist es meist noch schulpflichtige Kinder, welche diese Arbeit verrichten. Und das nennt man allenthalben die „gute Zeit“, denn im vergangenen Winter wurden noch zehn Kreuzer weniger gezahlt. An einem Tage kann eine geübte Arbeiterin höchstens 500 bis 600 Duzend aufziehen. — Man sieht hieraus, was für eine kolossale Ausbeutung jugendlicher Kräfte in der Perlenindustrie betrieben wird. Die Kinderarbeit ist zwar gesetzlich untersagt, aber es kümmert sich niemand darum, ob dies Verbot befolgt wird. Es wird irisch darauf los geschmettert, denn wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter.

Eine neue überraschende Entdeckung hat der Direktor Fiedler in einer kürzlich in Bensheim (Hessen) abgehaltenen Versammlung des Obst- und Gartendan-Vereins in einem Vortrag über die Lage der Landwirtschaft zum besten gegeben. Warum ist der Markt mit Getreide überfluthet? — Man höre die Antwort des gelehrten Fachmannes:

„Unsere Ernährungsweise ist eine andere geworden; wir leben besser als früher; wir essen mehr Fleisch, Butter, Käse, rohes und eingemachtes Obst, und infolge dessen der Genuss von Brot und Weibspeisen bedeutend, bei Brot vielleicht um ein Drittel, zurückgegangen, während sich im Gegensatz hierzu die Erträge unserer Felder durch bessere Bewirtschaftung um etwa ein Drittel gehoben haben.“

Doch wir weniger Getreide pro Kopf verbrauchen als früher, darin hat der Herr Direktor schon recht; aber daß wir den Restfall mit Fleisch, Butter und Käse decken, diese Behauptung ist nur eine kindliche Uebertragung der Wandlung, die sich vielleicht in dem direkteren Hantal vollzogen hat, auf die Gesamtheit. Erh. kürzlich hat Dr. Hirschberg im IV. Band des „Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte“ den erscheidenden Rückgang des Fleischverbrauchs für eine Reihe von Großstädten nachgewiesen. So ist in der Reichshauptstadt der Fleischkonsum in den Jahren 1888—1892 von 85,1 Kilogramm auf 69,8 Kilogramm pro Kopf gesunken. Nicht durch das Fleisch wird das Brot verdrängt, sondern durch die Kartoffel, deren Siegeslauf den Niedergang der Volksernährung und der Landwirtschaft bedeutet. — Uebrigens schlägt sich Herr Fiedler mit seiner eigenen Wissenschaft ins Gesicht. Er führt nämlich aus, daß das Fleisch im Verhältnis zum Brot jetzt theurer bezahlt würde als früher und bringt dafür folgende interessante Tabelle:

Jahr	Chesfleisch	1 Pf. weniger als 5 Pfd. Brot
1850—59	59 Pf.	69 Pf.
1860—69	61 Pf.	52 Pf., also noch 9 Pf. billiger als Brot.
1870—79	73,2 „	69,5 „ 3,7 „ billiger
1880—89	67,9 „	69,7 „ 1,8 „ theurer
1890—94	60 „	74 „ 14 „ theurer als Brot.

Erwägt man nun, daß seit den sechziger Jahren die Löhne der großen Masse durchschnittlich zurückgegangen sind, dann wird es auch von dieser Seite aus gesehen klar, daß die Lebenshaltung der Masse gar nicht besser geworden sein kann. Woher hätten denn die Leute das Geld zu dem gesteigerten Fleischverbrauch bei gestiegenen Fleischpreisen hernehmen sollen?

Gewerkschaftliches.

Buchhändler! Die Differenzen mit der Firma Reich, Wilhelmstr. 119, sind nach gegenseitiger Aussprache und infolge Rücknahme der Entlassung des Kollegen Meyer als beigelegt zu betrachten. Der Vorstand.

An die Parteigenossen in Rummelsburg! Am 28. März findet am hiesigen Ort für die dritte Abtheilung eine Gemeindevorwähler-Wahl statt. Da für diesen Bezirk ein Hausbesitzer als Kandidat aufgestellt werden muß, haben wir von der Aufstellung eines Kandidaten Abstand nehmen müssen. Wir empfehlen des-

halb unseren Parteigenossen, bei der Wahl sich der Stimme zu enthalten.

Achtung, Lederarbeiter! Durch einen leidigen Frolschensfall konnte das zu gestern bestimmte Inzerat erst heute veröffentlicht werden.

Die Kollegen werden ersucht, kräftig für den Besuch der Versammlung zu agitieren. Der Vertrauensmann.

Achtung, Bauhandwerker! Die Maurer und Zimmerer Barnhiedts haben die Arbeit eingestellt und wird vor Zugung dringend gewarnt.

Arbeitseinstellung. Infolge von Differenzen wegen des Lohnes haben gestern, wie die „Schlef. Ztg.“ meldet, 200 Arbeiter der Saganer Wollspinnerei die Arbeit niedergelegt.

Lohn Differenzen halber Ausstand sämtlicher Arbeiter der Velozipfabrik von Karl Marschall u. Co. in Rürnberg. Zugung streng fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Streikkommission.

Ueber den Knopfabrikerstreik in Schmöln geht der „Seip. Volksztg.“ ein längerer Bericht zu, dem wir als einseitige Antwort auf die Berichtigung des Vorsitzenden des Hirsch-Dunderschen Tischler-Gewerkevereins nachstehendes entnehmen: Der Hirsch-Dundersche Gewerkeverein dürfte seine Rolle hier ausgefüllt haben, da seine Mitglieder einsehen, welche Rolle sie hier auf Geheiß des Herrn Generalkonraths-Mitgliedes Kollie spielen sollten. Schon jubelten die Bourgeoisblätter, das Ende des Streiks sei nahe, da Herr Bahlke den Mitgliedern des Gewerkevereins befohl, zur Arbeit zurückzukehren, aber nur auf einen halben Tag und nur von 20 Mann wurde diesem Befehle Folge geleistet, dann siegte das Solidaritätsgefühl der Arbeiter über die „Harmonie“ des Gewerkevereins, und mit den Worten: „Wir wollen nicht zu Verräthern an unseren Mitarbeitern werden“, schlossen sich die von der Hirsch-Dundersche kurirten Arbeiter ihren Kollegen wieder an. Und damit ist das von den Bourgeoisblättern „erwünschte“ Ende des Streiks, wenigstens in der erwünschten Form, wieder in weitere Ferne gerückt. — Jetzt läßt nun der größte der Knopfabrikanten ausprengen, er werde seine Fabrik auf ein halbes Jahr ganz schließen. Die Arbeiter beantworteten diesen Schreckschuß mit der Aufforderung zur Gründung einer Genossenschaft-Knopfabrik. Es wird zwar weder zu dem einen, noch zu dem anderen kommen, doch dürfte eine Genossenschaft wahrscheinlicher als die halbjährige Schließung der größten Knopfabrik sein, da zwei Knopfabriken, die schon vor dem Streik wegen Geldmangels den Betrieb einstellen mußten, sofort in Betrieb gesetzt werden könnten. Herr Kommerzienrath Donath kann daher nur ruhig schlafen; daß seine Kundshaft befriedigt wird, dafür würde geforgt werden. Der größte Theil der Bürgerschaft sympathisirt mit den Streikenden, gelangt es dem Holzarbeiterverband im Verein mit der Arbeiterkassette Deutschlands, die Streikenden noch kurze Zeit zu unterstützen, dann dürfte der Streik bald zu Ende sein. Allerdings in anderer als der von den Bourgeoisblättern gewünschten Art und Weise.

Die vereinigten Möbelsmacher von Amsterdam, umfassend die Tischler, Drechsler, Bildhauer und Tapezierer, sind in den Streik eingetreten. Beteiligt daran sind etwa 300 Arbeiter. Die Forderungen, welche die Arbeiter an die Meister stellen, sind: 1. Abschaffung der Akkordarbeit. 2. Lohnerhöhung um 8 Pf. pro Stunde. 3. Maximalarbeitszeit von 10 Stunden pro Tag. 4. Ueberstunden höchstens 2 Stunden pro Tag mit 50 pCt. Lohnerhöhung. 5. Abschaffung von Nacht- und Sonntagsarbeit. Die Organisation bittet um Unterstützung, da sie allein nicht in der Lage ist, den Streik aufrecht zu erhalten. Zusendungen sind zu richten an: H. Rutgers, Van Beuningen-Straat 51, Amsterdam.

Der Streik der Grubenarbeiter im Lütticher Kohlenbecken greift immer mehr um sich. Die Belegschaften von zehn Zechen stehen ganz, die einiger anderer zum theil aus, zusammen setzen über 3000 Arbeiter. — Dagegen wird gemeldet, daß der Ausstand in La Haye beendet zu sein scheint, da ein angelegtes Meeting nur sehr schwach besucht war.

Der Streik der Weber in Verdiers dauert fort; am 26. d. M. haben sich die Arbeiter der Tuchfabrik von Garot angeschlossen, die der Firma Peijer u. Co. drohen ebenfalls mit dem Ausstand. — Die vereinigten Tuchfabrikanten beschließen, die Aufträge der Firma Simons in ihren Fabriken auszuführen und bei Weigerung ihrer Weber alle Betriebe einzustellen.

Ueber den Kongreß der französischen Grubenarbeiter geht uns noch ein Bericht aus Paris zu, dem wir zur Ergänzung des von uns bereits mitgetheilten noch folgendes entnehmen: Auf dem Kongreß waren 78 000 Vergleute vertreten. Tonon entfallen 85 000 auf das Kohlenbecken des Pas de Calais, 17 000 auf das Loiredepartement, 10 000 auf das Norddepartement, 7500 auf das Aveyrondepartement, während die übrigen sich auf die Departements Tarn, Yvère, Cantal, Gard, Hérault und Allier vertheilen. Der 1. Punkt der Tagesordnung handelte von dem Gesetz, betreffend die Grubendelegirten. Dasselbe schreibt vor, daß jede Grube zweimal monatlich zu besichtigen ist, was bei der Größe der Bezirke, die den Delegirten überwiesen sind, zwölf Arbeitstage in Anspruch nimmt. Danach ist auch das Gehalt der Delegirten bestimmt, die Grubenarbeiter sind und von ihren Kollegen gewählt werden. Um leben zu können, müssen sie die übrige Zeit als Grubenarbeiter thätig sein, wodurch ihre Unabhängigkeit den Grubenbesitzern gegenüber natürlich stark beeinträchtigt wird. Um diesem Uebelstande abzuwehren, hat nun der Kongreß beschlossen, es sei dahin zu wirken, daß das betreffende Gesetz in dem Sinne abgeändert werde, daß den einzelnen Grubendelegirten je ein Aufsichtsbezirk überwiesen wird, der 24 Tage in Anspruch nimmt, weil dadurch die Delegirten entboten wären, als Arbeiter thätig zu sein und ihre Unabhängigkeit den Grubenbesitzern gegenüber gewahrt wäre. Gleichzeitig wurde nach einer längeren Diskussion auf Antrag des Genossen Calvignac beschlossen, und zwar mit 71 gegen 46 Stimmen, es sei den Grubenarbeitern freier Nationalität das Recht zu geben, an der Wahl der Grubendelegirten theilzunehmen, da wie Calvignac wir bemerkt, dieselben ebenso interessiert an der Sicherheit der Gruben sind, wie die französischen Arbeiter.

Der internationale Kongreß der Vergleute wird dieses Jahr in Paris abgehalten. Seine Sitzungen beginnen Montag, den 3. Juni, morgens 11 Uhr. Lokal und Tagesordnung werden in den nächsten Wochen festgesetzt.

Devisen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Brüssel, 27. März. Die Regierung hat heute Vormittag beschlossen, die Mannschaften des Jahrgangs 1892—7000 Mann — einzuberufen. Dem Vernehmen nach hat die Regierung diese Maßregel getroffen, um für jedes Ereigniß, das sich aus der in den Industrie-Zentren herrschenden dumpfen Erregung entwickeln könnte, gerüstet zu sein.

Tokio, 26. März. Wegen der Verwendung Sitzungshaus sind die Friedensunterhandlungen einstweilen ausgesetzt worden. Da Sitzungshaus nicht von einem japanischen Architekten operirt zu werden wünscht, ist der Arzt der deutschen Gesandtschaft in Tokio Professor Dr. Scriba zu dem Kranken entsandt worden. (Deutsches-Bureau Herald.)

Paris, 27. März. Die zwischen Frankreich und Brasilien schwebenden Angelegenheiten wegen der Ermordung dreier Franzosen bei der vor drei Jahren stattgefundenen brasilianischen Revolution sind definitiv erledigt. Brasilien zahlt an Frankreich 900 000 Franks, welche die Regierung den Hinterbliebenen der drei Ermordeten zuweisen wird.

Brüssel, 27. März. Die Sozialisten hielten gestern Abend eine Versammlung unter freiem Himmel ab, um gegen das Gemeinde-Wahlgesetz zu protestieren.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

70. Sitzung vom 27. März 1895, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Wöttischer, v. Marschall, Graf Posadowsky, von Köller und zahlreiche Kommissarien.

Vizepräsident v. Buol eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen und läßt zur Wahl des ersten Präsidenten den Namensaufruf für die Zettelwahl vornehmen.

Während der Wahl fungirt der Abg. Spahn als Hilfspräsident.

Es sind 291 Zettel abgegeben, von denen 189 den Namen des Abg. v. Buol, je einer die Namen der Abgg. v. Heerema u., Sachse und Singer tragen; 105 Zettel sind unbeschrieben.

Bei der Verkündung, daß 105 weiße Zettel abgegeben sind, ertönt auf der Rechten ein lautes Bravo, welchem ein lautes Ja auf der Linken antwortet. Die Wahl des Abg. v. Buol wird dagegen von der Linken mit Bravo begrüßt.

Hilfspräsident Abg. Spahn richtet an den Gewählten die Frage, ob er die Wahl annimmt.

Präsident v. Buol: Ich nehme Ihre Wahl mit Dank an (Beifall links und im Centrum), und zwar thue ich es von der Ansicht ausgehend, daß, je schwieriger die Verhältnisse sind, es umso mehr die Pflicht des einzelnen ist, seine, wenn auch schwachen Kräfte dem Dienste des Ganzen nicht zu entziehen. (Beifall links und im Centrum.) Für mich ist die Schwierigkeit eine um so größere, als der Mann, der bisher den Präsidentenstuhl eingenommen hat, eine lange Reihe von Jahren ein ungewöhnliches Maß ungetheiltester Anerkennung und Beliebtheit genossen hat. (Beifall rechts.) Meine Herren! Ich werde thun, was in meinen Kräften steht, und ich bitte alle Seiten des Hauses um freundliche Unterstützung und um Nachsicht. (Beifall links und im Centrum.)

Präsident v. Buol nimmt nunmehr den Präsidentensitz ein und will übergeben zur Wahl des Vizepräsidenten.

Abg. Richter beantragt zur Geschäftsordnung, diese Wahl und die durch die Wahl des Herrn v. Buol zum ersten Präsidenten notwendig gewordene Wahl des ersten Vizepräsidenten auf morgen zu verschieben, da die letztere heute nicht auf der Tagesordnung steht.

Abg. Kiskert meint dagegen, daß, wenn kein Widerspruch erfolge, auch diese Wahl schon heute vorgenommen werden könne.

Da ein Widerspruch nicht erfolgt, so geht das Haus sofort zur Wahl des ersten Vizepräsidenten über. Es werden 288 Stimmzettel abgegeben, von denen 181 auf den Namen des Abg. Schmidt-Bingen lauten; je ein Zettel trägt den Namen der Abgg. Singer und Schoenlant; 103 Zettel sind unbeschrieben.

Abg. Schmidt-Bingen (Dfr. Sp.): Ich nehme die Wahl mit Dank an. (Beifall.)

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden 281 Stimmzettel abgegeben; davon fallen 176 auf den Abg. Spahn, 2 auf den Abg. Ahlwardt, je eine auf die Abgg. v. Heerema u. und Schoenlant; 100 Zettel sind unbeschrieben.

Abg. Spahn: Ich nehme die Wahl dankend an. Zur Geschäftsordnung erklärt

Abg. Graf Hompesch (Z.): Nach den eben vollzogenen Wahlen möchte ich eines konstatiren. Nachdem diejenigen Parteien des Hauses, welche nach langjährigem parlamentarischen Brauch bei der Besetzung der Stelle des ersten und zweiten Vizepräsidenten zu berücksichtigen gewesen waren, auf eine Anfrage hin erklärt haben, daß sie einen Sitz im neuen Präsidium nicht beanspruchten, sind wir veranlaßt worden, von dem bisherigen alten parlamentarischen Brauch in diesem Falle abzugehen. (Beifall.)

Präsident v. Buol erklärt, daß somit das Haus wieder konstituir ist.

Darauf wird ohne Debatte in dritter Berathung der Gesetzentwurf betreffend die Vornahme einer Berufs- und Gewerbebeziehung im Jahre 1895 mit den von der Kommission beantragten Resolutionen angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Will (Df.) im I. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Köln soll nach dem Antrag der Wahlprüfungskommission für gültig erklärt werden.

Abg. Kiskert beantragt mit Rücksicht auf die vielfachen konstatirten Verlöthe gegen das Wahlreglement die nochmalige Berathung der Sache in der Wahlprüfungskommission.

Abg. Herbert (Soz.) bittet den Antrag Kiskert anzunehmen. Die bei dieser Wahl angewendete Art der Beeinflussung durch Druck der Arbeitgeber auf ihre Arbeiter sei nicht ungewöhnlich. Ihr verdankten manche Mitglieder des Reichstages Sitz und Stimme (Widerpruch rechts und bei den Nationalliberalen). Anstatt die Wahl in Schule oder Wirtschaft vorzunehmen, wie es sonst in der Regel geschehe, habe die Wahl in dem einen Fall in dem Hause des Quisbesizers stattgefunden, der die Stimmabgabe kontrollirt habe und dem sich die ihm unterthänigen Arbeiter haben fügen müssen. Nach dem Protest habe man solche Wähler, welche anders als konservativ gewählt haben, als Schwanehunde bezeichnet.

Abg. Stephan-Bentzen (Z.) vertritt den Antrag der Wahlprüfungskommission, ebenso Abg. v. Buchka (Df.), während Abg. Lenzmann (Dfr. Sp.) die Ungültigkeit der Wahl vorschlägt. Der Antrag Kiskert wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen und süddeutschen Volkspartei, der freisinnigen Vereinigung und einiger Centrumsmitglieder abgelehnt und die Wahl des Abg. Will für gültig erklärt; ebenso ohne Debatte die Wahlen der Abgg. Graf v. Schwerin-Schwyz (Df.), Volk (Ntl.), Jorns (Ntl.), Graf Polstein (Df.), Dresler (Ntl.), v. Mantuffel (Df.), Freiherr Saurma v. d. Jeltz (Df.), Meyer-Danzig (Rp.), Deuring (Z.) und v. Langen (Df.).

Beauftraget werden die Wahlen der Abgg. Reist-Rehow (Df.), Solbus (Elsaß-Lothringen), Wiesfle (Ntl.), v. Kardorf (Rp.) und Hüpeden (Df.).

Die Wahl des Abg. v. Gerlach (Df.) soll nach dem Antrag der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt werden.

Abg. v. Hammerstein (Df.) beantragt, die Wahl nochmals an die Wahlprüfungskommission zurück zu verweisen.

Abg. Herbert (Soz.) widerspricht diesem Antrage. Gegen die Stimmen der Deutschkonservativen, der Reichspartei und der Nationalliberalen wird der Antrag abgelehnt und die Wahl für ungültig erklärt.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Gesetzentwurf betreffend die Nöderung des Gesehes über die Einheitszeit für das Reich; dritte Lesung des Reichshaushalts-Etats)

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß gelegentlich der dritten Lesung des Etats zum Kapitel Reichstag eine Resolution einzubringen, in der der Reichstag aufgefordert

wird, zu der Entrüstungsdepeche an den Fürsten Bismarck Stellung zu nehmen.

Die Umsturzkommission trat Mittwoch nach mehrwöchentlicher Pause wieder zusammen, um in zweiter Lesung die Beschlüsse der ersten zu berathen. Neue Anträge liegen sowohl von den Konventionen wie von den Centrums-Abgeordneten Brockmann, Gröber, Meindl, Dr. Stephan und Spahn vor.

Der Antrag Graf v. Roon (Konf.) hat folgenden Wortlaut: 1. den § 130 Absatz 2 der Regierungsvorlage wie folgt zu fassen:

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Monarchie, die Institute der Ehe, der Familie oder des Eigenthums durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift.

2. dem § 166 des Strafgesetzbuchs folgende Fassung zu geben:

Wer öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen den Glauben an Gott oder das Christenthum angreift oder Gott lästert, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche oder die Heiligkeit des Eides beschimpft, ingleichen wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Ganz umgearbeitet und umgemodelt hat das Centrum die Beschlüsse erster Lesung und präsentiert dasselbe mit nachstehender Speisefarte:

I. Im § 49b den dritten Absatz in folgender Fassung anzunehmen:

Der Thäter bleibt strafflos, wenn er zu einer Zeit, zu welcher seine Theilnahme noch nicht entdeckt war, die Ausführung des Verbrechens verhindert.

II. a) Den § 111 Absatz 2 wie folgt zu fassen: Ist die Aufforderung ohne Erfolg geblieben, so tritt Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder Gefängnißstrafe bis zu einem Jahre und, sofern es sich um die Aufforderung zu einem Verbrechen handelt, Gefängnißstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bis zu zweitausend Mark ein. Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher auf die vorbezeichnete Weise zu einem Verbrechen, zum Gebrauch oder zu einem der in den §§ 115, 124, 125, 166, 167, 240, 242, 305, 317, 321 vorgesehenen Verbrechen dadurch anreizt, daß er eine solche Handlung anpreist oder rechtfertigt. Die Strafe darf der Art oder dem Maße nach keine schwerere sein als die auf die Handlung selbst angedrohte.

b) Den § 111a zu streichen.

III. Dem § 126 folgende Fassung zu geben: Wer durch Androhung eines Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und, wenn die Androhung mit Hochverrath, Mord, Raub, Brandstiftung oder einem der in den §§ 312, 313, 315, 322, 323, 324 des Strafgesetzbuchs oder in dem § 5 des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 vorgesehenen Verbrechen erfolgt ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

IV. Dem § 131 folgenden Zusatz als Absatz 2 hinzuzufügen: Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Monarchie durch beschimpfende Aeußerungen öffentlich angreift.

V. Den § 166 in folgender Fassung anzunehmen: Wer öffentlich in herabwürdigenden Aeußerungen den Glauben an Gott oder das Christenthum angreift oder Gott lästert, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgesellschaft, ihre Lehren, Einrichtungen oder Gebräuche beschimpft, ingleichen wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

VI. Den § 184 wie folgt zu fassen: Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen feilhält, verkauft, vertheilt, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder anschlägt, oder sonst verbreitet, wer sie zur Verbreitung herstellt oder zum Zweck der Verbreitung vorräthig hält, ankündigt oder anpreist;

2. wer Gegenstände, die zu unzüchtigem Gebrauche bestimmt sind, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt, oder solche Gegenstände dem Publikum ankündigt oder anpreist;

3. wer durch Ankündigung in Druckschriften unzüchtige Verbindungen einzuleiten sucht.

In die Handlung gewerbmäßig begangen, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter einem Monat ein, neben welcher auf Geldstrafe bis zu eintaufendhundert Mark, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aussicht erkannt werden kann.

VII. Als § 184a folgende Bestimmung in das Strafgesetzbuch hinter § 184 einzufügen:

Mit Gefängnis bis zu drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer an öffentlichen Straßen oder Plätzen Schriften, Abbildungen oder Darstellungen ausstellt oder anschlägt, welche, auch ohne unzüchtig zu sein, durch grobe Unanständigkeit geeignet sind, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl erheblich zu verletzen.

Je die Handlung gewerbmäßig begangen, so treten die Strafen des § 184 Absatz 2 ein.

Den im vorstehenden Absatz 1 bestimmten Strafen unterliegt, wer aus Gerichtsverhandlungen, für die wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, oder aus diesen Verhandlungen zu Grunde liegenden amtlichen Schriftstücken öffentlich Mittheilungen macht, welche geeignet sind, Vergegnis zu erregen.

VIII. Den § 210 wie folgt zu fassen: Wer einen anderen zum Zweikampfe mit einem dritten absichtlich, insonderheit durch Bezeichnung oder Androhung von Verachtung anreizt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und, falls der Zweikampfe stattgefunden hat, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

IX. Den Eingangsworten des Artikels I folgende Fassung zu geben:

In dem Strafgesetzbuch werden die §§ 111, 112, 126, 131, 166, 184, 210 durch nachstehende unter den gleichen Zahlen aufgeführte Bestimmungen ersetzt, die folgenden neuen §§ 49b, 129a und 184a eingefügt und der § 130a aufgehoben.

Nach Eintritt in die Tagesordnung erörtert der Abg. Lenzmann Bericht über die eingegangenen Petitionen, welche in überwiegender Zahl sich gegen die Vorlage und für deren Ablehnung aussprechen.

Von dem Abg. Lenzmann wird der Antrag gestellt, garnicht in die zweite Lesung einzutreten, sondern die Vorlage nebst den Beschlüssen erster Lesung en bloc abzulehnen. Der Antragsteller meint, daß die Zusammensetzung der Kommission das Zustandekommen eines brauchbaren Gesetzes sehr wenig wahrscheinlich mache. Achtundzwanzig ernstlichen Männern könne man

aber nicht zumuthen, sich weiterhin noch jede Woche drei Tage mit einem todten geborenen Kinde abzuplagen.

Staatssekretär von Nieberding widerspricht der Annahme, daß die Regierung der Vorlage eine ernste Bedeutung nicht beimeße. Die sozialpolitische Bedeutung dieser Vorlage sei weit höher anzuschlagen als die Vorlage über die Justizreform, für deren Berathung der Antrag Lenzmann Raum schaffen wolle. Wenn nur der erste Wille vorhanden wäre, dann könnten beide Vorlagen erledigt werden.

Dr. Lieber (Z.) spricht gegen den Antrag; die Aussichten für das Zustandekommen der Vorlage seien nicht so schlecht. Wenn die Parteien auch noch in den Mitteln auseinandergehen, im Zweck seien sie sich einig. Das Centrum werde den Versuch wiederholen, die einzelnen Paragraphen so zu gestalten, daß mit ihnen der erstrebte Zweck erreicht werde.

Enneccerus (Ntl.) ist ebenfalls gegen den Antrag, obwohl es ihm recht unwahrscheinlich erscheint, daß das Gesetz die Zustimmung der Nationalliberalen finden werde. Man habe in erster Lesung notwendige Paragraphen entfernt und dafür unmögliche Paragraphen aufgenommen, das vermindere die Aussicht, daß seine Freunde im Plenum dafür stimmen werden.

v. Hammerstein (Konf.) hat die Ueberzeugung gewonnen, daß es in der vorgeschlagenen Form recht schwer fallen werde, den Umsturz zu fassen.

Barth: Der Antrag habe den Vortheil, daß er den Parteien Gelegenheit gab, ihre Stellung zu der Vorlage zu markiren.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Lenzmann gegen sieben Stimmen abgelehnt. Neben Freisinn und Sozialdemokraten stimmte auch der Antisemit Zimmermann für den Antrag.

Spahn (Z.) begründet hierauf seinen Antrag zu § 49b. Derselbe bezwecke, die in erster Lesung geltend gemachten Bedenken in bezug auf die Einführung von Kronzeugen zu beseitigen.

Enneccerus und Bebel weisen darauf hin, daß der neue Antrag im Wesen nichts ändere. In den meisten Fällen wird durch die Anzeige die Ausführung des Verbrechens verhindert werden.

v. Buchka (L.) erklärt, daß er und seine Freunde für den Centrumsantrag stimmen werden, da derselbe nichts Wesentliches ändere.

Hierauf wird der Antrag mit 18 Stimmen angenommen. Dagegen stimmte außer der Linken auch der Pole und Antisemit. Ohne Diskussion nimmt die Majorität hierauf den ersten Satz des § 111 des Centrumsantrages an.

In der Debatte über die beiden letzten Sätze des § 111 werden die dort genannten Paragraphen zunächst nicht diskutiert. Bei der Beurtheilung des Centrumsantrages in der neuen Fassung, geben die Ansichten in der Beurtheilung der Tragweite desselben weit auseinander.

Staatssekretär v. Nieberding meint, daß der Antrag die Regierungsvorlage so sehr einschränke, daß es ihm ausgeschlossen erscheine, daß die Regierung zustimmen könne.

Die Abgg. v. Buchka, Dr. Barth und Osann sind dagegen der Ansicht, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen dem neuen Antrag und dem Beschlusse der ersten Lesung nicht bestehe. Die genannten Abgeordneten vermögen also die Haltung des Regierungsvortreters nicht zu theilen. Die konservativen Kommissionsmitglieder werden deshalb für den Centrumsantrag stimmen, wobei sie sich vorbehalten, im Plenum, wenn die Regierung in ihrer ablehnenden Haltung verbleibt, ihr Votum zu ändern.

Bebel (Soz.) ist überrascht, daß der Regierungsvortreter sich nicht scheut, eine Parallele zwischen dem Strafgesetz von 1851 und heute zu ziehen. Es wäre doch tief traurig, wenn in den seitdem verfloffenen 44 Jahren sich kein Fortschritt und Wandelung zum Besseren vollzogen hätte. Freilich heute machen sich wieder Bestrebungen geltend, die darauf abzielen uns um 50 Jahre zurück zu werfen. Man mühte uns jetzt zu Bestimmungen anzunehmen, für welche sich im Jahre 1870 nicht eine einzige Stimme erhoben habe.

Aus dem Munde Buchka sprach der Richter. Diese werden es an der nöthigen Auslegung nicht fehlen lassen. Mit dem § 111 wird das Grab der Rede und Pressefreiheit in Deutschland gegraben.

Kein historisches Ereignis werde mehr lobend erwähnt werden dürfen. Katholische und protestantische Priester haben in Predigten die Ereignisse von 1848 gelehrt.

Wer in Zukunft das Gleiche thut, ohne sich der Redefreiheit des Kaisers zu erfreuen, werde am § 111 hängen bleiben.

Rintelen (Z.) erklärt, daß er an den vorliegenden Anträgen seiner Freunde kein Theil habe, und daß ihm dieselben ebenfalls Bedenken einflößen. Er behält sich deshalb vor im Plenum für den Beschluß erster Lesung zu stimmen.

Osann: Die verschiedenen Ausführungen beweisen, wie schwer es für den Richter sein wird, sich zurecht zu finden. Es sei doch besser sich klar auszusprechen. Es geht doch nicht Gesetze zu machen, welche wir garnicht verstehen. Es genügt nicht, das Bewußtsein zu fordern, es muß auch der Wille konstatirt sein.

Kleiner beantragt, in der Regierungsvorlage die Worte „in der Absicht“ anzunehmen, den Antrag des Centrums aber abzulehnen.

Dr. Wöttcher würde für den Centrumsantrag stimmen, wenn die Regierung nicht dagegen wäre.

Wolszlegier (Pole) erklärt sich entschieden gegen den Centrumsantrag.

Nachdem sonach festgestellt ist, daß fast jeder Abgeordnete der Majoritätsparteien eine andere Meinung hat, stellt Herr v. Buchka den Antrag auf Vertagung, um Zeit zu einer Verständigung hinter den Koulißen zu gewinnen. Der Antrag wird angenommen und findet die nächste Sitzung am Freitag Vormittag 10 Uhr statt.

Tabaksteuer-Kommission. Sitzung vom 27. März.

Regierungskommissar v. Rausingen: Die Anträge Paasche u. wollen der Regierung eine Mehrmaßnahme bieten von angeblich 16 Millionen Mark. Unsere Berechnung erweist dies als Ueberschätzung, es werden höchstens 8 Millionen herauskommen. Dabei vorausgesetzt, daß sich an den Konsumverhältnissen nichts ändert. Aber der beabsichtigte Zollschuß wird eine Verschiebung der Konsumverhältnisse mit sich bringen, zu gunsten des deutschen Tabaks, damit aber eine Minder-einnahme ausländischen Tabaks. Das Werthvollsystem erfordert eine ähnliche Kontrolle, wie in dem Fabriksteuer-Gesetzentwurf vorgesehen ist. Die Ehrlichkeit der Importeure würde auf eine harte Probe gestellt, die Defraudation lächerlich leicht gemacht. Wird der Import auf gewisse Einfuhrorte beschränkt und werden sachverständige Beamte angestellt, ist doch die Kontrolle zu schwierig und kostbar. Der Antrag Clemm will nur den Zollschuß erhöhen. Selbst der badische Regierungsvortreter, dem ich beistimme, hält diesen Zollschuß für zu weitgehend. Wenn Sie den Zollschuß um 40 M. erhöhen, schädigen Sie die westfälische Zigarrenindustrie. Der Bundesrath wolle meine Bedenken in ernste Erwägung ziehen.

Abg. Basser mann bringt folgenden Antrag ein:

Der Zoll ist zu erheben von 100 Kilogramm
1. Tabakblätter und Tabaksaugen . . . 100 M.
2. Virginia- und Kentuckifengel zur Herstellung von Rauchtabak . . . 85 M.

Bayerischer Regierungsvertreter v. Fischer: Die bayerische Regierung hält eine Verringerung nach dem Antrage Paasche für bedenklich. Der Zollzuschlag wird die geringwertigen ausländischen Tabake nur sehr wenig belasten und darum ein geringes finanzielles Ergebnis liefern. Eine mechanische Erhöhung des Gewichtszolles wird einen sicheren Zollschub bewirken.
Abg. de Witt: Wir ziehen den Antrag **Wattendorf** zurück, stellen dagegen den Antrag: 1. Zoll auf Tabakblätter 90 M. pro Doppelzentner; 2. Stengel 85 M. pro Doppelzentner. Für den Antrag Paasche stimmen wir aus zolltechnischen Gründen nicht.

Abg. Paasche befreit, daß die Rechnung der Regierung richtig sei. Ein Konsumrückgang wird nicht eintreten. Ich glaube auch nicht, daß die weisfällische Zigarrenindustrie Schaden davon hat. Es bleiben nach den schlimmsten Annahmen aus meinem Antrage sicher mindestens 12 Millionen. Es fragt sich nur, ob die Regierung auf alles verzichtet will, nachdem die Fabrikation gefallen ist. Auf die Gutachten der Interessenten gebe ich nicht, sie suchen sich gegen jede Belastung zu wehren. Die Kontrolle für den Wertzoll ist nicht so schwierig; unsere Importeure sind gewissensvoller, wie die amerikanischen Tabakinteressenten. Der Rohabak-Handel wird nicht geschädigt, höchstens der Kleinfabrikant hätte einen geringen Schaden. Ein einfacher Paragraph würde die Kontrolle icht stellen. Verlockend für Verfrachanten ist mein Antrag nicht. Da mein Antrag wenig Aussicht auf Erfolg hat, will ich auf dessen längere Begründung verzichten.

Regierungskommissar v. Erdber: Die sächsische Regierung ist ebenfalls gegen den Wertzoll, aber auch gegen eine einseitige Erhöhung des Gewichtszolles, ohne Erhöhung der Inlandssteuer.
Abg. Wassermann: Der Antrag **Clemm** wird eine Mehrheit kaum erhalten. Ich halte es aber im Interesse des deutschen Tabakbaues, daß der Zoll erhöht wird. Eine mäßige Erhöhung des Zolles wird auch auf Jahre hinaus die Tabaksteuerfrage in den Hintergrund drängen. Ein Teil des von uns verlangten Zolles wird vom Ausland getragen werden. Die Hauptfrage ist, daß dann mehr deutscher Tabak zu Zigarren verarbeitet wird. Der höhere Zoll auf Stengel wird die gleiche günstige Wirkung für die deutsche Rauchtabak-Fabrikation haben. Der Antrag **de Witt** genügt nicht, um den Zollschub zu erhöhen.

Abg. Müller-Halda: Der Antrag **Wassermann** ist unannehmbar, da die einseitige Erhöhung des Zolles die sächsische Industrie sehr schädigen würde. Die ungerichte Wirkung des Gewichtszolles würde erhöht; den verbündeten Regierungen ist auch nicht mit dem Antrag **de Witt** gebüht. Im nächsten Jahre werden wir höhere Ausgaben haben, denen wir uns nicht werden entziehen können. Wegen ca. 5 Millionen die Tabaksteuer zu ändern, halte ich nicht für angebracht. Ein Importeur gab mir die Ansicht kund, er halte es für gut, wenn der Wertzollzuschlag noch höher gestellt, dagegen der Gewichtszoll herabgesetzt werde. Ich trete von dem Antrag **Paasche** nach den Erklärungen der Regierung auch zurück.

Abg. Paasche: Ich ziehe meinen Antrag zurück.
Regierungskommissar Schierer: Die vom **Abg. Wassermann** verlangte Zollerhöhung würde die Existenz der Tabakbauern etwas erleichtern, aber eine Erweiterung des Tabakbaues nicht zur Folge haben. Die Zurückdrängung des ausländischen Tabaks muß die Reichsfinanzen schädigen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Wenn wir theoretisch das Wertzollsystem auch für richtig, aber es zolltechnisch für zu schwierig halten, dann müssen die Antragsteller auch den Beweis für die Durchführbarkeit ihres Antrages führen. Wir werden uns dann befehlen lassen. Bei den Schwankungen der Tabakpreise, sind die finanziellen Erträge unsicher. Bei der ganzen Debatte handelt es sich nicht darum ein wirtschaftspolitisches sondern ein Finanzgesetz zu schaffen. Hier bis fünf Millionen mehr zu erreichen, ist des Spieles nicht wert. Dann würde ich lieber nur 10 Millionen aus dem Fabrikations-System nehmen. Das Pauschalungs-System wäre für die kleinen Betriebe eine Wohlthat, das sehe ich aus einer Neuherung Mannheimer Tabakinteressenten, nach der man die kleinen Betriebe begünstigt sieht und sie nicht aufkommen lassen will. Ich resumiere: Wir halten noch heute am Fabrikations-System, sind aber dem Wertzoll-System nicht entgegen, wenn man uns seine zolltechnische Durchführbarkeit beweist.

Abg. Freje polemisiert gegen **Paasche**, der nicht die geringste Ahnung vom Sumatrabandel habe. **Nedner** erklärt eingehend die Vorgänge beim Handel. Mit der Belastung des Sumatras würde die Zigarre des kleinen Mannes getroffen. Durch Beispiele sucht **Nedner** die Unausführbarkeit des Wertzoll-Systems zu beweisen. Wie denken Sie die Sache mit den in unseren afrikanischen Kolonien erzeugten Tabak zu gestalten? Ich bin gegen den Antrag **Wassermann**. Für den Tabakbau wäre es gefährlich, wieder eine Ueberproduktion herbeizuführen, wie in den Staffeln Jahren nach 1870.

Abg. Richter: Der Antrag **Paasche** ist zurückgezogen, aber ich würde auch geschäftsordnungsmäßige Bedenken haben, ihn hier zur Abstimmung zu bringen; er enthält ein ganz neues System, über das sich erst das Plenum auszusprechen hätte. Praktisch ist nur noch die Frage der einseitigen Zollerhöhung. Die gemachten Vorschläge würden in erster Linie die Arbeitslöhne herabdrücken, die Unternehmer suchen die geringe Preisrückbildung wahrscheinlich auf solche Weise am bequemsten abzuwälzen. Es wäre ungerichtet, Finanzgesetze ganz besonders auf Süddeutschland zuzuschneiden; das müßte in Norddeutschland Entrüstung hervorrufen. Hinter den Schutzjollen lauert die Erhöhung der Inlandssteuer. Die Tabakbauern werden das bald begreifen und mit Ihnen, die Sie die Schutzjollen steigern wollen, nicht zufrieden sein. Die Finanzlage erfordert keine neue Steuer. Der Etat ist sehr mäßig veranschlagt. Und was das nächste Jahr betrifft, so werden die höheren regulären Ausgaben durch die natürliche Steigerung der Reichseinnahmen gedeckt werden können.

Abg. Schäbler: Dem Staatssekretär hebt doch wohl ein besserer Generalstab zur Seite zur Führung des Nachweises, ob die Wertsteuer durchführbar ist, als der Kommission.
Ich, der **Abg. Clemm** und **Graf Douglas** ziehen unseren Antrag zurück zu Gunsten des Antrags **Wassermann**. Der Antrag **de Witt** ist unannehmbar, er leistet auf wirtschaftlichem Gebiete gar nichts.

Der Antrag **Wassermann** (siehe oben) wird mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt.
Der Antrag **de Witt** wird mit 21 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

§ 1 der Regierungsvorlage wird einstimmig abgelehnt.
Nächste Sitzung Donnerstag früh 10 Uhr.

Gewerbe-Ordnungs-Kommission. Die Kommission für Beratung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Wandergewerbe) hielt am Mittwoch Vormittag eine Sitzung ab. Zur Debatte stand zunächst der § 60 des Antrags **Eröder**. Nach diesem Antrag soll bei Ertheilung des Wandergewerbescheins die Bedürfnisfrage in Erwägung gezogen werden, und die Ertheilung nur für einen Verwaltungsbezirk erfolgen. Die Ausdehnung auf einen anderen Verwaltungsbezirk bedarf der Genehmigung. Ein Antrag der **Abg. Krüger** (natl.) bedeutet im wesentlichen dasselbe.
Strombeck (Centr.): Der § 60 in Verbindung mit dem Antrag **Eröder** in § 56a bedeutet die Vernichtung des gesamten Hausirhandels, er müsse sich auf das entscheidende gegen diesen Paragraphen wenden und würde dies auch thun, wenn er nicht die Interessen seines Wahlkreises zu vertreten hätte. Der Antrag

Krüger geht wenigstens von einem richtigeren Prinzip aus, aber es treten gegenüber diesem Antrag doch auch wesentliche Bedenken ein, die ihn bestimmen, gegen diesen Antrag sich ablehnend zu verhalten.

Geheimrath Sieffert: Von der preussischen Regierung sind die Bezirksregierungen gefragt worden, um sich über ihre Stellung zu einer Beschränkung im Sinne des Antrags **Eröder** zu äußern. Es ist einstimmig geantwortet worden, daß eine solche Bestimmung undurchführbar ist. Sollte in der Kommission für diesen Antrag eine Majorität zu Stande kommen, so würde die preussische Regierung mit aller Entschiedenheit im Bundesrath dagegen Stellung nehmen.

Landmann (bayerischer Bevollmächtigter) giebt sich der Hoffnung hin, daß die preussische Regierung sich noch erweichen läßt, wenn der Reichstag die Vorlage in dieser Form annimmt. **Nedner** legt ausführlich dar, daß seine Regierung für eine Beschränkung im Sinne des Antrags **Eröder** sei.

v. Schilert (württembergischer Bevollmächtigter) bemerkt, daß der Bundesrath unter keinen Umständen dem § 60 im Sinne des Antrags **Eröder** zustimmen würde, und damit das Zustandekommen der Vorlage in Frage gestellt sei.

Eröder (Z.) beantragt in mehreren Abänderungs-Anträgen, zu § 55, 61 und 62, daß die Bedürfnisfrage von den einzelnen Bundesregierungen geprüft wird.

Die Debatte über § 60 wird hierauf abgebrochen, da man die Anträge für die nächste Sitzung gedruckt haben will.

Es wird nunmehr zur Beratung den Antrag **Eröder** in § 56a eingetretet. In diesem Paragraphen sollen Kolonial- und Materialwaaren, Manufakturwaaren, ferner Waaren, welche handwerkemäßig hergestellt werden, vom Hausirhandel ausgeschlossen werden.

Schneider (frei.) legt eingehend dar, wie schwanke der Begriff Material- und Kolonialwaaren ist, und was man denn unter handwerkemäßig hergestellten Waaren versteht. Will man nun einmal den Hausirhandel vernichten, so sollte man nicht erst die vielen Polizeiplacetten den Hausirern ausbürden, sondern gleich sagen, der Hausirhandel ist verboten.

Schwarze (Z.) plädiert für den Antrag **Eröder**.

Reichhaus (Soz.) wendet sich gleichfalls gegen diese Bestimmung. **Nedner** legt dar, wie es für die Behörde doch äusserst schwer ist, festzustellen, welche Waaren handwerkemäßig hergestellt sind. Durch eine solche Beschränkung des Hausirhandels werden die Kaufleute an einem kleinen Ort oft gezwungen, von dem kleinen Geschäftsmann, der neben seiner Schankwirtschaft noch alle Arten von Waaren selbstbetriebl. ihren Bedarf zu entnehmen. Die kleinen Leute werden in diesen Geschäften nicht besser, sondern vielmehr schlechter einlaufen. Der Paragraph sei in jeder Beziehung unannehmbar.

Bei der Abstimmung wird der Antrag **Eröder** abgelehnt.

Tokales.

Unser Redaktionskollege **Dr. Adolf Brunn** hat gestern die Zeugniszwangshaft angetreten, die kürzlich über ihn in einer „heimlichen Aktenstück“ betreffenden Untersuchung gegen „Unbekannt“ verhängt worden ist. Wie es einem jeden ehrenhaften Journalisten ziemt, hatte unser Kollege sich geweigert, in einer Untersuchungsakten Zeugnis abzulegen, die zur Erforschung einer Person dienen sollte, welche nach Ansicht der Regierung und des Material zu einer im „Vorwärts“ verarbeiteten Angelegenheit geliefert haben müßte.

In solchem Falle läßt die Herrlichkeit unserer Strafgesetze nicht allein zu, daß der Zeugnissverweigerer mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark belegt wird; kraft des Gesetzes wird außerdem noch zur Erzwingung des Zeugnisses auf Freiheitsentziehung erkannt, die bis zur Dauer von sechs Monaten ausgedehnt werden kann.

Mit dem selbstverständlichen Vorbehalt, auch ferner seiner Pflicht treu zu bleiben, ist unser wackerer Kollege gestern ins Gefängnis gegangen; waffellos wird er die Stätte verlassen, welche die neue deutsche Reichsherrschaft Männern anweist, die ihrer Ehre nicht zuwider handeln wollen.

Und immer mehr Hohenzollernkumalier! Es geschieht heutigen Tages, wo die große Masse des Volkes erklarerweise so „unpatriotisch“ wie nur je fühlen muß, das menschensmöglichste, um das Andenken der verstorbenen Hohenzollernfürsten wieder zu erwecken. Wie die „Sieges-Ällee“ durch das bekannte Geburtstagsfest zu einem ausgebaunten Hofgeschichtskalender gemacht werden soll, so will man vor dem königlichen Schloß in Osnabrück zwischen Frühlingsschnecken und Buchsbaumpyramiden Hermen (Eulen) mit Wägen von Hohenzollernkumalieren sehen. Diese Wägen stammen aus dem Weizen Saale, der bekannten Städte der Bußtags- und Weihnachtseiteligkeit. Mit den Beschlüssen, die am Patriotismus angelegt werden, geht es genau wie mit der Erweckung des religiösen Bewußtseins durch die massenhaften Kirchenbauten von der Art der Gnadenkirche, in welcher es bekanntlich gleichfalls auf Sonntagseiteligkeiten nicht angekommen ist.

Sie äßen auf die Denkungsart des arbeitenden Volkes, das doch zum wesentlichen beizubringen soll, auch nicht die allgeringste Wirkung aus. Das arbeitende Volk weiß, daß alles, was in irgend einer Beziehung zur Erhaltung des heutigen Gesellschaftszustandes geschieht, ihm zum mindesten gleichgültig bleiben muß. Das arbeitende Volk und die kampfesfrohe, weil siegreich vorwärts schreitende Sozialdemokratie verbinden sich von Tag zu Tag mehr zu einem unteilbaren Ganzen, zu einer Macht, die mit stolzem Siegesbewußtsein in die Zukunft blickt, was auch die nächste Zeit bringen möge!

Der **Statenschied** der Stadtverordneten-Versammlung hat so wird uns geschrieben, beschlossen, dem Plenum eine Untersuchung der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur hinsichtlich der von ihr beabsichtigten Vorschläge zu empfehlen. Wie wir hören, hatte die genannte Gesellschaft dem Magistrat ein darauf hingelendes Gesuch schon unterbreitet. Der Magistrat hatte das Gesuch aber ablehnend beschieden. Dieser Bescheid des Magistrats ist bereits von der „National-Zeitung“ abfällig beurtheilt worden. Wie es scheint, hat der Statenschied hier im Gegenjag zum Magistrat das richtige Verständnis für ein ausgesprochenes Bedürfnis der arbeitenden Klassen Berlins gezeigt. Es ist wirklich an der Zeit, daß in Berlin endlich mit derartigen Einrichtungen ein Anfang gemacht wird. Die großen Städte Amerikas und Englands besitzen schon seit Jahren großartige Veschallen, zum großen Theil von den Gemeinden errichtet, jedenfalls aber von ihnen unterhalten. Selbst Städte von 100000 Einwohnern weisen solche Institute auf. In Berlin ist davon nichts zu merken. Man scheint an der leitenden Stelle unserer Stadtverwaltung ganz zu vergessen, daß es tausende und tausende von Einwohnern giebt, die in ihrer Behausung zu lesen keine Möglichkeit haben (man denke nur an die Schlafleute) und die gar nicht im Stande sind, ihr Lesebüchlein zu befriedigen. Wenn die Volksbibliotheken, welche nur Bücher nach Hause ausleihen, nützen diesen Massen der Bevölkerung nichts.

In der Zukunft heißt es weiter:
Ueber die Gründe, aus denen der Magistrat das Gesuch abgelehnt hat, haben wir nichts in Erfahrung bringen können. Wenn das großartige Bedenken, es könnten die Veschallen als Wärmehallen benutzt werden, zu Grunde liegt, so ist nach den Mittheilungen, welche die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur an den Statenschied gerichtet hat, diese Besorgnis durch die bisherigen Erfahrungen in der von der Gesellschaft errichteten Veschalle widerlegt, obwohl der vergangene Winter besonders zur Vermeidung der Veschallen als Wärmehallen anlöden konnte. Auch der Umstand, daß die Veschalle erst seit kurzem besteht, kann für eine Ablehnung des Gesuchs nicht angeführt werden. Bisher haben die Behörden von Spre-Weßen zu gethan als ob sie ihren Stolz darin setzten, Bildungsbestrebungen zu unterstützen. Trotzdem war man

im Magistrat nicht willens, Veschallen zu errichten, wahrscheinlich weil dadurch zu große Ausgaben erwachsen, und weil, wenn die Stadt einmal angefangen hätte, Veschallen zu errichten, sie das Institut ausrecht erhalten müßte, selbst wenn es nicht besucht würde. Nun, dieses Risiko liegt für den Magistrat jetzt nicht vor. Von Seiten eines Vereins, der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur ist eine solche Veschalle ins Leben gerufen worden. Wenn der Magistrat diese unterstützt und zwar dem Antrage gemäß mit einer einmaligen Unterstützung, so besteht für ihn keinerlei Verpflichtung, wenn sich die Einrichtung nicht als lebensfähig erweisen sollte, mit Unterstützungen fortzufahren. Man scheint im Magistrat die Ansicht gehabt zu haben, daß die Einrichtung der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur noch neu sei und daß man erst abwarten müsse, ob sie bestehen könne, bevor man aus städtischen Mitteln einen Zuschuß bewillige. — Diese Auffassung ist nicht als eine sehr glückliche anzusehen. Der Magistrat bewegt sich hier im Kreise. Er will jetzt nichts bewilligen, weil man noch nicht wisse, ob das Institut für die Dauer Anhang findet. Ohne diese städtische Unterstützung kann das Institut aber nicht bestehen, es kann also garnicht die Probe gemacht werden, ob das von vielen Seiten behauptete Bedürfnis der Bevölkerung auf die Dauer vorhanden ist, also Resultat: Man bewilligt nicht, die Veschalle kann nicht bestehen, man hat also bewiesen, daß ein Bedürfnis nicht besteht. Der Magistrat von Berlin ist also frei von dem Vorwurf, Einrichtungen abgelehnt zu haben, für welche ein Bedürfnis besteht. — Nun wie werden abwarten, was das Plenum der Stadtverordneten-Versammlung sagt.

Die städtische Armen-Krankenpflege hat 1898/99 (nach dem neuesten Verwaltungsberichte des Magistrats über die städtische Armenpflege) ein etwas weniger unglückliches Bild als 1892/93. Für die „offene“ (d. h. in der Wohnung des Erkrankten ausgeübte) Armen-Krankenpflege waren in 73 Medizinalbezirken 71 besoldete Armenärzte thätig, daneben eine Anzahl Spezialärzte, Heilgehilfen, Beoachmten etc. Im ganzen wurden 58 857 (1892/93: 61 166) Hauskranke behandelt, davon waren 16 pCt. Männer, 51 pCt. Frauen, 15 pCt. Knaben unter 15 Jahr, 18 pCt. Mädchen unter 15 Jahr. Auf je 1000 Zivileinwohner Berlins kamen rund 35 (1892/93: 37-38) behandelte arme Hauskranke. Aus den von den Armenärzten erstatteten Berichten wird im Verwaltungsbericht mitgetheilt, daß die Mehrzahl der Kranken, 65 pCt., im Hinterhause wohnte. Nur in 11 von 73 Medizinalbezirken überwogen die Vorderhausbewohner, doch wohnten viele davon in neuen Häusern. — das heißt: sie dienten vermuthlich vielfach nur als „Trockenwohner“, um, wenn sie ihre Schuldigkeit gethan hätten, vom Wexher an die Luft gesetzt zu werden. Im Keller wohnten 11 1/4, im Halbstock 1/2, im Erdgeschoß 12, im 1. Stock 14, im 2. Stock 17, im 3. Stock 20 1/4, im 4. Stock 23 1/2, im 5. Stock 1 1/2 pCt. aller Kranken. (Die absoluten Zahlen fehlen, können aber aus den abgerundeten Prozentzahlen annähernd berechnet werden.) Daß die obere Stockwerke mit den höchsten Zahlen vertreten sind, wird man ebenso begreiflich finden, wie das Uebergewicht der Hinterhausbewohner. Der Verwaltungsbericht bemerkt noch: „Die Wohnungsverhältnisse der Kranken (in den Berichten der Armenärzte) vielfach als zufriedenstellend bezeichnet, über die Beschaffenheit der Kellerwohnungen wird aber in den Berichten einiger Medizinalbezirke geflagt. Insbesondere erwähnt ein Bericht, daß die Wohnungen der Armen in der Regel aus einem einzigen Raume beständen, daß in vielen Häusern des betreffenden Medizinalbezirks auf einem Korridor 4-6 Parteien wohnten, aus Stube und Küche (also aus 2 Räumen) bestehende Wohnungen nur vereinzelt vorkämen, und daß von manchen Familien sogar noch Schloßleute gehalten würden! Von Krankheiten kamen, wie gewöhnlich, besonders Schwindst, Rauche und Rheumatismus zur Behandlung, außerdem Influenza. Von den Sommer-Wechbrüchfällen der Kinder wird gesagt, ihre Zahl sei durch bessere Milch, jedesmaliges Ausfuchen und sauberere Wexher, sowie durch die Kanalisation und durch „etwas glücklichere“ Wohnungsverhältnisse vermindert worden, doch würde ohne die vielen Kinder-Polikliniken die Zahl der überhaupt armenärztlich behandelten Kinder „wesentlich bedeutender“ angefallen sein. Erkrankungen an Alkoholismus wurden 171 gemeldet, davon 90 akute, 141 chronische. Desinfektion fand 824 Mal statt, konnte aber nicht immer Ansetzung verhindern. Aus einem Bezirk wird sogar gemeldet, Desinfektion sei in allen vorgeschriebenen Fällen erfolgt — jedoch ohne sichtbaren Erfolg. Den Heilmitteln wurden von Armenärzten 85, von Krankenhäusern 276 Gensende überwiesen, der Erfolg war aber oft kein dauernder. Das wird in den Berichten der Ärzte vielfach darauf zurückgeführt, daß der Aufenthalt zu kurz sei, daß die Entlassung oft im Herbst erfolge, der für Schwindsichtige gefährlich ist, und „daß die Patienten wieder in unglückliche häusliche Verhältnisse zurückkehren“. — Ueber die „geschlossene“ Armen-Krankenpflege (d. h. Anstaltspflege) giebt der Verwaltungsbericht kein hinreichend klares Bild. Für Rechnung der Stadt wurden in nichtstädtischen Krankenhäusern, Kliniken u. s. w. 19 945 Personen versorgt. Außerdem wurden in den städtischen Krankenhäusern und Strehmanstalten 27 888 Personen versorgt. Doch handelt es sich hier um alle Versorgten, auch um die, welche selber, entweder sofort oder nach einer bestimmten Frist, die Kosten bezahlt haben. Selbst die Vorschusszahler sind mit eingeschlossen. Wie viele Anstaltskranke sei es durch Erlaß, sei es durch längere Stundung der Kosten die Güte der Armenverwaltung in Anspruch genommen haben, ist aus dem Bericht nicht zuverlässig festzustellen.

Der **Druckfehlerfensel** hat unter den arbeiterfeindlichen Kämpen schon häufig als ein geheimer Verbündeter der Sozialdemokratie gehandelt. Einen ganz verurtheilt schlimmen Streich hat er in den letzten Tagen aber dem guten Amtsgerichtsrath **Abg. Schwarz**, Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses, gespielt. Dieser Herr hat die unbedenkliche und schon so manchem tapferen Ritter übel bekommen Arbeit übernommen, die Sozialdemokratie in einer Broschüre zu vernichten. Das Wort des Herrn Schwarz ist mit dem etwas unständlichen Titel „Was unsere Arbeiter vom sozialdemokratischen Zukunftsstaate zu erwarten haben“ versehen worden, und verfolgt, wie es in dem zu seiner Empfehlung herausgegebenen **Nellamezzettel** heißt, den Zweck, „den der Verführung durch die sozialdemokratische Propaganda auf Schritt und Tritt ausgelegten Arbeitern pfeffermäßig, in anschaulicher Form und in der Sprache des einfachen Mannes die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Lehre . . . zu beweisen.“

Von einer solchen Broschüre kann die Sozialdemokratie allerdings nur alles Gute für sich erwarten. Wir werden daher dankbar sein und auch Herrn Amtsgerichtsrath **W. Schwarz** einen Ehrenplatz in der städtischen Gallerie unserer unfeindlichen Förderer einräumen.

Den **Buchdruckerprinzipalen**, die des langen und breiten von der Hebung des Handwerks“ und der „Kunst“ Schwachen, und nebenher weiblich auf die Arbeiter-Organisation schimpfen, empfehlen wir, sich die folgende, dem geistigen „Zutreffungsblatt“ entnommene Annonce häßlich unter Glas und Rahmen zu legen: „Gesucht sofort ein Mädchen, das selbständig zu setzen und zu drucken versteht und an der 2. Lagedruckpresse Veschall weiß; gleichzeitig muß dasselbe etwas Hausarbeit mit übernehmen. Näheres Charlottenstr. 82a, 2 Tr.“

Es müßte mit dem Tengel zugehen, wenn der Mann, der die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft in derart vielfältiger Weise betreibt, nicht eine forsche, sozialistenfressende Gesellschaftsflüge wäre.
Ist die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ noch Neptil? In einer Beziehung dieser, wie bekannt, von offizieller Seite neuerdings demontirten Frage muß man kommen, wenn man die Abonnements-Einladung des gefinnungstreuen **Walters** liest, in der es heißt: „In besonderen Fällen sind wir bereit, unseren Abonn-

neuten mit Erleichterung der Bezugsbedingungen entgegen zu kommen."

Ein kapitalistisches Blatt leistet sich solche Menschenfreundlichkeit nur, wenn es in anderer Weise für die "Erleichterung" entschädigt wird.

Arbeitergroßen für Bismarck werden nicht allein auf schlechten Gütern, sondern allen Ertrages auch in einer kultivierten Gegend gesammelt. Fragt man, wenn es in anderer Weise für die "Erleichterung" entschädigt wird.

Mit welcher Freude werden die nächstens drohenden Arbeiter ihre sauer verdienten Groschen für den Mann hingegeben haben, der alles gethan hat, um sie zu knechten und ihnen Brot und Fleisch zu vertheuern!

In der letzten Versammlung des Berliner Lehrervereins wurde die Gründung einer Pensionszuzustufung beschlossen. Sodann referierte Geh. Sanitätsrath Dr. Baer über das Thema "Kann die Schule sich mit Erfolg an dem Kampfe gegen die Trunksucht betheiligen?" Der Redner kam zu dem Schluss, dass nicht die Gesehung gegen der immer weiter um sich greifenden Trunksucht abhelfen könne. Das könnte nur eine eifrige und sorgfältige Belehrung und Aufklärung. Hier rechnet man auf die Mitarbeit der Schule. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, dass die Erfolge des Kampfes solange nicht nennenswerth sein können, als der Staat durch "Liebesgaben" die Produktion von Alkohol begünstigt, überhaupt den Spiritus als wichtiges Steuerobjekt betrachtet. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: "Der Berliner Lehrerverein erkennt es an, dass die Bemühungen zur Bekämpfung der Trunksucht von großer Wichtigkeit sind und wird auch fernerhin soweit als möglich dieselben durch die Schule unterstützen." Den letzten Punkt der Tagesordnung: Schulausflüge, besprach Lehrer Raab II in geist- und humorvoller Weise. Die Versammlung stimmt den Vorschlägen des Referenten bei: 1. Der Berliner Lehrerverein erblickt in den Schulausflügen einen wichtigen Faktor für die gesunde, körperliche und geistige Entwicklung der Jugend. 2. Die Schulausflüge sollen das für den Unterricht grundlegende Erfahrungswissen des Kindes bereichern und ein die Schulzeit überdauerndes Interesse wachrufen für Berlins Umgebung, sowie für seine Anlagen und Sammlungen. 3. Um eine Betheiligung aller Kinder zu ermöglichen, sind die Ausflüge hauptsächlich während der Schulstunden zu unternehmen. 4. Die Unterrichtsarbeit auf den Schulausflügen findet in einer sichern Zucht ihre Stütze in Marsch und Lauf, Lied, Spiel und Unterhaltung ihre Nahrung.

Die Inhaber von Sammelbüchern für die ausgesperrten Strasser und Blätter werden hierdurch letztmalig aufgefordert, bis zum 7. April c. abzurechnen, da andernfalls die Namen der Restanten im "Vorwärts" veröffentlicht werden. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission, Grenadierstr. 10.

Der Verein "Jugendhahn", der 1889 begründet wurde, hatte sich anfangs nur die Aufgabe gestellt, "Heime" für alleinstehende, unbefohlene Mädchen zu errichten, um diesen einen Schutz gegen die Gefahren des Verfalls und der Verführung zu gewähren. Später erweiterte er den Kreis seiner Thätigkeit und brachte seinen Schützlingen auch allerlei schöne und nützliche Sachen bei, wie Schneidern, Haushaltung, Kinderpflege u. s. w. Nützlich sind diese Dinge nicht nur für die Proletarierkinder, die sich vermiethen wollen, sondern noch mehr für die "Herrschenden", welche von dem Verein "Jugendhahn" ihr Personal beziehen. Es ist daher begreiflich, dass der Verein, der früher nicht leben und nicht sterben konnte, in letzter Zeit immer mehr Ansehen bei den Damen der Bourgeoisie gefunden hat. Die neueste vom Vorstand an die Presse verfasste Mittheilung beginnt mit den Worten: "Der Verein Jugendhahn hat sich durch die Ausbildung von Hauspersonal neue Schwestern zu erwerben gesucht." Da haben wir das offene Geständnis, dass die Bourgeoisie solche Unternehmungen sofort bereitwillig unterstützt, wenn sie sich einen Vortheil davon versprechen darf. Wir verdanken der strebsamen Vorsitzenden des Vereins "Jugendhahn" überhaupt schon manchen werthvollen Aufschluss über das Wesen der ganzen Vereinsmutter, die sich mit dem Nimbus der "Gemeinnützigkeit" und der "Wohltätigkeit" umgibt. Als 1893 der Verein seine Schmelzwerke einrichtete, da empfahl die Vorsitzende Frau Rechtsanwältin Bieber-Böhm in einer Versammlung den anwesenden Damen, ihre Dienstmädchen daran theilnehmen zu lassen. Sie können ihnen ja das Honorar — als Weihnachtsgeschenk geben. Auf diesen Vorschlag gingen denn auch sofort mehrere Damen ein, indem sie ihre Mädchen anmeldeten. Im Jahre 1891, als der Verein noch im Verborgenem blühte, leistete sich der Vorstand ein anderes, nicht minder interessantes Stückchen. Er hat in den Zeitungen zum so und so vielen Mal um Beiträge und fügte seiner Aufforderung schließlich den Satz hinzu: "Neben die Beiträge wird in den Zeitungen mit vollem Namen quittirt." Vielleicht war die ausdrückliche Versicherung "mit vollem Namen" wirklich notwendig, da ein großer Theil der "Wohltäter" nur aus Eitelkeit Spenden dürfte; aber die Offenheit, mit der hier an die Eitelkeit appellirt wird, wirkt im ersten Augenblick doch etwas verblüffend. Auch den Kampf ums "Dasein", den die verschiedenen "gemeinnützigen" und "wohltätigen" Vereine gegen einander führen, hat der Verein "Jugendhahn" stets mit offenem Bistri geführt. Als 1890 auch kirchliche Kreise zum Bau eines Arbeiterheimens aufforderten, trat der Verein "Jugendhahn" mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, die sich von dem bei Ranschbajaren beliebten Wort "Bitte auf Firma und Hausnummer zu achten!" nicht viel unterscheidet. Und noch im September 1894 lud der Verein zum Besuch seiner Haushaltungsschule ein mit dem Hinweis, dass die Haushaltungsschule des Vetterhauses bis Oktober 1895 befreit sei. Die Nothwendigkeit eines solchen Kampfes mit der Konkurrenz erklärt auch die Offenheit, mit der die Eitelkeit und der Egoismus der "Wohltäter" angegriffen wird. Nicht alle Vereine dieser Art zeigen den Pöbel den Selbstsucht so unverhüllt, wie gerade dieser; aber wenn man sich die Mühe nimmt, den Plünder und Plunder, mit dem sich die meisten von ihnen vorsichtig bedängen, ein wenig zu lästern, so entdeckt man fast überall darunter dasselbe.

"Wissenschaftliches" aus einer Abwärt-Verammlung. In einem Referat der "Post" über die Versammlung vom Freitag bei Buggenbagen heißt es: In der Diskussion trat ein Herr Lange auf, der sich als Philosemit bekannte. Abwärt's Panegaius auf die alten Germanen sei ganz zwecklos für die heutige Zeit. Die Germanen waren ein Indianervolk. (Lachen, Lärm.) Tyrillus habe sie sehr günstig geschildert, andere Schriftsteller aber sie als Hauptelze bezeichnet, die auf der Bärenhaut lagen. (Lärm.)

Folgendes "Tarifarlosum" theilt der "Sonentarij" mit: Der Jahreschein Berlin-Erfurt kostet in den drei Klassen: 18,10 18,50 19,40 Mark.

Die beiden Jahrescheine Berlin-Halle und Halle-Erfurt kosten zusammen nur: 17,80 12,80 9,00 Mark.

Zur Nachtwächterfrage wird geschrieben: Mit der gänzlichen Beseitigung des Nachtwächterwesens wird es zum 1. April nicht werden. Die sämtlichen Wächter, welche in den drei Polizeihauptmannschaften Dienst thun, sind fest angestellt und können ohne ihren Willen nicht pensionirt werden. Gegen ihren Austritt streuben sich aber diese pflichtgetreuen Beamten und da ihre Placierung in andere Stellungen nicht möglich ist, so werden sie bis auf weiteres ihren Dienst als Nachtwächter noch über den 1. April thun.

Unheimliche Gerüchte waren gestern im Westen der Stadt im Umlauf. Demnach sollte ein Mann auf offener Straße erschlagen sein. Nachfragen an Ort und Stelle haben zu dem Ergebnis geführt, dass es sich "anscheinend nicht um ein Verbrechen handelt. Der Schutzmann Bachmann vom 33. Polizeirevier kam kurz nach 5 Uhr durch die Königin-Augustastrasse und fand auf dem Spazierwege gegenüber dem Hause Nr. 9 die Leiche eines noch jungen Mannes auf dem Erdboden vor. Neben dem linken Auge zeigten sich Wunden, die aber älteren Ursprunges zu sein schienen. Ferner hatte der Tote Geld bei sich, und auch dieser Umstand lässt ein Verbrechen nicht vermuthen. Näheres kann erst durch die gerichtsarztliche Oeffnung der Leiche festgestellt werden. — In gleicher Weise unangenehm ist der Tod der 68 Jahre alten, unverschämten Antonie Felde geblieben, die am Dienstag Abend von ihrer Wirthin in der Wohnung, Jossenerstraße 11, auf dem Fußboden liegend als Leiche aufgefunden wurde. Auch diese Leiche ist, wie die erstere, polizeilich beschlagnahmt worden.

Die von Kriegervereinen geübte patriotische Sitte, beim Begräbniß eines Vereinsmitgliedes zu schreiten, ist vor einigen Tagen einer Wittwe Fröhlich aus der Bismarckstraße übel bekommen. Als sie sich aus Neugierde nach dem Elisabethkirchhofe begeben hatte, um einer berathigen Vererdigung beizuwohnen, drang der Spiegel einer Plakatkone der Frau in den rechten Unterarm. Die Wittwe erlitt eine erhebliche Verletzung und muß, da sie erwerbsfähig ist und der Schätze nicht zu ermitteln war, bis zur Zeit ihrer immerhin fraglichen völligen Genesung von dem Kriegerverein unterhalten werden.

In was sind solche Vorzeichen nütze? In der Finanzwelt Berlins, so wird den "Hamb. Nachr." geschrieben, hat die Thatfache, dass einer ihrer verlorenen Söhne jüngst die Bank von Monte-Carlo gesprengt hat, Aufsehen erregt. Herr S. junior ähnelte recht wenig Herrn S. senior, der allgemein als vollkommener Ehrenmann gilt. Herr S. junior ist gewissermaßen der Typus jener Sorte von Lebemännern, die Rudolf Strach in seinem Drama "Drohnen" mit viel Sachkenntnis und scharfer Beobachtungsgabe geschildert hat: der Sohn eines reichen Vaters, fast aber nichts. Ein Mensch, für den das Leben den Reiz der Arbeit nicht besitzt, der aber dafür im hohen Maß das Geld mit vollen Händen in alle Winde streut. Er lebt geschieden von seiner Frau und läßt sich gewöhnlich alle Jahre einmal von seinem bedauernswerthen Vater "arrangieren". Dießmal hat die Bank von Monte-Carlo das Arrangement übernommen. Herr S. junior hat Glück gehabt; er gewann 300 000 Franks oder mehr. Im Jubel des Gewinns schenkte er dem Zimmermädchen des Hotels, in dem er logirte, dem Hausknecht, dem Servisierner und dem Portier je 500 Franks und wollte eben noch einige andere artige Summen machen, als ihn ein Freund am Krage nahm und in den Cirkus packte, der nach Genua und von dort weiter nach Rom fuhr. Aber auch in Rom giebt es Spielclubs, in denen man, wie jüngst Graf Bisone, sein Geld im Umlaufe loswerden kann — und so ist es gar nicht unmöglich, dass Herr S. junior schon heute wieder auf die Dipse seines Vaters angewiesen ist.

Ein Ehe-drama. Wegen Mordversuchs ist der städtische Steuererheber Garbe festgenommen und der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden. In der Nacht zum Dienstag erregnete sich in seiner in der Treidowstraße belegenen Wohnung ein bisher noch nicht ganz aufgeklärter Vorgang. G. lebt mit seiner Ehefrau in Unfrieden und hat bereits einen Scheidungsprozess eingeleitet, weil er an der ehelichen Treue seiner Gattin berechnete Zweifel gegen zu dürfen glaubt. Am Montag Abend besand er sich in einem Wirthshaus; dort sollen über seine Frau Neuerungen gefallen sein, die ihn auf das äußerste verletzten und kränkten mußten. Als G. nach 1 Uhr heimkehrte, machte er seiner schon im Bette liegenden Frau Vorwürfe über ihren Lebenswandel und erklärte, dass er sich vor Menschen nicht mehr sehen lassen könne, wenn über sie (die Frau) in so abfälliger Weise gerüchelt würde. Dann will er der Frau den Vorschlag gemacht haben, mit ihm gemeinsam zu sterben. Die Frau ist nach seiner Angabe damit einverstanden gewesen und er habe ihr nun ein Dolchmesser in den Hals gesteckt. Dann will er verflucht haben, sich an einem Kleiderschrank zu erhängen; das Vorhaben habe er aufgegeben, nachdem der Theil des Dolches, an dem er die Schur befestigt gehabt habe, abgebrochen sei. Frau G. ist schwer verletzt nach einer Unfallstation gebracht worden und schwankt in Lebensgefahr. Ist daher noch nicht vernehmungsfähig. Dagegen hat sie einem Beamten gegenüber angegeben, dass sie mit ihrem Manne habe sterben wollen. Diese Angabe erscheint indes vorläufig noch zweifelhaft, würde aber bei der rechtlichen Beurtheilung der That sehr wichtig sein, weil dann eine mildere Strafbestimmung Anwendung fände.

Ein Bild suchbarer Tragik entrollte sich gestern Abend gegen 7 Uhr vor dem Hause Rosenthalerstr. 13. Dortselbst geriet ein etwa 3 1/2 Jahre alter Knabe unter einen Pferdewagen, wurde überfahren und dem Kinde der rechte Arm völlig jermalmte. Eine große Menschenmenge sammelte sich an, als der verunglückte Knabe in eine Droschke geborgen werden sollte; da ertönte plötzlich ein martertschütternder Schrei aus der Menge heraus; eine Frau stieß die vor ihr stehenden Personen bei Seite und brach mit den Worten "mein Kind, mein armes Kind" unter heftigen Krämpfen zusammen. Es war die Mutter des nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus überführten Kindes, die Frau des Arbeiters P. Gormannstr. 21 wohnhaft. Die Armut hatte den Kleinen unter Aufsicht eines älteren Bruders nach der Straße hinuntergeschickt, das Kind hatte sich von der Hand des Begleiters losgerissen und war so verunglückt.

Ein geheimnißvoller Vorfall, der nach Berlin hinweist, hat sich am Freitag in Paris ereignet. In einer Frau in der Temple-Vorstadt, die sich davon erudert, daß sie von Arbeiterinnen ihr anvertraute kleine Kinder tagsüber bei sich behält und beaufsichtigt, kam ein unbekannter Mann und führte ihr ein kleines Mädchen von etwa fünf Jahren zu mit der Bitte, es zu beahren, und dem Versprechen, es am Abend abzuholen. Der Herr war gut gekleidet und gab der Frau fünf Franks, das heißt etwa zwanzig Mal so viel wie die Arbeiterfrauen für das Hüten ihrer Kleinen zu zahlen pflegen. Natürlich war die Frau hoch erfreut und übernahm gern den neuen Pflichten. Das Kind war einfach angezogen, sehr still und sah blaß und verkümmert aus. Auf Fragen und Ansprachen antwortete es nicht, was die Frau auf Rechnung der Schüchternheit stellte. Am Abend wurden alle Pflichten abgeholt, bloß das kleine Mädchen nicht. Die Frau wartete eine Weile, und da niemand kam, führte sie das Kind zur nächsten Polizeistation. Hier stellte sich der "Voss. Zig." zufolge heraus, daß es kein französisch verstand, sondern nur deutsch sprach. Ein Schutzmann, der deutsch verstand, war zufällig zur Hand und ihm erzählte das kleine Mädchen, das es aus Berlin sei und Spinger heiße. Vor kurzem sei es von einem Herrn weggeholt worden, habe dann eine sehr lange Eisenbahnfahrt gemacht und sei zu einer bösen Frau gekommen, die es fortwährend gepeinigt habe. Die Untersuchung ergab an ihrem ganzen Leibe zahlreiche Spuren grauamer Mißhandlungen, die den Polizeikommissar veranlaßten, das Kind sofort nach dem Trousseau-Krankenhaus zu schaffen, wo es jetzt in Behandlung

ist. Von dem Manne, der es der Wirtin zugeführt hatte konnte bis jetzt keine Spur entdeckt werden.

Nach einer unnatürlichen Mutter sahndet die Kriminalpolizei. In Königswusterhausen übergab am vorigen Freitag Abend eine elegant gekleidete verschleierte Dame dem Portier K. eines dortigen Hotels eine Kiste mit dem Bemerken, daß sie dieselbe in einigen Stunden abholen werde. Dies geschah jedoch nicht, und da am Sonnabend der Kiste ein sehr starker Geruch entdrömte, so wurde dieselbe geöffnet und in dem Behälter die Leiche eines mehrere Tage alten Kindes entdeckt. Ob Kindesmord vorliegt, dürfte die Obduktion ergeben. Die unnatürliche Mutter soll mit einem Zuge aus Berlin in Königswusterhausen eingetroffen sein.

Eine größere Anzahl Arbeitsloser ist am Dienstag um ihre letzten Groschen betrogen worden durch einen dreisten Schwindler, der zum Glück bereits ermittelt und festgenommen ist. Im Treptower Park sammeln sich jetzt täglich große Massen Arbeitsloser, welche dort Beschäftigung zu erlangen hoffen. Gestern trat nun ein junger Mann zu einer Gruppe solcher Leute und stellte sich ihnen in grobem Deutsch als englischer Monsieur vor, der Arbeiter suche. Die Kunde vom Erscheinen des "rettenden Engels" hatte sich schnell verbreitet und bald war der Mann von zahlreichen Arbeitslosen umgeben. Der "Herr Monsieur" versprach sehr reichen Lohn und so war es erklärlich, daß gar mancher der Arbeitslosen durch Opferung der letzten Nickel sich die Günst des Mannes zu erwerben suchte. Endlich war die Auswahl getroffen; eine Anzahl Maurer und Arbeiter, deren Namen der "Herr Monsieur" genau notirte, war von heute ab für Fundamentierungsarbeiten auf dem Ausstellungsterrain fest engagirt, einigen anderen, deren Namen der "Herr Monsieur" zunächst nicht wissen wollte, wurde bedeutet, sich gleichfalls heute einzustellen. In freudiger Stimmung wurde mit dem "Herrn Monsieur", der einen sehr gegneten Appetit und einen unerschöpflichen Durst entwickelte, noch etwas gekneipt, und die Neu-Engagirten ließen es sich natürlich nicht nehmen, mit dem Allerlehten, was sie hatten, die Zeche zu bezahlen. Allseits besträubt trennte man sich, nachdem der "Herr Monsieur" noch "seinen Beuten" eingepreßt, ja punkt 1/2 Uhr an der Treptower Ringbahnbrücke sich einzustellen, denn wenn er selbst auch vielleicht früher erscheine, der Zeitverlust werde doch voll ersetzt werden. Pünktlich waren denn auch alle Leute gestern früh zur Stelle, aber Stunde auf Stunde verrann, ohne daß der "Herr Monsieur" erschien. Es war schon 9 Uhr vorbei, als plötzlich einem der Wartenden ein Erdarbeiter aufstuf, der an der neuen Erdausschüttung der Ringbahn emsig karrte. Als man sich den Burschen näher ansah, erkannte man in ihm den "Herrn Monsieur", der über Nacht vorrestliche Fortschritte in der deutschen Sprache gemacht hatte und sich als ein echt Berliner Kind, als ein bisher stellenloser Schlosser entpuppte, dem es gestern, kurz vor Inzgenirung des Schwindels erst gegliedert war, Arbeit beim Bahnbau zu finden. Es erfolgte zunächst eine sehr deutliche Auseinandersetzung, dann wurde ein Gendarm geholt, der den recht kleinlaut gewordenen Schwindler zum Amtsvorsteher brachte.

Die gestern den Blättern zugegangene Nachricht von der Verhaftung des Herrn Theaterdirectors Charles Maurice soll auf einem Irrthum beruhen. Wie das "B. Z." berichtet, hat Herr M. die Mittheilung persönlich auf dem Bureau der Zeitung dementirt.

Im Mauheimer'schen Geschäft in der Niederwallstraße ereignete sich am Dienstag Abend ein schwerer Unfall. Gegen sieben Uhr, als die Angestellten das Geschäft verlassen, fiel eine junge Dame so unglücklich eine Treppe hinab, daß sie das Rückgrat brach und zwar noch lebend, doch im hoffnungslosen Zustande in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Polizeibericht. Am 26. d. M. abends wurde in der Königsbergerstraße ein sechsjähriges Mädchen durch eine Autsche überfahren und im Gesicht bedeutend verletzt.

Witterungsübersicht vom 27. März 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (0 C. = 40 F.)
Ewinemünde . . .	749	SW	3	wolfig	3
Hamburg . . .	749	W	4	wolfig	4
Berlin . . .	750	SWW	4	bedeckt	4
Biesbaden . . .	754	SW	2	halb bedeckt	6
München . . .	756	W	5	bedeckt	3
Wien . . .	752	W	3	heiter	6
Daparanda . . .	748	NO	2	halb bedeckt	-6
Petersburg . . .	748	SW	0	wolfig	-0
Cord . . .	737	SO	5	Regen	6
Aberdin . . .	743	W	2	halb bedeckt	2
Paris . . .	751	S	3	Regen	6

Wetter-Prognose für Donnerstag, 28. März 1895.
Etwas wärmeres, veränderliches, vorwiegend trübes Wetter mit Regenschauern und frischen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Theater.

Das im Alexanderplatz-Theater gestern aufgeführte Schauspiel eines Herrn Wolff-Kassel, "Ruth", gehört leider nicht zu denen, die man mit besonderem Behagen ansehen kann. In zum theil merkwürdig verdrehten Verfen wird da die Geschichte von Ruth, der Wittib und dem reichen Boas verfaulerwälscht, der die fromme Dame nach vielen Rächen heimführt. Ruth wurde von Fräulein Griep zu dem sinnigen Wilde verführt, als welches uns diese liebliche Gestalt in der Bibel erscheint. Die anderen Künstler des Nationaltheaters thaten aber leider nicht, wie sie sollten. Aber auch ohne das wenig rühmensewerthe Spiel wäre dem Dichter kein Rufm erblüht; von dem sonnigen Glanz des Morgenlandes war kaum etwas anderes als die Eintönigkeit in seinem Stück wiedergegeben. Glücklicherweise war es nur einen Akt lang.

Kunst und Wissenschaft.

Im Luftballon nach dem Nordpol. Wie bereits kurz gemeldet, hat der schwedische Koronaut Oberingenieur Andrée, der zu wissenschaftlichen Zwecken schon eine Reihe von gelungenen Luftfahrten unternahm, der schwedischen Akademie der Wissenschaften einen bis in die Einzelheiten ausgearbeiteten Plan unterbreitet, der eine Erreichung des Nordpols im Luftballon möglich machen soll. Andrée erklärt sich bereit, im Sommer 1896 von den an der Nordwestspitze Spitzbergens gelegenen sogenannten norwegischen Inseln aus die Ballonfahrt anzutreten, wenn folgende Bedingungen vorher erfüllt sind: Es müßte ein Ballon hergestellt werden, der eine Tragfähigkeit von 3000 Kilogramm besitzt, und zwar aus einem Stoff, daß er sich dreißig Tage hindurch in der Luft schwebend erhalten könne. Ferner muß der Ballon irgendwo in den Polargegenden mit Wasserstoff gefüllt werden können und einigermaßen lenkbar sein. Die beiden ersten Bedingungen böten keine technischen Schwierigkeiten. Es handele sich dabei bloß um die Anfertigung des Gases. Die Füllung des Ballons in den Polargegenden würde auch auf seine besonderen Hindernisse stehen, da man ja im Stande ist, komprimirten Wasserstoff in jeder beliebigen Menge darzustellen; die vierte Bedingung ist bereits von Herrn Andrée selbst erfüllt worden, indem er auf seinen Dauerfahrten durch die Luft den Beweis erbracht hat, daß er mit der von ihm

erfundene Vorrichtung dem Ballon eine von der Windrichtung bis 27 Grad abweichende DIRECTION zu geben imstande sei. Der Ballon soll außer drei Personen Lebensmittel für vier Monate, alle nötigen Instrumente, Waffen und Munition, ein kleines Boot von Segeltuch, einen Schlitzen und Akkumulatoren zur Erzeugung von elektrischem Licht aufbewahren, ohne das Gesamtgewicht von 3000 Kilogramm zu übersteigen. Herr Andree meint, er werde von den genannten Inseln aus mit gutem südlichen Wind den Nordpol in 43 Stunden erreichen können; weicht aber der Wind mit östlicher Stärke wie im vorigen Jahre bei seiner Fahrt von Gotenburg nach der Insel Gotland, dann würde der Nordpol, nach seiner Meinung, in nur zehn Stunden zu erreichen sein. Der Vorschlag Andree's hat großes Aufsehen erregt und ist von der Akademie der Wissenschaften günstig aufgenommen worden.

Eine neue Hypothese über die Marskanäle veröffentlicht in der „Globe“ Herr N. E. Lörneboom in Stockholm. Diefem Gelehrten erscheint es zweifelhaft, daß die triangulär angeordneten und geradlinig verlaufenden, bisher als Kanäle gedeuteten Gebilde auf der Oberfläche des eben erwähnten Planeten überhaupt Kanäle sind. Da man alles Recht zu der Annahme hat, daß die Atmosphäre auf dem Mars bedeutend trockener ist als diejenige unserer Erdoberfläche, daß derselbe ferner eine viel flachere und viel weniger gebirgige Oberfläche besitzt wie diese letztere, so glaubt Lörneboom deshalb auch die Ansicht aussprechen zu können, daß weit ausgedehnte Wüstenflächen auf dem Mars vorhanden seien, zumal ja schon früher von anderer Seite aus der rothe Schein dieses Himmelskörpers darauf zurückgeführt worden ist. Leben nun auf dem Mars intelligente Wesen, so läßt es sich nach Lörneboom denken, daß dieselben bestrebt waren, Verkehrswege durch die Wüstenflächen hindurchzuführen, welche dann naturgemäß möglichst gradlinig angelegt wurden, wobei den Marsbewohnern die flache Oberflächenbeschaffenheit ihres Planeten zu statten kam. Entlang diesen Verkehrsweegen soll nun eine künstliche Bewässerung angelegt worden sein, entweder vermittelst Kanälen oder auch mit Hilfe artesischer Brunnen und diese Bewässerung erzeugte wiederum Vegetation, welche für die erwähnten Verkehrsstrahlen also geradezu bezeichnend geworden ist. Die so mit Pflanzenwuchs bestandenen Strecken auf dem Mars müssen nun dunkler erscheinen als die sie umgebenden Wüstenareale. Auch die dunkleren Flecke an der Kreuzung je zweier oder mehrerer solcher Gebilde veranschaulicht Lörneboom zu erklären, und zwar durch das Vorhandensein größerer Ansiedlungskomplexe, die an dertartigen Stellen ja in erster Linie entstanden sein müßten.

Gerichts-Beitung.

Gewerbegericht.

Die absonderlichsten Anschauungen über die Pflichten der Arbeiter werden oft von Unternehmern, besonders aber von Schlichtermeistern vertreten. Hatte da der Schlichtermeister Rische die Absicht, am Sonntag, 17. Februar, den Schlichter H. zu entlassen, mit dessen Leistungen er nicht ganz zufrieden war. Einen gesetzlichen Entlassungsgrund hatte er nicht, weshalb er bis zum Sonntag warten mußte, da das Arbeitsverhältnis unter der bekannten Bedingung geschlossen war, daß es beiderseits an jedem Sonntag bis 2 Uhr nachmittags gelöst werden könne. Als nun Rische am 17. Februar das Zimmer seines Gesellen gegen 11 1/2 Uhr vormittags betrat, um ihm sein Schicksal anzukündigen, da war der Vogel ausgeflogen, — und man sah denselben am fraglichen Tage nicht wieder. Am Montag ereilte ihn jedoch das zugegebene Loos, er wurde arbeitslos, gezwungen dazu durch den Willen des Prinzipals. Von der zuständigen Kammer des Gewerbegerichts, welche einen Lohnentschädigungs-Anspruch des an die Luft gegangenen H. zu prüfen hatte, gab der Beklagte Schlichtermeister Rische zu, daß die Sonntagsarbeitszeit für den Winter von ihm auf 7 bis 10 Uhr vormittags festgesetzt gewesen sei, daß der jeweilige Geselle notwendige Arbeiten aber auch später zu verrichten veranlaßt worden wäre. Er war der Meinung, der Kläger hätte nicht nach 10 Uhr verschwinden dürfen, sondern ihm bis 2 Uhr zur Verfügung stehen müssen und abwarten, ob er entlassen werde oder nicht. Das Gericht befahl ihm eines anderen. Es erwieh, daß die genau bestimmte Sonntags-Arbeitszeit in dem Betriebe des Beklagten von 7 bis 10 Uhr war und daß deshalb dem Kläger aus seinem Verlassen des Geschäfts um 11 Uhr rechtlich kein Vorwurf gemacht werden könne. Eine Verpflichtung, die Entlassung abzuwarten, hätte für den Kläger nach dem Gesetze nicht bestanden. Fortzugehen, ohne den Meister davon zu benachrichtigen, wäre vielleicht nicht ganz hübsch gewesen, als unbefugtes Verlassen der Arbeit könne es aber nicht angesehen werden. Der Beklagte müßte eben die Konsequenzen seiner falschen Auffassung tragen. Auf gutes Zureden zahlte Beklagter freiwillig die Entschädigung.

Vom Reichs-Versicherungsamt. Häufig weigern sich Berufsgenossenschaften, Rentenansprüchen zu willfahren, nicht weil sie einen Betriebsunfall überhaupt bestreiten, sondern weil sie andere Genossenschaften für verpflichtet halten. Dem Aufwerfen einer solchen Kompetenzfrage hatte es der Dienstnachricht Rohl zu verdanken, daß er erst nach langem Warten zu einer Rente kam. Rohl war für gewöhnlich im landwirtschaftlichen Betriebe des Gasthof- und Wirtschaftsbestehers Riedel in Borna beschäftigt. Am 5. Juni wurde er beauftragt, einem Chemnitzer Fuhrmann, der mit seinem Gefährt auf der Landstraße „steden geblieben“ war, Vorspann zu leisten, was er denn auch that. Als er vor dem Gasthofe seines Dienstherrn, bei dem der Fuhrmann einkehrte, das Pferd abspannte, wurde er von letzterem geschlagen, so daß er einen Armbruch davontrug. Seinen Anspruch auf Rente wies die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen zurück, indem sie ausführte, Vorspannleistungen für Fremde gehörten nicht zum landwirtschaftlichen Betriebe. Derartige Geschäftstätigkeiten seien im vorliegenden Falle aus dem Gastwirtschafts-Betriebe Riedel's hergeleitet; die Fuhrleute, denen er gelegentlich Vorspann leistete, gehörten eben bei ihm ein. Das Schiedsgericht war derselben Meinung, es wies die Berufung des Klägers Rohl ab. Hiergegen legte derselbe Rekurs ein. Die Rekurschrift verweist darauf, daß sich Riedel das Pferd lediglich für die Landwirtschaft gehalten habe. Ferner machte Kläger darauf aufmerksam, daß die Vorspanndienste nur gelegentliche gewesen seien, so daß das Einkommen Riedel's hieraus im ganzen Jahr nur etwa 40 M. betrug, also garnicht in Frage kommen könne. — Vom Reichs-Versicherungsamt wurde die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft dem Verfahren beigegeben, deren Vertreter nachzuweisen suchte, daß der Unfall seine Auftraggeberin nicht angehe, da er unter allen Umständen im Nebenbetriebe der Landwirtschaft passiert sei. Das Reichs-Versicherungsamt verurteilte die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft unter der Begründung, zufällige Gelegenheitsdienste der Landwirtschaft verbleiben nach mehrfachen Entscheidungen im Betriebe der Landwirtschaft; ein dertartiger Gelegenheitsdienst liege hier aber vor, weshalb die Verurteilung verpflichtend sei.

Versammlungen.

Die Schrauben- und Façonreher hielten am 26. März im Vereinshaus „Süd-Ost“ eine öffentliche Versammlung ab. Nach einem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage des Genossen Braun schloß er die Versammlung mit dem Hinweis auf seinen Rechenschaftsbericht. Der vereinnahmte von Anfang April 1894 bis Mitte März 1895 265 M. aus dem Verlaufe von Bonds für den Unterstützungsfonds, 116,50 M. für Maimarken, 27,40 M. Entree von vier öffentlichen Versammlungen, 392,10 M. auf

Banken für die Brauerei-Arbeiter und Böttcher, 58,05 M. auf Eisten für die Frau des Kollegen Kirchner und 208 M. auf Eisten für die Familie des inhabitirten Kollegen Hirsch. Die Abrechnung vom Monatsball ergab eine Einnahme von 98,10 M., eine Ausgabe von 50,05 M. Von dem Ueberschuß (48,05 M.) erhielt die statistische Kommission 21,55 M., über die Verwendung des Ueberschusses (26,50 M.) erbat er sich den Beschluß der Versammlung. Die Neuwahl des Vertrauensmannes fiel wiederum auf Roth; die sich in seinen Händen befindende Summe von 26,50 M. wurde ihm als Entschädigung für seine Mäherwaltung und Unkosten überlassen. — Rath er richtete hierauf einen energischen Appell an die Versammelten, den Vertrauensmann in kräftigster Weise zu unterstützen, in den Werkstätten die rührigste Agitation für den Anschluß der Kollegen an den Berliner Metallarbeiter-Verein zu betreiben und auch in den Sammlungen für den Generalfonds nicht nachzulassen, damit den Uebergriffen der Unternehmer jederzeit nachdrücklich gegenüber getreten werden könne. Zum Schluß kam die Wählerregelung eines Kollegen bei der Firma Kühle, Blücherstraße, zur Sprache. Derselbe war, seitdem er in dieser Fabrik das Amt des Vertrauensmannes übernommen hatte, stetigen Schikanen ausgesetzt und seine Entlassung konnte nach seiner und seiner organisirten Kollegen Meinung jede Stunde erfolgen. Am letzten Montag kam er dieser zuvor und legte freiwillig die Arbeit nieder. In einer am selben Abend abgehaltenen Werkstattnitzung, in der die gegen den Fabrikanten zu unternehmenden Schritte berathen wurden, war auch ein Mitarbeiter zugegen, der es nicht unter seiner Würde hielt, dem Fabrikanten noch in derselben Nacht freiwillig Mitteltheilung von den Verhandlungen zu machen. Am anderen Morgen, als die Kollegen zur Arbeit kamen, erklärte Herr Kühle dem denunzirten angeblichen Vorführer der Sitzung, daß er von der Unterredung der Kollegen genau unterrichtet sei und zeigte zum Beweise den Judasbrief. Die Handlungsweise dieses „Auch-Kollegen“ wurde gebührend gebrandmarkt. Die Wählerregelungs-Angelegenheit wird dem Vorstand der Organisation unterbreitet werden.

Eine Parteiversammlung in Charlottenburg, die am 26. März abgehalten wurde, nahm Stellung zur diesjährigen Reichstagswahl. Das einleitende Referat hielt der Abgeordnete P. Barm, der die unzulänglichen Leistungen unserer gegenwärtigen Arbeiterpartei, Politik mit Schärfe kritisierte und die hohe Bedeutung der Maidemonstration dem gegenüber hervorhob. Dem beifällig begrüßten Vortrage folgte keine Diskussion. Sellin machte den Vorschlag, die Feier wie im Vorjahre in der Weise zu begehen, daß vormittags eine öffentliche Parteiversammlung und abends eine Festlichkeit stattfindet. Ein darauf bezüglicher Antrag fand Annahme; eine neungliedrige Kommission wurde beauftragt, die Art der Feiern zu einer für die Partei würdigen zu gestalten. Auf Antrag Kube wurde beschlossen, Listen auszulegen, in welche die Parteimitglieder, denen die Arbeitsruhe nicht möglich ist, einen Theil ihres Arbeitsverdienstes einzuschreiben. Die Höhe des Beitrages ist jedem freigestellt. Der Vorsitzende Kild forderte an, die Einkäufe möglichst schon vor dem 1. Mai zu besorgen, damit die Kleinverdienenden gleichfalls an der Maierei theilnehmen können. — Der Bericht der Zeitungskommission erstattete Sellin. Man hat mit dem bisherigen Spediteur Beyer die Vereinbarung getroffen, daß vorbehaltlich der Genehmigung der Parteiversammlung der Betrieb desselben mit allen Aktiven und Passiven in die Hände der Partei übergeht; der eventuelle Ueberschuß, der sich durch die Kassenstände ergibt, soll dem Genossen Beyer zu gute kommen. Anschließend hieran legte die Kommission folgenden zur Beschlußfassung vor: 1. Zur Leitung des Betriebes der Parteipresse und sämtlicher sozialistischer Literatur wird ein Spediteur eingesetzt; das Gehalt desselben bestimmt die Parteiversammlung. 2. Die Einrichtung, Ueberwachung und Revision des Speditors wird durch eine Kommission besorgt, an die alle Beschwerden zu richten sind. 3. Der Kommission in Gemeinschaft mit den Vertrauenspersonen steht das Recht zu, den Spediteur, dem Unethischkeit, grobe und wiederholte Vernachlässigung seiner Pflichten oder ehrlose Handlungen nachgewiesen sind, auf Grund eines gegenfeitig vereinbarten Kontraktes zu entlassen. Die Kündigungsfrist beträgt 4 Wochen. (Ein vom Genossen Kild hinzugefügter Passus 4 befaßt, daß die Abrechnung all monatlich vor dem Ende des laufenden Monats zu erfolgen hat). — Ueber die Funktionen der Ueberwachungs-Kommission und über die Form der Abrechnung wurde des längeren debattirt. Man entschied sich, fünf Personen in die Kommission zu delegieren; gewählt wurden Beyer, Heilmann, Sellin, Schwarz und Schnell. Beyer betonte, daß die monatliche Abrechnung nicht notwendig sei; die Kontrolle könne ohnedies doch jederzeit ausgeübt werden. Bei der Abstimmung wurden die oben mitgetheilten Paragraphen, einschließlich der Bestimmung der monatlichen Abrechnung angenommen. Das wöchentliche Gehalt wurde auf 30 M. festgesetzt, außerdem erhält der Spediteur die Entschädigung für eine Stadtbahnkarte. Bei der durch Stimmzettel vorgenommenen Wahl des Parteispeditors wurde im zweiten Wahlgange von vier Kandidaten der Genosse Scharnberg gewählt; die Wohnung desselben befindet sich, was die nach Charlottenburg verziehenden Genossen besonders beachten mögen, Wilmerdorferstraße 124. An stelle des erkrankten Genossen Menge wurde Kube II in die Lokalkommission delegirt. Damit schloß die gutbesuchte Versammlung.

Vermischtes.

Zum Untergang der „Elbe“ wird aus London vom Dienstag berichtet: Die von dem Coroner veranlaßte Untersuchung über den Untergang des Dampfers „Elbe“ wurde heute in Bowditch wieder aufgenommen, jedoch abermals vertagt, und zwar bis zum 30. April. Im Laufe der heutigen Verhandlung erklärte der Coroner, zu den Gründen, welche ihn zu diesem Beschlusse bestimmt hätten, gehöre die Erwartung, der „Norddeutsche Lloyd“ werde es ermöglichen, daß er, der Coroner, aus Deutschland Zeugenaussagen erhalte, jedoch ließen die in den letzten Tagen eingegangenen Mittheilungen dies ziemlich zweifelhaft erscheinen.

Der Rhein steigt. Ueber die Wasserstandsgefahr liegen folgende Nachrichten vor: Köln, 27. März. Infolge der Meldungen von dem weiteren Steigen des Oberrheins erließ das hiesige Hafen-Kommissariat die Aufforderung, die auf der Werft lagernden Güter schleunigst zu entfernen. — Mainz, 27. März. Die Rheinhöhe beträgt 370; das Wasser ist über die Ufer getreten und noch im Steigen. Aus Nehl wurde gestern 304, heute 355 und starkes Steigen gemeldet. Offenbach meldet den Wasserstand des Maines mit 439 und kündigt weiteres Steigen an.

Ueberschwemmungen in Böhmen. Aus Prag wird berichtet: Seit Dienstag Nachmittag sinkt die Moldau langsam; auch die Nachrichten aus dem Lande konstatiren ein allmähliges Sinken des Wasserstandes. In Prag waren die tiefer gelegenen Stadttheile überfluthet. Die Gefahr ist beseitigt. Stärker gelitten hat der Vorort Lieben, dort mußten die Bewohner häufig die Parterre-Wohnungen verlassen. Das Wasser reicht bis zu den ersten Stockwerken; in den tiefer gelegenen Häusern mußten die Bewohner der ersten Stockwerke an Röhren gerettet werden. Die Hofenanlagen in Lieben stehen unter Wasser; 33 Häuser sind überfluthet.

Ein Lustmord ist in Hamburg verübt worden. Die im 13. Lebensjahre stehende Almine Strahlendorf war bei der Verhörde als vermißt ausgegeben worden. Die Vermuthung, daß es sich auch hier wieder um ein Verbrechen handelt, hat sich leider bestätigt. Das Mädchen, das seit dem 26. März 3 Uhr nachmittags vermißt wird, war um diese Zeit zum Spielen auf die Straße gegangen und ist hier von dem Schlosser Mölle, der Rabeisen Nr. 39 im Thornege, Haus 2, bei seiner Mutter wohnt, gebeten worden, für ihn eine kleine Bekleidung anzuzurichten. Mölle

der sich erst vor kurzem verheiratet hat, fand ein Mittel, inwieweit seine Mutter und seine Frau aus der Wohnung fortzuschicken. Als das Kind nach ausgerichteter Beforgung zu M. zurückkehrte, fand es diesen allein. Nach allen vorliegenden Anzeichen hat der Mörder an dem Mädchen Lustmord begangen. — Durch die Aussage mehrerer Spielgenossen des Mädchens, die das Kind in die Wohnung des M. hatten gehen, aber nicht wieder herauskommen sehen, wurde der Verdacht auf M. gelenkt. Unter Führung des Rathes bei der Polizeibehörde Dr. Moscher und des Kriminalkommissars Kämpfe begab sich noch am Abend mehrere Kriminalbeamte und Schutzleute nach der Wohnung des M., die sie verschlossen fanden. Die Wohnung wurde geöffnet und nach vorgekommener Untersuchung bald eine Stelle im Keller gefunden, die mit frischem Sand bedeckt war. An dem Orte fand sich auch, mit Nachhaken, die vorher losgerissen waren, in Balkmatten eingewickelt, die Leiche des Mädchens vergraben. Mölle, der daraufhin in begründetem Verdacht stand, der Mörder zu sein, wurde bald darauf auf der Straße verhaftet und hat seine That auch bereits gestanden. Die Leiche des bedauernswerthen Opfers wurde kurz nach 9 1/2 Uhr ins Schauhaus geschafft.

Die Heiligkeit der Ehe. In der Wiener „N. Fr. Pr.“ findet sich folgendes interessante Heirathsreferat: „Für einen Fürsten in Deutschland, apaganirt, in den Vierzigern, wohl konservirt, wird eine Gemahlin gesucht (auch getaupte Israelitin). Gewünscht mindestens zwei Millionen Gulden Nuzigt, wovon der zehnte Theil zur Sicherstellung der Selbstständigkeit des Gemahls, theilweise auch zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten auf seinen Namen cedirt werden müßte. Nur solche Persönlichkeiten, welche ganz direkte Fühlung besitzen und konventionellen Falles rasche sichere Erledigung bieten können, mögen nicht anonym unter Chiffre R. K. 3166 an das Anst.-Büro d. Bl. ihre Offerten behufs Weiterbeförderung senden.“

Aus den Zeiten der Zensur. Einem diese Ueberschrift tragenden Artikel der „Grenzboten“, veranlaßt durch die Umsturzvorlage entnehmen wir die nachstehende, auf österreichische Zustände bezügliche Stelle: „Die Gerichte in ihrer unabhängigeren Stellung widerstehen sich im äußersten Falle geradezu, und manchmal mit Ironie, wie eine noch lange nachher mit Bohagen erzählte Anekdote zeigt. Eine Wiener Zeitschrift hatte in einer Folge von Bildern drei Personen in einem Eisenbahnwagen vorgeführt, einen alten Herrn in der Mitte zwischen einem jungen Pärchen, das zuerst hinter seinem Rücken liebäugelte und endlich, als der Alte eingeschlafen war, sich küßte. Der Zensur wird den Scherz wohl nicht sehr geistreich gefunden haben, aber auch nicht polizeiwidrig; der Nachzensur war ensset und forderte den Staatsanwalt zur Anklage wegen Verspottung des Sakraments der Ehe auf. Als Antwort empfing er das höfliche Eruchen um Vervollständigung des Anklagematerials durch den Trauschein des alten Herrn und des jungen Frauenzimmers. Der Prozeß soll nicht eingeleitet worden sein.“

Vom Schutz des Auges. Der Professor der Augenheilkunde Dr. Ernst Fuchs in Wien nahm kürzlich Veranlassung, den Schutz des menschlichen Auges eingehend zu erörtern, wobei er auch das elektrische Licht in den Kreis seiner Ausführungen zog. Zunächst sprach Prof. Fuchs über die „Schutzbrillen“ und bemerkte, in der allgemeinen Meinung gelte gewöhnlich die grüne Farbe als besonders „gesund“, daher werde so oft Aufenthalt im Grünen als Mittel gegen Schwachsehen von Laien empfohlen. Auf dieser Meinung beruhen auch die grünen Augenschirme und namentlich die blauen und grünen Brillen, denen man so vielfach begegne. In dieser Hinsicht ist die Heilkraft der grünen Farbe sei früher derart verbreitet gewesen, daß selbst Professor v. Art (der Vorgänger des Prof. Fuchs) die Bänke seines Hörsaales grün habe anstreichen lassen. Heute sieht aber die Sache so, man wisse, daß jedes gefärbte Glas bestimmte Fasern des Sehnerbs mehr ermüde, als die anderen Fasern, daher werden wohl die einen Fasern des Sehnerbs geschont, dafür die anderen umsomehr angegriffen. Deshalb seien blaue und grüne Schutzgläser, welche nur blaues und grünes Licht durchlassen, gleich ungewöhnlich. Viel vernünftiger sei es, wenn alle Lichtstrahlen gleichmäßig abgeblendet werden, was durch graue oder Rauchgläser am besten erreicht wird. Da aber der Sehpurpur im Auge durch gelbes und rothes Licht am besten geschützt werde, andererseits die rothen und gelben Lichtstrahlen chemisch unwirksam seien, so wäre es, falls man gefärbte Gläser durchaus gebrauchen wolle, am besten, gelbe oder rothe Gläser, welche nur gelbrothes Licht durchlassen, vor das Auge zu setzen, weil diese dasselbe besser schützen, als blaue oder grüne. Dies gelte namentlich für Arbeiten bei elektrischem Lichte, um die Augen gegen die schädlichen, chemisch wirksamen Strahlen zu schützen.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. (Stuttgart, J. G. M. 2. L. 2. Verlag) 18 und 16 Seiten die Nr. 4 des 3. Jahrganges eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Eine eingehende Aufsatz. — Zur Frage des Frauenkinderrechts. — Die Normalführungen im Reichstage über das Wahlrecht der Frauen. — Der Jahresbericht der Arbeiterinnen vor dem Reichstage. — Der Jahresbericht der badischen Fabrikarbeiterinnen für 1894. — Resultate: Im Reich. (Nicht nach dem Französischen.) (Schluß). — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (einschließlich der Reichspost-Zulage für 1895 unter Nr. 276) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postzuschlag 25 Pf.; unter Kreuzband 28 Pf. Inseratenpreis die zweigespaltene Zeile 20 Pf.

Sozialpolitische Zentralblatt, herausgegeben von Dr. Heinz Braun (Karl Heymann's Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.). Die beiden erschienenen Nummern 25 hat u. a. folgenden Inhalt: Die Vorschläge zur Verstaatlichung der Betriebe-Einfuhr in Frankreich und Deutschland. Von Dr. Karl Zehle. — Der Antrag Kautz. Von Dr. Eduard David. — Der Kleinrentner und das Kleinrentnerrecht. Von Dr. G. Bur. — Internationaler Arbeiterkongress. — Industrielle Arbeiter-Gesamtsorganisation in Großbritannien. — Gerichtliche Urtheile über Gemeindefreie. — Der Verlust in der englischen Schuhindustrie. — Der Pfleischkonsum in Chemnitz. — Die Arbeitszeit im Ruhrland. — Arbeitslosigkeit in England. — Londoner Wohlbedienten. — Die Kronenversicherung im Jahre 1894. — Berichtigung. — An die Leser.

Unter dieser Rubrik zeigen wir sämtliche der Redaktion zugehende literarische Neuigkeiten an. Wir bitten unsere Leser die Nennung der Schriften nicht als Empfehlung der Redaktion, sondern lediglich als Empfangsbestätigung anzusehen.

Ueb. über diejenigen Erscheinungen, welche im Interesse unserer Leser oder aus politischen Gründen besprochen werden müssen, veröffentlichten wir, soweit dies der Raum unseres Blattes zuläßt, kritischen. Gemäß einer Verlagsbuchhandlung die Ausführung der überfachten Rezensionen in dieser Rubrik nicht, so bitten wir von der Zusendung der Rezensionen des Verlags absehen zu wollen.

Wahltag der Landwirtschaft von Ruffow. Grauberg. Gabel's Buchhandlung, 20 Seiten, 60 Pfennige.

Im Horst des rothen Adlers. Von L. Galle u. C. Verlag von Ruffow.

Herr und Diener. Erzählung aus dem russischen Volksthum von Graf Leo Tolstoj. Deutsch von Dr. G. Kofelshun. Berlin, Verlag von Ruffow u. Gennig, 100 S., Preis 1 M.

Modernes Geschichtsleben von Fr. Luchardt. Heft 1: Kallmann u. Co., 20 Seiten, 20 Pfennige.

Rechts-Gewerbe-Ordnung nach Ausführungsbestimmungen von Berger und Büchel. 13. vermehrte Auflage. Verlag von Guttentag, Berlin, 430 S., kartonirt 2 M.

Rechtliche Worte. Monatshefte von Bernerhorfer; 15. Jahrgang. Märzheft. Landwirtschaft und Grundbesitz von Dr. H. Wenz, Rechts-Anwalt als Kritiker H. Marx's von Fr. Gabel. „Ein Arbeiter“, Webersther Typus. Von Prof. Platzer u. f. w. Verlag Birk VII, Langgasse 16.

Zustellungs-Mißbräuche von F. Ehiger. München. Verlag von Schöner.

Freie Wahl in Berlin von D. Mugdan. Berlin. Verlag von Schöner.

Die Reform des politischen Parteiwesens von G. von Mosow. Berlin. Verlag von Neumann, 40 Seiten, 1 Mark.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Scherka. Beides ist bereits früher von uns behandelt worden.

3922. Im Vereinskalendar zu erscheinen.

Graphisches Gewerbe.

Sonntag, den 31. März, vormittags 10^{1/2} Uhr,
im Böhmisches Brauhause, Landsberger Allee:
Allgemeine Versammlung
sämtlicher im graphischen Berufe beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. Bebel: „Die Umsturzvorlage und das Buchdruckgewerbe“.
2. Wie feiern wir den 1. Mai?
3. Berichterstattung über das graphische Kartell.
4. Diskussion.

Der Einberufer: Massini.

Achtung! Lederarbeiter! Achtung!

Donnerstag, den 28. März, abends 8 Uhr,
im „Viktoria-Garten“, Badstrasse 12:
Oeffentliche Versammlung
aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter
(als Weissgerber, Lohgerber, Färber u. s. w.)

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über: „Sozialgesetzgebung und Berufsstatistik“.
 2. Diskussion.
 3. Stellungnahme zur Maisfeier.
 4. Bericht des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission.
 5. Wahl von Revisoren zur Abrechnung.
 6. Gewerkschaftliches.
- Das Erscheinen sämtlicher Berufskollegen ist notwendig.

Der Vertrauensmann.

Achtung! Präger, Prägerinnen Achtung!

und in Steindruckereien beschäftigte Hilfsarbeiterinnen.

Große öffentliche Versammlung

Sonnabend, den 30. März, abends 8^{1/2} Uhr,
im Lokale des Herrn Gründel, Brunnenstrasse 188
(am Rosenthaler Thor).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Frau Greifenberg über: „Zwei freiwillige Arbeiterinnen aus der Bourgeoisie“.

Nach der Versammlung findet gemütliches Beisammensein statt. Es ist Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

Freie Vereinigung der Bauanschläger

Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 31. März 1895, vormittags 10^{1/2} Uhr,
bei Herrn Köllig, Neue Friedrichstrasse 41:
Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes und Fragekasten.

Der Vorstand.

Achtung! Moabit! Achtung!

Oeffentl. Vortrag für Damen u. Herren
am Freitag, den 29. März, abends 8^{1/2} Uhr,
in der „Kronen-Brauerei“, Alt-Moabit Nr. 47/48.

Frl. Minna Kube

prakt. Naturheilkundige, Leiterin der Charlottenburger Naturheilanstalt, über „Erkältung“ spez. Rheumatismus, Gicht, Influenza. Entstehung und Heilung durch die Naturheilkunde.
Entree 15 Pf. Zum zahlreichen Besuch ladet ergebenst ein
Der Vorstand des Vereins für arbeitslose Heilweise.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Rep. auf. Theilz Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr.

Halb und Halb.
Mamepe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mamepe
Berlin, Veteranenstr. 24.
Überall zu haben!

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Fabrik

C. Raetsch, Tischler, Staligerstrasse 60, an der Eig. Tischler- u. Tapezirer-Werkstätten. Billige Preise. Mehrjähr. Garantie.
Herrenstiefel M. 5,-; Damenstiefel M. 3,90.
E. W. Hagel, Simsonstr. 2 u. Prinzenstr. 67, Ecke Dresdenstrasse.

Ebel's Caféhalle, Seydelstr. 17, Ecke Alte Jakobstrasse. Kaffee 10-15, Schokolade 15, Bier 10 Pf. [286b]

Waarenhaus Sigm. Simonsohn, Oranienstrasse 166, 2. Haus vom Oranienplatz.

Teppiche, Gardinen u. Gardinenreste, Portiären, Tischdecken außergewöhnlich billig.

Oeffentliche Versammlung

des sozialdem. Wahlvereins für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Hansa-Bezirk) heute abends 8^{1/2} Uhr, bei Koch, Seefingstrasse 28.
Tages-Ordnung:
1. Kritische Betrachtung unserer gesellschaftlichen Zustände. Referent: A. Täterow. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Tellerammlung findet statt. 276/15 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse des Maurer-Gewerbes.

Donnerstag, den 4. April, abends 8 Uhr, findet in den Armin-Hallen, Kommandantenstrasse 20 (oberer Saal)

General-Versammlung

der Vertreter der Arbeitgeber und Kassensmitglieder 309b

Tages-Ordnung:
1. Vorlegung des Verwaltungsberichts und Rechnungs-Abschlusses für das Jahr 1894.

2. Bericht des Ausschusses über die vollzogene Rechnungsprüfung und Beschlussfassung über die Abnahme der Rechnung des Jahres 1894.
 3. Antrag auf Bewilligung einer Entschädigung für die Kassensmitglieder des Rechnungsausschusses.
 4. Wahl eines Vorstandsmitgliedes pro 1895 und 1896 aus der Gruppe der Arbeitgeber, an Stelle des durch Krankheit behinderten Herrn Gottscheiner.
 5. Mittheilungen des Vorstandes.
- Der Vorstand.
A. Daehne, Vorsitzender.
A. Kelpin, Schriftführer.

Zentralverband deutscher Brauer.

Zweigverein der Provinz Brandenburg. Sonntag, den 31. März 1895, nachm. 2 Uhr:

Oeffentliche Brauer-Versammlung

im Saale des Herrn Fritz Zuboll, Lindenstrasse 108.

- Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten und weitere Anträge zum Kongress.
2. Wahl eines Kongress-Komitees.
3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
- Um recht zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand. 316b

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlin und Umgegend.
Laut Beschluss der Generalversammlung vom 24. März, werden die jetzt bestehenden Bezirksbibliotheken aufgehoben, um dieselben vereinigt ins Zentrum der Stadt zu verlegen. Es können daher Bücher nicht mehr ausgegeben werden. Wir erlauben jedoch alle Mitglieder, welche Bücher aus unseren Bibliotheken entnommen haben, dieselben umgehend an den Bibliotheksabenden jedoch bis spätestens Donnerstag, den 18. April, zurückzugeben.
Die Neueröffnung der im Zentrum errichteten Bibliothek werden wir später bekannt geben.
194/1 Der Vorstand.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn 1., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verbleiben gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderschrank 15, Küchenspenden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nussbaum-Kleiderschrank 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Muschelschrankspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Gardinenspenden, Paneelsofhas 75, Buffet, Trumeaus 65 M., Betten, Couffentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlin zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Gardinen-Reste

zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, part., Eingang vom Thlr.

Alle

sollen es erfahren! Durch Anlauf auf Auktionen und von Konkursmassen bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen, als alle anderen Geschäfte! Ich verkaufe daher: Hochelegante Einlegungsanzüge v. 9,50 M. an, hochfeine Herren-Sommer-Paletots v. 9,75 M. an, elegante Damenmäntel u. Jaquets von 5,50 M. an, hoheleg. Herren-Anzüge v. 12,50 M. an, hochfeine Herren-Hosen von 2,75 M. an, Leder- u. Arbeits-Hosen von 2,25 M., hoheleg. Kellner-Jaquets u. Hosen v. 4,75 M. an, Knaben- und Burschen-Anzüge in allen Größen, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Leuchts, Gewehre, Harmonikas, Betten, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. zu enorm billigen Preisen!
Gustav Lucke, Waarenhaus, Berlin, 131. Oranienstr. 131.

Tuche

Cheviots, Cachemire, Sammete, Seidenstoffe, Besäße, Gardinen, Tischdecken, Portiären bill. Kestler, Zimmerstr. 65.

Luchstoff-Reste

zu Knabenanzügen, Gelegenheitskauf, spottbillig. Herrenhosen-Reste 5 M., feinste Waare. Münzstr. 4. [45/9]

Kinderwagen

größt. Lager, billig. Preise, auch Theilzahlung, bei Holze, Oranienstr. 3.

D. Wurzel

16 Wrangel-Strasse 16. Zum Umzug empfehle: Gardinen, Stores, Portiären, Tischdecken zu sehr soliden Preisen.

Stempel-Fabrik

Abzeichen-Fabrik. G. I. Herrmann, Gneissengasse No. 112.

Kinder-Wagen, Reifeförbe

Fabrikpreise, auch Theilzahlung. G. I. Herrmann, Gneissengasse No. 112.

Teppich-Reste

Teppiche aller Größen zu Fabrikpreisen. Weinbergsweg 11 b part. Alb. Lenz.

Möbel-Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten zc. im Möbelspeicher, 17218 Rosenhaler-Strasse 13, 1. Daselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und verlebte gewesene Möbel zu wahrhaftigen Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenspende, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Nussbaum-Kleiderschrank, Vertikow 30, Stühle 3, Muschelschrank 40, Trumeaux 65, Paneelsofhas 75, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Couffentische, Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lager bis April kostenfrei stehen und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Brieftaschen

einzelne, wie ganze Sammlungen, kauft Kaim, Friedrichstr. 234.

Fairster Tafel-Liqueur

Gros Originalflasche Mk. 1,25
kleine 0,80
Verdauungsbefördernd
Beigrosserer Abnahme in Liter billiger
Nerven-anregend
Wolff & Zachen
BERLIN S.O.
Reichenberger-Strasse 144

Zahn-Klinik

Preise event. Zehrlzahl. Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145. Homöopath. Arzt Dr. Bösch, Vintenzstrasse 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntags 8-10 Uhr. 1375L*

Knaben-Garderoben

für das Alter v. 2-16 Jahr. empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen. Kleider gratis.
K. Hustädt, O. Köppen-Strasse 85 pt. 2 Min. v. Schleifischen Bahnhof.

Cigarren-Fabrik

mit oder ohne Grundstück sehr preiswerth verkauft werden. Anzahlung 5000 Mark. Adr. sub J. D. 7286 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 370M

Möbel

gebraucht, kauft Möbel. Strahe 18. Vereinszimmer zu vergeben. 326b Krautstrasse 89.

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein Weiß-, Saisisch Bier und gr. Speisegeschäft. Reichhalt. Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 60 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen.
H. Stramm, Restaurant, Ritterstr. 128.

Bereinszimmer

mit Piano. Simeonstr. 23, Pfla.

Jul. Wernau's Restaurant

„Zur Erholung“
C. Rosenthalerstr. 57. Vereinszimmer. Kalte u. warme Speisen. Glas Bier 10 Pf. Hüftstr. 13 bill. Wohnungen 1 und 3 Tr. 2646b

Schlafst.

Blumenstr. 58 part. r. 325b

Möbl. Schlafst.

für 1 od. 2 Herren bei Frau W. in z n s, Mantelstr. 51 vorn 2 Tr. 324b

Möbl. Schlafst.

für 1 Herrn bis 1. April zu verm. (8 M. monatlich). Ritterstr. 124, Hof 2 Tr. r. 369M

Schlafst. Roststr.

17, S. 1 Tr. r.

Möbl. Schlafst. (Piano), 8 M., bei Ww. Gebhardt, Skaligerstr. 126, 2 Tr.

Möbl. Stube, Reichenbergerstr. 25, vorn 2 Tr. bei Hofmann, Preis 12 M.

Saubere Schlafst., sep. Eingang, Rottbuserstr. 2, S. r. 3 Tr. b. Pawlak.

Arbeitsmarkt.

Achtung Tischler!

Die Kollegen der Werkstatt Weiss, Bülowstrasse 57, haben die Arbeit eingekauft wegen fortgesetzter Lohnabzüge.
Zugang fernhalten!
Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Vergoldegehilfen auf seine Politurleisten verlangt Müller, Grünerweg 56.

Klempner verl. B. Höpner, Rettelbeckstrasse 26. 322b

Möbelpolierer!

Wegen Differenzen ist der Zugang von Politur bei Dericks, in Pötena Büdwarth & Kiegel, Wienerstr. 50, und Dräsel, Admitstr. 7, bis auf weiteres fernzuhalten. 201/20 Die Kommission.

Tüchtige Mechaniker auf Zifferwerke und Graveure auf Schwarzdruck verlangt 187b

R. Auersbach, Grünauerstr. 17. Kartonarbeiterinnen, geübte, verlangt 267b

M. Wolff, Neue Friedrichstrasse 48.

Ueber die Buchbinderei von J. P. Hamann, Beuthstr. 5,

ist infolge der unbilligen Handlungen des Inhabers die Sperrverh. auf Zugung ist fernzuhalten. 78/2 Der Vertrauensmann.

Vergolde, Versilberer u. Metallfarbigmacher verlangt Müller, Grünerweg 56.

Ciseleur-Lehrling verlangt Silberwaarenfabrik Franz Mosgau, Marktstr. 50. 311b

Silberarbeiter-Lehrling verlangt Silberwaarenfabrik Franz Mosgau, Marktstr. 50. 312b